



12. Heft | 22. Juni 1916

WILHELM JANSSON · ARBEITERKLASSE UND KOLONIALPOLITIK

DIE militärischen Ergebnisse des Weltkriegs zwingen die deutschen Arbeiter zu einer neuen Stellungnahme in der Kolonialfrage. Unsere linkshändigen Revolutionsromantiker werden wohl nach wie vor keine Schwierigkeit darin finden ihre altgewohnte Negation auch hier festzuhalten. Aber allen, die eine konsequente Realpolitik wollen, wird eine neue Orientierung zur Pflicht gemacht. Der weitaus größte Teil der deutschen Kolonien ist von England und seinen kolonialen Tochterstaaten, zum Teil auch von seinen Alliierten besetzt. Die englischen Politiker und Publizisten haben in der letzten Zeit bei der Erörterung des kommenden Friedens auf diese Tatsache mit Genugtuung hingewiesen; man glaubt damit ein vollwertiges Tauschobjekt gegen die von deutschen Truppen besetzten europäischen Gebiete in der Hand zu haben. Unsere intransigenten Kolonialexperten wird dieser Hinweis kaum beirren. War doch für sie die ganze deutsche Kolonialpolitik vor dem Krieg ein Übel, von dem sich Deutschland schnellstmöglich wieder befreien müßte. Das haben England und seine Helfer jetzt in der Hauptsache besorgt. Das Ziel unserer Parteiradikalen ist also erreicht. Diese müssen nach ihrem ganzen bisherigen Auftreten in der Frage der deutschen Kolonialpolitik jetzt nur wünschen, daß die Engländer mit den eroberten Kolonien es sich möglichst gut gehen lassen. Damit wären die englischen Kompensationsobjekte ausgeschaltet, und Deutschland könnte in die Friedensverhandlungen um so energischer eintreten, als seine Faustpfänder in Europa außerordentlich wertvoll sind. Der von ihm zu fordernde Friedenspreis würde dem Wertobjekt ohne Rücksicht auf die kolonialen Eroberungen der Engländer angepaßt werden können.

Man sieht: Herr von Bethmann Hollweg braucht sich nur auf die Plattform Ledebours hinaufzuschwingen, um freie Hand für die Eroberung einiger der wertvollsten Gebiete Europas zu haben. Dazu hat jedoch unsere Regierung anscheinend keine Neigung. Der Staatssekretär des Reichskolonialamts hat während der letzten Wochen in Hamburg und Berlin Vorträge über die deutsche Kolonialpolitik gehalten, die keinerlei Anpassung an die koloniale Abstinenz unserer Radikalen verraten. Er forderte vielmehr eine entschiedene koloniale Wirksamkeit Deutschlands, die, abgesehen von idealen

Gründen, von dem Streben nach einer Versorgung des deutschen Volkes mit kolonialen Nahrungsmitteln und der deutschen Industrie mit tropischen und subtropischen Rohstoffen, einer Sicherung von Absatzmärkten für den Handel und schließlich einer Ablenkung der deutschen Auswanderung nach eigenen überseeischen Gebieten getragen sein muß. Das letztgenannte Motiv schied der Staatssekretär selbst für die nächste Zukunft aus, weil Deutschland nach dem Krieg in der Heimat volle Verwendung für alle Arbeitskräfte haben wird. Das ist unzweifelhaft richtig, soweit es sich auf eine Auswanderung großen Stils bezieht, schließt jedoch nicht aus, daß von Natur mit großer Initiative und Wanderlust ausgerüstete Elemente der deutschen Jugend sich in einer fremden Welt einen Wirkungskreis zu schaffen suchen werden, ohne das Band mit der Heimat zerreißen zu wollen.

Vom Standpunkt der organisierten Arbeiterklasse kann dieser Punkt um so leichter ausgeschaltet werden, als ihre Auswanderung immer eine Frage der Arbeitsgelegenheit und der Arbeitsbedingungen bleibt. Dagegen ist die Arbeiterschaft an den anderen kolonialpolitischen Zielen, die der Staatssekretär aufstellte, durchaus interessiert. Als der seiner Bedeutung wie der Zahl nach erheblichs-te Teil des Volksganzen hat sie an der kolonialen Nahrungsmittelproduktion im allgemeinen und als Industriearbeiter an der Rohstoff-erzeugung im besondern ein eminentes Interesse. Es ist auch nicht ganz zutreffend, wenn der Staatssekretär in seinem Berliner Vortrag andeuten zu können glaubte, daß erst jetzt im Krieg die Arbeiterschaft der Kolonialpolitik gegenüber eine veränderte Haltung einnehme. Zum mindesten im letzten Jahrzehnt sind die Stimmen immer zahlreicher geworden, die eine mehr positive kolonialpolitische Betätigung der Sozialdemokratie verlangten.¹⁾ In Gewerkschaftskreisen wurde gegen die Kolonialpolitik insoweit opponiert als diese der sozialen Reform in Deutschland gewaltige Mittel des Reiches entzog. Kolonialpolitik auf Kosten der Sozialpolitik: solch ein Bestreben konnte bei der Arbeiterschaft, die sich in staatsrechtlicher Beziehung benachteiligt sah, nicht auf Freundschaft rechnen.

Die frühere Haltung der sozialdemokratischen Partei in kolonialpolitischen Fragen ist überdies historisch begründet. Die Anfänge der deutschen Kolonialpolitik fallen in die schlimmste Zeit des Sozialistengesetzes, und das kolonialpolitische System Bismarcks war ganz und gar nicht geeignet bei einer politisch entrechteten Arbeiterschaft ein Interesse für die Kolonien zu erwecken. Es übertrug die koloniale Herrschaft bevorrechteten Gesellschaften auf kapitalistischer Grundlage. In seiner Reichstagsrede vom 26. Juli 1884 präziserte Bismarck sein Programm dahin, daß er keine Kronkolonien mit Reichsbeamten und Reichstruppen wolle sondern solche unter Verwaltung kaufmännischer Gesellschaften; die Verantwortung für die Entwicklung der Kolonien müsse der Tätigkeit und dem Unternehmungsgeist der seefahrenden und handeltreibenden Mitbürger überlassen bleiben. Die Regierung der Kolonien sollte also den Interessenten zufallen. Aber diese Interessenten kannten eben nur ein Interesse: die schleunige und möglichst mühelose Profitmacherei. Von einer kolonialen Tätigkeit im all-

¹⁾ Namentlich hier in den Sozialistischen Monatsheften sind diese Anschauungen nunmehr 1 1/2 Jahrzehnte hindurch mit steigender Intensität vertreten, sind die allgemeinen Gesichtspunkte sowie die einzelnen Probleme der Kolonisation und der Kolonialpolitik in zahlreichen Arbeiten behandelt worden: von Bernstein, Hildebrand, van Kol, Quessel, Schippel und anderen, während der Kriegszeit auch von den Gewerkschaftlern Severing und Winnig.

gemeinen volkswirtschaftlichen Rahmen war keine Rede. Gegen ein solches System, das nur die gewaltsame Unterdrückung und Auspowerung der Eingeborenen zur Folge haben konnte, würde auch heute die Sozialdemokratie einmütig Opposition machen.

Dieses System brach schnell zusammen. Schon 1890 wurde unter Caprivi Deutsch Südwestafrika in eine Kronkolonie umgewandelt, und 1895 erklärte der Direktor der Kolonialabteilung Kayser im Reichstag, die Regierung habe die Erfahrung gemacht, daß die Zeit der bevorrechteten Kompanieen eigentlich vorüber sei, und daß man sich beim Beginn der Kolonialpolitik in »einem gewissen Irrtum befunden« habe, als man annahm, »daß eine Kompanie, eine Privatgesellschaft in der Lage sein könnte staatliche Hoheitsrechte auszuüben«. Der Geist der Zeit verlange auch für unzivilisierte Länder »eine Art staatlicher Organisation mit einem Rechtsschutz, der unmöglich von einer Privatgesellschaft in vollem Umfange gewährt werden könne«. Diese dehnbare Begriffsbestimmung des neuen Systems konnte um so weniger befriedigen, als das Reich damals zunächst noch keine im Kolonialdienst erfahrene Beamte hatte, von denen eine ersprießliche zivilisatorische Tätigkeit zu erwarten war. Die Kolonialskandale nahmen kein Ende, und es war durchaus verständlich, daß die Sozialdemokratie sich scharf gegen alle diese Erscheinungen wandte. Die Tatsache, daß alle Kolonialpolitik treibenden Länder die gleichen Kolonialskandale aufzuweisen hatten, befestigte überdies die Auffassung, daß eine zivilisatorische Kolonisation innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft unmöglich sei. Dieser Grundgedanke zieht sich durch die Resolution des Mainzer Parteitags /1900/, und wir finden ihn, etwas blasser zwar, in der Resolution des Stuttgarter internationalen Kongresses /1907/ wieder. Damit wurde jedoch keineswegs jeder Gedanke an eine koloniale Betätigung grundsätzlich abgewiesen. Bebel erklärte in Essen /1907/, er halte jedes Wort aufrecht, das er seinerzeit im Reichstag gesprochen habe: »Daß Kolonialpolitik getrieben wird, ist an und für sich kein Verbrechen, Kolonialpolitik treiben kann unter Umständen eine Kultursache sein, es kommt nur darauf an, wie die Kolonialpolitik getrieben wird.« Selbstverständlich vertrat er die Meinung, daß in der kapitalistischen Gesellschaft keine Kolonialpolitik möglich sei, die von der Sozialdemokratie gebilligt werden könnte. Bei seiner theoretischen Auffassung der Parteipolitik als grundsätzlicher Oppositionspolitik war eine andere Bewertung auch der Kolonialpolitik nicht möglich.

Ein weiterer Faktor von Bedeutung für die Haltung der Partei war die Ausschaltung des Reichstags bei allen ausschlaggebenden kolonialen Fragen. Zwar stand ihm das Recht zu die Mittel des Reichs zu bewilligen oder zu verweigern, aber darüber hinaus ist er immer noch in seinen Befugnissen recht beschränkt. Eine parlamentarische Selbstverwaltung der Kolonien ist nicht vorhanden, war zunächst wohl auch kaum möglich. Um so mehr aber mußte es die unabweisbare Pflicht einer parlamentarischen Partei wie der Sozialdemokratie sein die möglichste Ausdehnung der Rechte des Reichstags zu fordern. Da solche aber nur langsam und in recht beschränktem Umfang zugestanden wurden, so ergaben sich daraus wie von selbst die langen Reichstagsreden beim Kolonialetat, die keinem außer den Rednern Vergnügen bereiten, und die außerdem keine positive Mitarbeit auf kolonialpolitischem Gebiet darstellen können, weil eine solche auf diesem Weg über-

haupt nicht möglich ist. Wo aber die Bedingungen für positive Mitarbeit fehlen, bleibt nichts als die Kritik übrig. Dies sind die politischen Voraussetzungen der sozialdemokratischen Haltung zur Kolonialpolitik vor dem Krieg. Daran zu erinnern ist nicht überflüssig, wenn man, wie der Staatssekretär des Reichskolonialamts es tat, nach dem Krieg eine andere Stellungnahme wünscht und erwartet.

Wir stehen also in der Arbeiterbewegung vor einer durch den Krieg bedingten neuen Entscheidung: Sollen wir den Engländern die von ihnen eroberten deutschen Kolonien überlassen oder dem Staatssekretär zustimmen, der ihre Rückgabe fordert und eine weitere koloniale Arbeit Deutschlands für notwendig hält? Für einen Sozialisten ergibt sich die Beantwortung der zweiten Frage von selbst. Die Kolonisation ist durchaus nicht nur kapitalistische Profitmacherei, sondern sie ist trotz allen widerwärtigen Begleiterscheinungen eine Kulturarbeit, die volkswirtschaftlich notwendig ist. Die rasche Vermehrung der Bevölkerung in allen Industriestaaten (in Deutschland allein vor dem Krieg um 900 000 Köpfe jährlich) bedingt eine ununterbrochene Steigerung der Bodenproduktion. Soll ein Aufstieg der breiten Massen zu höherer materieller und geistiger Kultur möglich werden, so muß diese Produktionssteigerung nicht nur absolut sondern auch relativ sein. Es ist eine große und unverantwortliche Selbsttäuschung anzunehmen, daß wir bereits ein Übermaß an Produktion hätten. Eher ist das Gegenteil der Fall. Die Berechnungen des schwedischen Statistikers Gustaf Sundbärg über die relativen Ernteergebnisse in Europa und den Vereinigten Staaten von Amerika ergeben für den Zeitabschnitt 1870 bis 1900 folgendes:

Getreideart	Jahresdurchschnitt der Ernte pro Einwohner in Kilogramm					
	Europa			Vereinigte Staaten von Amerika		
	1871 bis 1880	1881 bis 1890	1891 bis 1900	1871 bis 1880	1881 bis 1890	1891 bis 1900
Weizen	103	103	103	207	212	210
Roggen	98	95	94	11	11	10
Gerste	47	45	45	18	23	23
Hafer	78	78	79	110	155	154
Mais	29	29	30	709	751	691
zusammen	355	350	351	1055	1152	1088

Das ist auf der ganzen Linie nichts anderes als relative Stagnation. Die geringe Steigerung in den Vereinigten Staaten kann das Bild nicht ändern, weil sie sich im wesentlichen auf Gerste und Hafer bezieht, was auf eine stärkere Viehproduktion zurückzuführen ist. Diese hängt mit der veränderten Ernährungsweise der Bevölkerung zusammen, die wiederum als eine Folge der industriellen Arbeit und des großstädtischen Wohnens anzusprechen ist. Die Rindviehbestände in Europa, Canada, den Vereinigten Staaten, Argentinien und Australien vermehrten sich von 1878 bis 1908 um ein Drittel oder von 179,9 auf 239,3 Millionen Stück, die Schafbestände von 363,2 auf 367,4 Millionen und die Schweinebestände von 98,2 auf 130,4 Millionen, das heißt um etwa ein Drittel. Die Bevölkerung aber vermehrte sich in der gleichen Zeit in Europa um etwa $33\frac{1}{3}\%$, in Amerika um 100% , in Argentinien um $55,1\%$, in Australien um $16,1\%$ und in Canada um $34,1\%$. Unsere ganzen gewerkschaftlichen Bestrebungen um eine bessere Lebenshaltung der Ar-

beiter sind nun zu nicht geringem Teil davon abhängig, daß nicht nur die industrielle, sondern auch die Lebensmittelproduktion gesteigert wird. Die Steigerung der gewerblichen Produktion erleichtert unser Streben nach höheren Löhnen; aber nur ein reichliches Vorhandensein der notwendigen Lebensmittel gibt diesen Löhnen die nötige Kaufkraft. Nun wird zwar gesagt, es gelte nur dem deutschen Boden höhere Erträge abzulocken. Aber einmal marschiert Deutschland schon heute, was den Bodenertrag anlangt, an der Spitze aller Kulturstaaten. Dann aber kann man doch nicht die ganze deutsche Bodenfläche bebauen, weil von dem Bestand der Wälder die Fruchtbarkeit des Bodens abhängt und wir ohne sie bald eine Wüste haben würden. Schließlich findet man für weitergehende Neuordnungen auf dem Land nicht die erforderlichen einheimischen Arbeitskräfte, solange diese in der Industrie eine lohnendere Tätigkeit haben. Es kann in dieser Beziehung zweifellos viel mehr geschehen als in den letzten Jahrzehnten, aber eine absolut befriedigende Lösung des Problems ist damit noch nicht gefunden. Wir leben nun einmal in der Weltwirtschaftsepoche, und es geht nicht an den Blick ausschließlic h auf den heimischen Boden zu richten.

Nicht minder ernst ist das Problem der industriellen Rohstoffe. Was davon in Deutschland erzeugt werden kann, wird erzeugt. Nirgends ist die Nutzbarmachung der Nebenprodukte der Rohstoffproduktion so intensiv wie in Deutschland, wo ganze Industriezweige darauf begründet sind, zum Beispiel die so wichtige chemische Industrie. Aber das reicht längst nicht aus. Und für manche große Industrien können die Rohstoffe hier überhaupt nicht erzeugt werden. So die Baumwolle, an deren Sicherstellung die Arbeiterklasse ein starkes Interesse hat.²⁾ Bisher wurde die Baumwolle von Amerika bezogen, das hierin fast ein Monopol besitzt. Aber die Entwicklung der amerikanischen Industrie führt zu einem immer größern Baumwollverbrauch, und die europäischen Abnehmer werden mit der Zeit den amerikanischen Baumwollproduzenten auf Gnade und Ungnade ausgeliefert werden. Dazu steigert sich der relative Verbrauch in dem Maß wie die europäische Bevölkerung zu höherer Kultur emporsteigt. Es liegt daher im allgemeinen volkswirtschaftlichen Interesse, wenn unausgesetzt eine Hebung des Baumwollanbaues auch in anderen Erdteilen angestrebt wird. Faktisch sind in den deutschen afrikanischen Kolonien erfolgverheißende Ergebnisse erzielt worden. Die Baumwollausfuhr aus Deutsch Ostafrika und Togo hatte im Jahr 1912 einen Wert von 2 625 126 Mark. Das ist gewiß im Verhältnis zum Gesamtbedarf eine noch geringe Summe, aber Bodenkultur kann nicht über Nacht hervorgezaubert sondern nur allmählich gesteigert werden. Wie gering werteten die alten Römer vor 2000 Jahren den deutschen Boden, und doch ist er schließlich zu dem ergiebigsten Europas geworden. Deutsche Arbeit wird auch in den Kolonien mit der Zeit höhere Werte aus dem dortigen Boden holen. Die Erzausfuhr aus Deutsch Südwestafrika stellte 1912 einen Wert von 6 547 722, die Diamantenausfuhr einen solchen von 30 414 178 Mark dar. Häute und Felle wurden aus Deutsch Ost- und Südwestafrika im Wert von 4 332 006 Mark ausgeführt. Kakao lieferten die deutschen Kolonien für 5 413 592, Kautschuk für 21 147 800 Mark usw. Das sind Anfangsergebnisse deutscher Kolonisation, die eine gute Zukunft verheißen.

²⁾ Siehe darüber auch Schippel Textilarbeiter und koloniale Rohstoffversorgung, in den Sozialistischen Monatsheften, 1914, 2. Band, pag. 954 ff.

Unsere bisherige Auffassung der Handelspolitik war allzusehr mit der eines gesellschaftlichen Zustands verknüpft, der in absehbarer Zeit unerreichbar ist. Wir sind von einem Weltfreihandelssystem weiter als je entfernt. Der Pazifismus ist auf wirtschaftlichem Gebiet noch viel weniger eine Tatsache als auf politischem. Vielmehr sehen wir in allen Ländern das System der nationalen wirtschaftlichen Abschließung in einer ganz bestimmten Richtung vor sich gehen. Jeder sucht sich möglichst von der Auslandszufuhr unabhängig zu machen. Die Ausfuhr der Rohprodukte wird erschwert, um die eigene Industrie zu begünstigen. Export von Fertigprodukten wird immer mehr die Losung draußen in der Welt. England bereitet seit Jahren die wirtschaftliche Vereinigung des britischen Imperiums vor. Amerika erschwert die Einfuhr ausländischer Industrieprodukte, im Einzelfall bis zur vollständigen Absperrung; darüber hinaus erstrebt es die Herrschaft über den südamerikanischen Markt. Seine Industrie verbraucht einen immer größern Anteil der ganzen amerikanischen Rohstoffzeugung, und seine Trusts reißen die Herrschaft über den Rohstoffmarkt an sich. Rußland versucht ähnliche Wege zu gehen. Schweden und Norwegen verbieten den Ausländern den Erwerb von Grundeigentum, um sie von der Ausbeutung der dortigen Rohstoffquellen fernzuhalten. Aber immer noch leben angeblich marxistische *Theoretiker* in dem Luftreich des *freien Welthandels*.

Das kann zum mindesten dem Gewerkschafter nicht mehr genügen, der zur Lösung seiner gewerkschaftlichen Aufgaben der unbehinderten Entwicklung der Industrie bedarf. Sein Interesse verlangt, daß die Kolonien in den Dienst der Rohstoffzeugung und der Nahrungsmittelproduktion gestellt werden. Je mehr Arbeit auf sie verwendet wird, um so schneller wird der Anteil wachsen, den sie an der Versorgung des deutschen Marktes haben. Die Beschaffung der notwendigen Arbeitskräfte bietet allerdings einige Schwierigkeiten. Aber diese können bei zweckmäßiger Behandlung der Eingeborenen und Organisation der Arbeit überwunden werden. Erfolge sind auch hierin bereits erzielt worden. Die Neger an geregelte Tätigkeit zu gewöhnen ist schließlich auch eine Kulturarbeit, und Aufgabe der Sozialdemokratie ist es an dieser Frage aktiven Anteil zu nehmen. Es muß sich in unseren Reihen die Erkenntnis durchsetzen, daß koloniale Arbeit nicht nur kapitalistischer Gewinnsucht sondern auch allgemeinen volkswirtschaftlichen Bedürfnissen dient. Nur dann werden wir positiv mitwirken und auch einen entsprechenden Einfluß auf die Gestaltung der Kolonialpolitik ausüben können.

XX

LUDWIG QUESSEL · AMERIKA, ENGLAND UND JAPAN



LS der deutschen Öffentlichkeit die Note bekannt gegeben wurde, in der der Präsident der Vereinigten Staaten, trotz der von der deutschen Regierung vorgenommenen Dämpfung des Unterseebootkrieges, nach wie vor den absoluten Anspruch erhob, daß amerikanische Bürger auf feindlichen Handelsschiffen jederzeit mitten durch den Kampf titanischer Kriegsgewalten über das Meer sollten reisen können, ohne durch deutsche Unterseeboote gefährdet zu werden,

daß also der gemäßigte Unterseehandelskrieg gegen England in Amerika ebenso behandelt wurde wie der verschärfte, war man in der Mehrheit der Bevölkerung über dieses Vorgehen Wilsons aufs äußerste betroffen; nur wenige hatten eine solche Stellungnahme des amerikanischen Präsidenten im voraus für wahrscheinlich erklärt. Deutschland sah sich nun vor die Alternative gestellt entweder der Forderung Amerikas nachzukommen oder den Abbruch der diplomatischen Beziehungen und in seinem Gefolge dann den Krieg mit Amerika hinzunehmen. Die deutsche Regierung, die in diesem Stadium des Krieges nicht einen neuen Gegner auftreten lassen wollte, hat das erste gewählt und an die deutschen Unterseebootkommandanten den Befehl erteilt »Kauffahrteischiffe nicht ohne Warnung und Rettung der Menschenleben zu versenken«. Auf die Note, in der ihr davon Mitteilung gemacht wurde, antwortete die amerikanische Regierung, daß sie jenen Befehl an die deutschen Befehlshaber zur See als die Anerkennung ihres Anspruchs ansehe und deshalb keinen Anlaß mehr habe die diplomatischen Beziehungen abzubrechen.

Aus dem Verlauf dieser Angelegenheit ist zu ersehen, daß bei dem ganzen Streit um die Verschärfung des Unterseehandelskriegs der eine Faktor, nämlich die Haltung A m e r i k a s, nur von wenigen Politikern richtig eingeschätzt worden war, während die Mehrzahl von der Annahme ausging, daß Amerika durch die Dämpfung des Unterseebootkriegs zufriedengestellt werden könnte. Man wird sich in Washington darüber klar gewesen sein, daß von Deutschland die Einstellung des Unterseehandelskriegs verlangen nichts anderes bedeutet als die Möglichkeit, daß die britische Regierung in absehbarer Zeit von dem Gedanken des von ihr angestrebten Vergewaltigungsfriedens abgebracht werden könnte, wesentlich zu verringern. Die Hoffnung, daß die amerikanische Regierung ihr einseitiges Vorgehen gegen Deutschland dadurch kompensieren würde, daß sie auf England einen moralischen Druck zum Abschluß eines Verständigungsfriedens auszuüben versuchte, war daher an und für sich begreiflich. In der Tat hat denn auch der Präsident Wilson in der Folge durch verschiedene Reden England zum Frieden ermahnt. Er hat aber dabei von seiten der britischen Regierung eine unzweideutige Ablehnung erfahren. Anders die Reden der britischen Staatsmänner zu deuten ist nicht gut möglich. Das zeigen auch die Kommentare der neutralen Presse, die dahin gehen, daß England zwar bereit sei Frieden zu schließen, aber nur mit einem Deutschland, das sich für besiegt erkläre. Eine Friedensvermittlung Wilsons entbehrt also zurzeit jeder politischen Aktualität. Daß Wilson aber schließlich dahin kommen könnte seiner Ermahnung einen politischen Druck auf England folgen zu lassen, solche Vermutung erscheint allerdings ganz hinfällig. Selbst wenn Wilson diese Absicht hätte, er könnte sie gar nicht ausführen. Einem solchen Vorhaben würden so gut wie alle ausschlaggebenden Faktoren in Amerika im Weg stehen. Mag die amerikanische Demokratie formell zu einer strengern Befolgung der Neutralität übergehen: sie ist doch in allem Wesentlichen mit England verbunden.

Um diesen Sachverhalt zu verstehen, muß man die Kulturbeziehungen betrachten, wie sie sich zwischen England und Amerika historisch entwickelt haben, ferner aber auch die Erfordernisse der auswärtigen Politik, auf die sich die amerikanische Republik einrichtet.



IE Vereinigten Staaten sind, ökonomisch gesprochen, immer noch Kolonialland Europas.«¹⁾ Man muß immer wieder an diesen Marxschen Ausspruch denken, an den uns Genosse Schippel in den Sozialistischen Monatsheften des öftern erinnert hat. Unter den europäischen Nationen war es aber vorwiegend die englische, die die Vereinigten Staaten kolonisiert und ihnen den herrschenden Teil der Bevölkerung gegeben hat. Die Vereinigten Staaten von Amerika sind also eine englische Kolonie. Gewiß, diese Kolonie hat in dem großen Freiheitskrieg von 1775 bis 1783 sich ihre politische Unabhängigkeit vom Mutterland erkämpft. Sie hat auch 30 Jahre nach der in blutigem Kampf errungenen Freiheit im Bund mit dem Napoléonischen Kaiserreich versucht England aus Canada zu vertreiben. Aber schon damals zeigte sich, daß die Amerikaner englischer Herkunft den Kampf gegen das Mutterland als etwas Unnatürliches empfanden. Schlecht vorbereitet und mit geteiltem Herzen geführt, nahm der Krieg gegen England 1812 bis 1815 ein klägliches Ende. Mit großem Geschick haben es die Historiker der Union verstanden diesen Abschnitt der amerikanischen Geschichte fast ganz aus dem historischen Bewußtsein der Amerikaner auszutilgen. Seit 1815 sind die kulturellen Beziehungen zwischen der Union und England immer inniger geworden.

Im Grunde haben die Amerikaner englischer Herkunft nie aufgehört England als ihr Mutterland anzusehen. Scharfsinnige Engländer haben schon vor anderthalb Jahrzehnten sehr anschaulich die Folgen geschildert, die die Englandsehnsucht der reich gewordenen Kolonialbriten einschließlich der Amerikaner englischer Herkunft für das Mutterland hat. Sartorius Freiherr von Waltershausen faßt deren Anschauungen wie folgt zusammen:

»England werde das Land der Vergnügung und Erholung für die englischsprechenden Völker in fremden Erdteilen werden, ein Aufenthalt für die reichen Leute aus den Kolonien und auch aus den Vereinigten Staaten, welche sich hier von dem harten Kampf um Geld und Macht erholen oder nach einem glücklichen Lebenserfolg als Großgrund- oder Londoner Villenbesitzer zur Ruhe setzen würden. Schon jetzt sei der Gang der Entwicklung dahin sicher zu beobachten in den Seebadeorten, im schottischen Gebirge, in den Jagdgründen, in London an der Einwanderung der Parvenus, an dem Anwachsen der Dienstbotenklasse, an der fortwährenden Zunahme des Luxus mit kolonialer oder amerikanischer Färbung... Die inländische Produktion erhalte ihre feste Richtung durch die Lebens- und Luxusbedürfnisse der genießenden Klasse, soweit dieselben nicht besser und billiger durch das Ausland befriedigt würden. Die Masse des Volkes stünde im unmittelbaren oder mittelbaren Dienst der Rentenbezieher. Servil, ohne politischen Ehrgeiz, würde sie unfähig sein das Land zu schützen. Das wäre auch nicht nötig, da die angelsächsischen Staaten der Erde für die Integrität ihrer Sommerfrische oder ihres Altersheims die Garantie übernehmen würden. Der große Anspruch der Angelsachsen das Herrenvolk der Erde zu sein bliebe bestehen und hätte nur eine andere Form angenommen. Die auserwählte Rasse wohnte nicht mehr zur Beherrschung der Welt auf der kleinen Insel sondern in großen, überseeischen Ländern, ganz zeitgemäß bei der wachsenden Bedeutung der Weltwirtschaft und des großen Wirtschaftsgebiets. Gehen auch durch ökonomische oder politische Krisen große Vermögen von Rentiers zugrunde, was schadet es? Die angelsächsischen Nationen sind kräftig genug immer von neuem Vergnügungsreisende mit schier unerschöpflichen Kreditbriefen zur Bewunderung der Westminsterabtei und der Wallace Collection zu entsenden und Millionäre abzugeben, welche Schlösser und wohlgepflegte Jagdgründe zugleich mit den alten Adelsnamen zu übernehmen bereit sind.«²⁾

¹⁾ Siehe Marx Das Kapital, 1. Band, 4. Auflage /Hamburg 1890/, pag. 729.

²⁾ Siehe Sartorius Freiherr von Waltershausen Das volkswirtschaftliche System der Kapitalanlage im Auslande /Berlin 1907/, pag. 383 f.

Auch der gegenwärtige Präsident der Vereinigten Staaten gehört zu denen, die geistig ganz im englischen Leben wurzeln. Von ihm wird in der angesehenen französischen Halbmonatsschrift *Le Correspondent* gesagt, daß »seine persönlichen Sympathieen sicherlich englisch« seien. Erklärt wird dies dadurch, daß sein Amerikanertum noch jungen Datums ist:

»Sein Vater und seine Mutter waren Schotten, seine ganze Kultur ist englisch . . . Vor seiner Wahl als Präsident hat er die Ferien am häufigsten in England verbracht. Man kann sogar sagen, daß er von Europa nur England kennt; alle seine Schriften, seine Art des Unterrichts . . . erweisen ihn nicht nur als erfüllt von englischen Ideen sondern auch als anglophil.«³⁾

Des weitern wird dann gezeigt, daß Wilson, obwohl er alle Äußerlichkeiten der Neutralität beobachtete, »so viel als in seiner Macht stand, ohne die Neutralität aufzugeben, die Sache der Alliierten erleichtert hat«. Als Beweis dafür wird angeführt, daß die amerikanischen Kriegslieferungen für die Entente schon in den ersten 9 Kriegsmonaten 4,3 Milliarden Mark betragen. In England ist man mit der Neutralität Wilsons (der zu der Redaktion seiner Protestnote gegen das englische Verfahren 6 Monate brauchte und damit, nach altem diplomatischen Brauch, England 6 Monate Zeit zur Antwort ließ) auch vollkommen zufrieden. Übrigens braucht man, um das darzutun, sich nicht allein auf das französische Zeugnis zu berufen. Auch in England ist man sich nie im unklaren darüber gewesen, daß Amerika als englisches Kolonialland stets im Interesse des Mutterlands handle. Sehr klar bringt dies zum Beispiel Austin Harrison zum Ausdruck, wenn er sagt: »Amerika liefert uns alles, was nötig ist, um Sieger zu sein. Ohne seine uns von jenseits des Meeres gebrachte Hilfe würde unsere Situation kritisch im höchsten Grade sein. Die [englischerseits] an Amerika geübte Kritik ist nicht nur so geschmacklos wie möglich, sie ist positiv skandalös . . . Die Wahrheit ist, daß wir ohne Amerika, das man mit Recht als unsere wahrhafte latente Kraft bezeichnet, unfähig gewesen wären den Kampf fortzusetzen . . . Wir würden weise handeln etwas mehr Würde in unserer Haltung gegenüber Amerika zu bewahren . . . Es hilft uns wahrscheinlich mehr als exportierende neutrale Macht als es uns als kriegführende würde helfen können . . . Dies sollten wir nicht nur anerkennen, sondern wir wären auch nichtswürdig, wenn wir es nicht mit Dankbarkeit und aus vollem Herzen anerkannten.«⁴⁾

Bei derart engen kulturellen und ökonomischen Beziehungen gehört kein Übermaß von Staatsweisheit dazu auch die politischen Beziehungen eng und innig zu gestalten. Alles, was nach dieser Richtung getan werden konnte, hat Sir Edward Grey getan. In seiner Verteidigungsschrift für Grey sagt der Oxforder Professor und liberale Parlamentarier Gilbert Murray zur Charakterisierung der englisch-amerikanischen Entente, daß die Beziehungen zwischen England und Amerika zwar »immer intim waren, aber doch niemals so freundlich gewesen sind wie während der Präsidentschaft der Herren Roosevelt, Taft und Wilson.«⁵⁾ Es ist deshalb auch gewiß kein Zufall, daß im Sommer 1911, als Grey hoffte von Frankreich aus den großen Koalitionskrieg gegen Deutschland entfesseln zu können und die englische Regierung die Flotte in den Kriegszustand versetzt hatte, auch die amerikanische Presse mit wildem Geschrei den Krieg Amerikas gegen Deutschland ankündigte. Der Pazifist D'Estournelles de Constant, der in jenen Tagen die Vereinigten Staaten bereiste, war geradezu sprachlos, als er sah, daß die amerikanische Presse, überall, wohin er kam, in sensationellen Artikeln

³⁾ Siehe *La situation politique aux Etats-Unis*, im *Correspondent*, 1916, pag. 14 ff.

⁴⁾ Siehe *Harrison England and America*, in der *English Review*, 1916, pag. 286.

⁵⁾ Siehe *Murray The Foreign Policy of Sir Edward Grey* (Oxford 1915), pag. 51.

den Krieg Amerikas gegen Deutschland als nahe bevorstehend und unvermeidlich hinstellte. Er schreibt darüber:

»Die Alarm schlagenden Zeitungen, in diesem Augenblick ihre antijapanischen Aufreizungen nicht mehr riskierend, wendeten sich schon gegen Deutschland und veröffentlichten während meiner Reise nach Denver in grober Schrift ihre sensationellen Artikel über den »nächsten Krieg der Vereinigten Staaten mit Deutschland.«⁶⁾

Wir sehen also im Sommer 1911 in Amerika das selbe Schauspiel wie in England und Frankreich. Überall wird in leidenschaftlicher Weise gegen Deutschland gearbeitet. Der Sitz dieser Propaganda war London. Gleichzeitig mit der maritimen vollzog sich auch die geistige Mobilmachung, die sich über das ganze Angelsachsentum erstreckte. Es ist übrigens sehr interessant, daß jetzt auch in England zugegeben wird, Amerika könne ja gar nicht neutral bleiben, weil es seinem ganzen Wesen nach eine »englische Kolonie« sei. So spottet die Londoner Wochenschrift *New Age* über die Deutschamerikaner, die von den Vereinigten Staaten verlangen konnten, daß sie sich in diesem großen Kampf neutral verhielten:

»Unterstützt durch die landläufige, internationale Fiktion von der nationalen Existenz der Vereinigten Staaten, glaubte auch Deutsch Amerika an diese Existenz; es ist diesem Deutsch Amerika nicht möglich zu begreifen, in wie hohem Maß ihr neues Vaterland eine *reductio ad absurdum* des liberalen Englands ist. Es möge den Deutschamerikanern deshalb verziehen werden, denn sie waren nicht fähig zu verstehen, daß Nordamerika eine englische Kolonie ist, wie dies durch die Tatsachen bewiesen wurde.«⁷⁾

Man wird in der Tat den Einfluß der Deutschamerikaner nicht sehr hoch veranschlagen dürfen, selbst wenn sie größere nationalkulturelle Energie aufwenden wollten.⁸⁾ Inmitten einer angelsächsischen Welt sind ihrer Wirksamkeit von vornherein bestimmte Grenzen gesetzt.

KULTURELLE und nationale Bande reichen freilich nicht aus zwei Länder an einander zu fesseln, wenn nicht auch eine weitgehende Gemeinsamkeit und Interessengemeinschaft in ihrer auswärtigen Politik besteht. Aus der auswärtigen Politik fließt das oberste Prinzip des ganzen staatlichen Handelns, und jede politische Orientierung, die nach den treibenden Kräften sucht, wird den ganzen Komplex der auswärtigen Beziehungen eines Staates berücksichtigen müssen. Die Interessengemeinschaft zwischen Amerika und England ist die gemeinsame Feindschaft gegen Japan. In allen Tonarten wurde vor dem Krieg die Solidarität der angelsächsischen Reiche, Englands, Amerikas und Australiens, gegen Japan in der amerikanischen Gesellschaft gepredigt. Wer über den Tag hinauszublicken vermag, wird sich in der Tat auch nicht darüber täuschen lassen, daß Japan nicht dauernd der Bundesgenosse Englands bleiben kann. England hat sich in dem Vertrag mit China 1898 das ganze Yangtsetal als Einflußsphäre zusprechen lassen. Es gab am Ende des 19. Jahrhunderts gewisse englische Karten, die diesen Bezirk schon rot färbten. Hongkong sollte ein zweites Calcutta, ein zweites Alexandrien werden. Es ist heute aber auch für jeden, der sehen will, mit Händen zu greifen, daß Japan die englische Einflußsphäre in China gründlich unterminiert hat.

⁶⁾ Siehe *D'Estournelles de Constant Les Etats-Unis d'Amérique* /Paris 1913/, pag. 113.

⁷⁾ Siehe die Zeitung der Zeitungen, in der Europäischen Staats- und Wirtschaftszeitung, 1916, pag. 457.

⁸⁾ Über die Bedeutung des Deutschamerikanertums siehe den informierenden Artikel *Gudde* (San Francisco) Die deutschamerikanische *Kulturgemeinschaft* und das Deutschtum in Amerika, in der Neuen Zeit, 1915-1916, 2. Band, pag. 233 ff.

Weiter ist unbestritten, daß Indien von den Engländern als der politische Pfeiler ihres ganzen asiatischen Kolonialreichs angesehen wird. Nun weiß man, daß das Erwachen Japans in Indien einen ungeheuren Eindruck gemacht hat. Es wäre daher auch gewiß sehr töricht sich durch das gegenwärtige Bundesverhältnis, das Japan seinerzeit, mehr der Not gehorchend als dem eigenen Triebe, wohl oder übel mit England eingehen mußte, über den tiefen Gegensatz zwischen Japan und England täuschen zu lassen.

Wie England so steht auch Amerika in tiefem Interessengegensatz zu Japan. Amerika ist der Feind Japans in Ostasien, weil es der Vorherrschaft der Japaner in China entgegentritt. Es ist der Feind Japans im Stillen Ozean, weil es durch seine ständig wachsende Flottenmacht sowie durch den Panamakanal, durch Hawaii und die Philippinen die Unabhängigkeit des japanischen Inselreichs bedroht. Es ist schließlich der Feind der Japaner, weil es die menschenleeren Territorien des Westens der japanischen Einwanderung verschließt. Hören wir, was D'Estournelles de Constant als die vorherrschende Meinung in den politisch orientierten Kreisen Amerikas bezeichnet: »Bei der ersten Komplikation ergreift Japan, das von seinen Spionen gut unterrichtet wird, Besitz von den Philippinen, ebenso von den Hawaischen Inseln, die schon von 80 000 Japanern bevölkert sind . . . Sobald dies ausgeführt ist, nimmt es weiter seinen Vorteil wahr; es bedroht den Isthmus von Panama; es bedroht San Francisco; es nimmt als Pfand die *Gibraltars* in Californien und Mexico. Kurz, es wird der Herr des Stillen Ozeans, der Herr des Weltmeers, der Herr der halben Welt, nicht mehr und nicht weniger . . . Zu gleicher Zeit, da Japan die Vereinigten Staaten angreift . . ., wird es auf einen Schlag und im selben Moment England, das britannische Reich bedrohen. Kein geheimer Vertrag vermag gegen die Brutalität der Tatsachen aufzukommen. Die Philippinen den Amerikanern wegzunehmen heißt die englischen Besitzungen in Asien bedrohen, von Singapur bis Schanghai . . . einschließlich Australiens.«⁹⁾

So malte sich die japanische Gefahr in den Köpfen der Amerikaner; dies sind die Tatsachen, die ihrer Meinung nach zu einer engen Interessensolidarität aller angelsächsischen Staaten gegen Japan führen müssen. Dazu kommt die Auffassung, daß Amerika ohne den Beistand der englischen Flotte den unvermeidlichen Kampf gegen Japan nicht siegreich bestehen kann. Wie es scheint, sieht man die Dinge in Japan kaum anders an. Nur daß die Japaner in Amerika den Angreifer und Eroberer sehen, der mit gewalttätiger Hand schon einmal über den Stillen Ozean hinübergriff, um sich für den großen Entscheidungskampf der Zukunft zwei wertvolle Stützpunkte: Hawaii und die Philippinen, zu sichern. Wie Japan über Amerika denkt, zeigt uns eine von der sehr einflußreichen Vereinigung der nationalen Verteidigung, deren Vorsitzende Graf Okuma und Baron Kato sind, in einer Million Exemplaren jüngst verbreitete Schrift, die den Titel *Der Krieg zwischen Japan und Amerika* führt. Auf dem Umschlag sieht man als Buchschmuck einen japanischen Dreadnought und eine zerrissene, niedergeholtte amerikanische Flagge. Der Anfang der Schrift lautet wie folgt:

»Die Herzen von 60 Millionen Japanern sind voll Mut und fest entschlossen mit den Vereinigten Staaten Krieg zu führen und sie von unserer Kraft zu überzeugen. Warum müssen wir diesen Krieg führen? Aus zwei Gründen: einmal wegen des absolut unmenschlichen Verhaltens der Vereinigten Staaten gegenüber Japan, dessen Bürgern der Zugang nach Amerika verweigert worden ist, und dann wegen der himmelschreienden Ungerechtigkeit ihrer gegen die Japaner gerichteten Gesetzgebung, die uns noch unter die Chinesen stellt.«¹⁰⁾

⁹⁾ Siehe D'Estournelles de Constant, loc. cit., pag. 117 f.

¹⁰⁾ Siehe die Zeitung der Zeitungen, in der Europäischen Staats- und Wirtschaftszeitung, 1916, pag. 457.

In agitatorischer Weise wird dann geschildert, wie Japan sich der Philippinen und der Hawaiiinseln bemächtigen und den Panamakanal zerstören soll, wobei Mexico als natürlicher Bundesgenosse der Japaner angesehen wird. Als Frucht des Sieges über Amerika wird dem japanischen Volk ganz Californien als Kolonisationsgebiet und die Herrschaft über den Stillen Ozean in Aussicht gestellt. Man wird, wenn man der imperialistischen Strömung in Japan die gebührende Beachtung schenkt, verstehen, warum Wilson im Auswärtigen Amt schleunigst jenen seltsamen Gesetzentwurf ausarbeiten ließ, der ihm die Ermächtigung erteilt nach dem Krieg die Philippinen für unabhängig zu erklären.¹¹⁾ Die Philippine Free Press verglich den Wilsonschen Vorschlag, dem der Senat eilig seine Zustimmung gab, mit der biblischen Erzählung von Jonas und dem Walfisch: die Rolle des Walfisches werde Japan übernehmen, das die unabhängig gewordenen Philippinen sehr bald wie jenen Jonas der Bibel verschlucken wird. In Japan, wo man sich durch den pazifistischen und antiimperialistischen Cant der demokratischen Machthaber in Washington natürlich nicht beirren läßt, fragt man höhnisch, warum Onkel Sam gerade jetzt, wo er sich so eifrig mit der Verstärkung seines Heeres und seiner Flotte befasse, diese Inseln aufgeben wolle, mit denen früher doch ein besserer Schutz der amerikanischen Interessen im Fernen Osten gepaart war. Das vielgelesene Blatt Nichi Nichi beantwortet die Frage ironisch dahin, daß man in Washington wahrscheinlich umgelernt habe und wohl zu der Ansicht gelangt sei, daß die Sicherheit Amerikas mehr von der Seite des Atlantischen Ozeans als vom Stillen Ozean aus bedroht werde.

Es scheint demnach, daß die Staatsmänner in Tokio sich keine Illusionen über die Freundschaftsgefühle machen, die man in London und Washington für Japan hegt. Man wird sich in Tokio auch seine eigenen Gedanken über die Neutralität der Union gemacht haben; man kennt sie dort vom Frieden von Portsmouth her. Das deutsche Volk sollte aus diesem Tatbestand, unbeirrt durch Rassenvorurteile, die notwendigen Folgerungen ziehen. Man wird bei uns nicht übersehen können, daß Japan, wenn auch offiziell unser Kriegsgegner, sich doch nunmehr fast 2 Jahre lang allen hitzigen Lockungen der Entente nach Truppensendungen auf den europäischen Kriegsschauplätzen hartnäckig verschlossen hat. Daß die deutsche Regierung das japanische Ultimatum vom 20. August 1914 unbeantwortet ließ und lassen mußte, folgte aus der ganzen Situation zu Beginn des Krieges. Mittlerweile haben sich die Stimmen in Deutschland gemehrt, die das damalige Vorgehen Japans, das bedingt war durch das englisch-japanische Bündnis und die britische Seegewalt, richtiger zu beurteilen verstehen als es im ersten Kriegsmonat uns möglich war. Das gemeinsame Interesse der angelsächsischen Welt gegen Japan sollte uns zeigen, wo wir unser Interesse, das Interesse Kontinentaleuropas überhaupt, zu suchen haben. Wir haben in Ostasien heute keine verwundbare Stelle mehr, wir haben dort politische Ansprüche überhaupt nicht zu verfechten.¹²⁾ Wie auch unser ferneres Verhältnis zu Amerika sich gestalten möge: der Weltkrieg hat uns jedenfalls gezeigt, daß die Solidarität der Weißen nur eine Fiktion, daß die Solidarität der Angelsachsen aber eine Realität ist.

¹¹⁾ Siehe die Rundschau Kolonisation in den Sozialistischen Monatsheften, 1916, 1. Band, pag. 415 f.

¹²⁾ Siehe meinen Artikel Die deutschen Interessen in Ostasien, in den Sozialistischen Monatsheften, 1915, 3. Band, pag. 1231 ff.

Es ist zu wünschen und zu hoffen, daß Deutschland (und mit ihm Kontinentaleuropa) fortan jede von anderer Seite ausgegebene Parole auf ihren wahren Gehalt prüft. Nicht die Übereinstimmung der Hautfarbe, sondern die Übereinstimmung der Lebensmöglichkeiten muß unser Verhalten im Pazifischen Ozean bestimmen.

XXXXXXXXXXXXXXXXXXXX'XXXXXXXXXXXXXXXXXXXX
**HEINRICH PEUS · DIE SOZIALDEMOKRATIE IM
 STAAT**



FT hat man gesagt, Mißtrauen sei die Tugend der Demokratie. Ich sage: sie kann auch ihr Tod sein. Ja, sie muß es sein, wenn das Mißtrauen, das für eine nichtdemokratische Regierung bestimmt ist, sich so in die Demokratie hineinfrißt, daß es zu einem Mißtrauen in den Reihen der Demokratie selber wird und damit den fettesten Nährboden für die korrumpierte Demokratie, die Demagogie, abgibt. Umgekehrt braucht gerade die Demokratie Vertrauen wie irgendwer; denn die Massen, die in ihr zusammenwirken sollen, sind dazu nur bei gegenseitigem Vertrauen fähig. Grundsätzliches Mißtrauen ist für die von der Demokratie erstrebte Leistung das schlimmste Gift. Aber auch dem Gegner, insbesondere einer gegnerischen Regierung gegenüber, ist schrankenloses Mißtrauen, das sich auf seinen Scharfsinn, der sich nicht *einseifen* lasse, etwas Besonderes zugute tut, leicht der Tod jedes wirklichen Fortschritts. Letzten Endes ist ja doch alles Weiterkommen nur durch Kompromiß, durch Verhandeln mit den Mächten möglich, die in jedem gegebenen Augenblick mitzuentcheiden haben. Solches Verhandeln setzt aber, wie auch der Verkehr im Geschäftsleben, einen bestimmten Grad anständigen Vertrauens zu einander voraus; sonst kommt die Politik über ein entsprechend niedriges Niveau nicht heraus, auf dem, wie bei einer gewissen Art des Geschäftslebens, einer den andern übers Ohr zu hauen sucht. Gerade die Demokratie muß mit aller Macht dahin arbeiten, daß an die Stelle politischer Intrige und hinterlistiger Beinstellpolitik der offene, ehrliche, sachliche Kampf entgegenstehender Interessen und Auffassungen trete, da nur in der gesunden Luft solcher Sachlichkeit und Wahrhaftigkeit das Wohl des Ganzen gedeihen kann.

Die Rede des Reichskanzlers vom 5. Juni gibt besondern Anlaß die Notwendigkeit solchen, zu sachlicher Arbeit bereiten Vertrauens stärker zu betonen. Der Kanzler will die Unterscheidung zwischen nationalen und anderen, angeblich nichtnationalen Parteien ein für allemal zum alten Eisen geworfen wissen. Er sieht auch für die Zukunft schwere Parteikämpfe voraus, schwerer vielleicht als früher. Aber er wünscht, daß sie nicht wieder von vornherein vergiftet werden, indem man mit dem alten Schema von nationalen und antinationalen Parteien operiert: »Ich sehe die ganze Nation in Heldengröße kämpfen um ihre Zukunft. Unsere Brüder, unsere Söhne, in treuer Kameradschaft kämpfen und sterben sie mit einander. Da ist bei allen die gleiche Liebe zur Heimat, ob nun die Heimat für sie Besitz und Reichtum einschließt, oder ob sie nur die Stätte war, da ihnen die Stärke ihres Armes das Leben fristete. Und diese heilige Flamme der Heimatliebe ist es, die ihnen das Herz stählt, daß sie tagtäglich in tausendfältigen Gefahren dem Tode trotzen und den Tod erleiden. Nur ein vollkommen ver-

trocknetes Herz kann sich dem erschütternden Eindruck von der Größe und von der Urkraft dieses Volkes entziehen, kann sich der heißesten Liebe zu diesem Volke entschlagen.« Aus solchen Worten spricht ein ehrlicher Wille, spricht der ernste Vorsatz in Zukunft alle Parteien als gleichberechtigt zu behandeln, weil alle nur ein Ziel haben: das Wohl des Landes und das Wohl des Volkes.

Die Sozialdemokratie hat seit Kriegsbeginn, getreu dem in aller Vergangenheit stets verkündeten Grundsatz von der Pflicht der Vaterlandsverteidigung, diese ihre Pflicht betont und betätigt. Sie kann daher auch fordern, daß in Zukunft beim Kampf gegen sie jedwede Verdächtigung unterbleibe, als ob ihr die Wohlfahrt des deutschen Volkes auch nur im mindesten gleichgültig sei. Sie kann als nationale Partei die volle Gleichberechtigung im Staat in Tat und Wahrheit verlangen, wie sie das schon immer zu fordern berechtigt war. Der Kanzler erwartet von der Zukunft »eine neue, . . . eine andere Zeit, . . . mit neuen geistigen Bewegungen, mit neuen sozialen Ansprüchen, mit neuen Forderungen«. Er sieht (auch das darf man aus diesen Worten schließen) auch ein Wachstum des Sozialismus und der Demokratie voraus. Das klingt hoffnungsvoll, das kündigt Fortschritt an. Weil Bethmann Hollweg es sagt? Nein, eine Person ist da nicht entscheidend. »Was gilt heute der einzelne«, so sagt er selber, »wo draußen die ganze waffenfähige Mannschaft Deutschlands tagtäglich dem Tod ins Auge sieht?« Aber ob dies Bethmann Hollweg oder ein anderer sagt, wahr ist es, daß, nachdem die Sozialdemokratie in diesem furchtbaren Krieg das Reich, wie es ist, trotz seiner Beherrschung durch den Kapitalismus, gegen den äußern Feind verteidigt hat, für die Verwirklichung ihrer kulturellen Ziele in Sozialismus und Demokratie die Bahn frei geworden ist, so daß, zumal angesichts der Notwendigkeiten, die der Krieg und seine Folgen mit sich bringen werden, eine kräftige Entwicklung im Sinn des Sozialismus und der Demokratie zu erwarten ist. Ob es freilich dazu kommt, so schnell, daß auch wir Lebenden noch etwas davon haben werden, das hängt vor allem auch von uns Sozialdemokraten selber ab. Wir müssen uns berufen fühlen die Welt jetzt mit aller Macht in unserm Sinn und Geist aufzubauen. Dazu gehört aber, daß wir auf alle Weise aus den Höhen der bloßen Theorien und Prinzipien in die lebendige Praxis hinabsteigen und den Anforderungen der jeweiligen Wirklichkeit in einer Weise Rechnung tragen, die nun einmal unvermeidlich ist, wenn man zu wirklichen Erfolgen kommen will.

Es wäre sicher auch besser gewesen, wenn der Rede des Reichskanzlers und der in ihr ausgedrückten Bereitschaft die Sozialdemokratie als gleichberechtigt anzuerkennen nicht eine Ablehnung des Etats durch unsere Partei gefolgt wäre. Eine gewisse Anerkennung der Richtigkeit dieser Auffassung trat auch in der Art der Rede des sozialdemokratischen Fraktionsredners zur 3. Etatslesung, des Abgeordneten Dr. Gradnauer, hervor. Er hatte ursprünglich den Auftrag nur die Ablehnung des Etats zu begründen. Aber ein gesundes Gefühl sagte ihm, daß er nun die Rede des Reichskanzlers würdigen und auch verkünden müsse, daß die Fraktion den neuen Kriegskrediten die Zustimmung erteile, daß ihre Stellung die selbe sei wie am 4. August 1914, daß das Lebensinteresse unseres Landes und Volkes in dieser schweren Zeit dafür maßgebend sei. Wäre die Sozialdemokratie in der Fassung der Beschlüsse ihrer Instanzen, also auch der Reichstags-

fraktion, beweglicher als es ihre heutige Organisation und die in ihr übliche abgöttische Verehrung von Parteitagsbeschlüssen gestattet, dann hätte auch wohl der Mitteilung von der Absicht der Bewilligung der neuen Kriegskredite die weitere Erklärung folgen können, daß die Sozialdemokratie bei aller Verurteilung der Ungerechtigkeit und Mangelhaftigkeit der Taten der derzeitigen Regierung gleichwohl den Etat bewillige, womit sie noch nicht ihr Vertrauen zur derzeitigen Regierung zum Ausdruck bringen, wohl aber die Anerkennung des gegebenen Staates als des Fundaments, auf dem sich ihre sozialistische und demokratische Reformarbeit aufbauen solle, in die Erscheinung treten lassen wolle. Freilich setzt das voraus, daß man endgültig mit der Vorstellung gebrochen hat, als sei es möglich eines Tages durch irgendwelchen phantastischen Ruck aus dem kapitalistisch beherrschten Staat in den sozialistisch verwalteten zu springen.

Ohne Frage liegt in der Bewilligung der Kriegskredite bei Ablehnung des Etats ein Widerspruch. Wer die Kriegskredite bewilligt, bekundet, daß ihm an der Erhaltung dieses Staates so viel liegt, daß er ihn nicht vernichten lassen will, daß er überzeugt ist, er könne auch als Sozialdemokrat seine Ideale mit größtmöglicher Sicherheit nur im Anschluß an den ihm historisch gegebenen Staat zu verwirklichen hoffen. Auch für revolutionär gestimmte Geister spricht sich darin das Bewußtsein aus, daß das historisch Gewordene nicht ohne Gefahr und Schaden jähe Zusammenbrüche erleben kann, zumal wenn sie von außen gewaltsam herbeigeführt werden. Für die deutsche Sozialdemokratie liegt in der Kreditbewilligung der Ausdruck der Wertschätzung eben dieses Deutschen Reichs, liegt das Bewußtsein, daß sein Untergang oder auch nur eine schwere Schädigung seiner wirtschaftlichen Entwicklung die Zerstörung der Hoffnung der deutschen Arbeiterklasse bedeutet auf der Grundlage der bisherigen Errungenschaften die von ihr erstrebte sozialistische und demokratische Welt aufzubauen. Die Annahme des Etats wird von den einen als ein Vertrauensvotum an die jeweilige Regierung aufgefaßt. Das ist eine willkürliche Annahme. Mißtrauensvotum oder Vertrauensvotum bringt man weit eher bei den Etatsstellen an, die den Ministern respektive Staatssekretären ihre Gehälter bewilligen. Die Annahme des Etats stellt die Bejahung dieses gegebenen Staates dar, so wie er unter den gegebenen Machtverhältnissen geschaffen werden kann, sie ruht mit der Kriegskreditbewilligung auf der selben Voraussetzung. Umgekehrt muß es als durchaus konsequent aufgefaßt werden, daß, wer nur das internationale sozialistische Proletariat als existenzberechtigt ansieht, dem gegenüber die gegebenen kapitalistisch beherrschten Staaten keinerlei Wertschätzung verdienen, nicht nur auch im Krieg den Etat ablehnt sondern auch die Kriegskredite verweigert. Die Leipziger Volkszeitung sagt, die sozialdemokratische Fraktion sei, indem sie den Etat ablehnte, aber die Kredite bewilligte, mit gebrochener Front aus der Reichstagssitzung gekommen. Das ist nicht ganz unrichtig, doch stark übertrieben. Die Fraktion hat eben eine Entschuldigung: das Unlogische kann gelegentlich taktisch begründet sein. Erkennt man das für den vorliegenden Fall an, so bleibt darum doch für die Richtung der in Zukunft zu erstrebenden Entwicklung die Herstellung logischer Übereinstimmung eine Notwendigkeit. Wer wie die Leipziger Volkszeitung sowohl Kriegskredite als auch den Etat ablehnen will, muß sich natürlich darüber im klaren sein, daß er mit solcher Haltung

zu dem gegebenen Staat in ein feindseliges Verhältnis gerät, bei dessen Ausgestaltung letzten Endes die gegenseitigen Machtverhältnisse entscheidend sind. Macht gibt da Recht, aber Ohnmacht auch Unrecht. Die Entwicklung des Verhältnisses zwischen der Sozialdemokratie und dem gegebenen Staat war aber im vergangenen Vierteljahrhundert ganz ohne Zweifel die einer gegenseitigen Durchdringung.

Der Reichskanzler hat am 6. Juni gemeint, die Etatsablehnung der Sozialdemokratie sei die »Reminiszenz eines alten Dogmas«, das sie »zum alten Eisen werfen« sollte. Der Vorschlag ist nicht so ungeheuerlich wie ihn manche Sozialdemokraten ansehen möchten. Hat doch die Sozialdemokratie schon manches ehemalige Dogma zum alten Eisen geworfen. Man denke an das Eherne Lohngesetz, die Produktivgenossenschaften, an die Nichtbeteiligung an den Landtagswahlen, ja selbst den Gemeindewahlen, an die Ablehnung des Tarifvertrags, die Geringschätzung des Konsumgenossenschaftswesens: alles heute längst überwundene Dinge. Es ist ein Verdienst der Sozialdemokratie, daß sie ihr Verhalten veränderten Umständen, insbesondere auch ihrer eigenen gesteigerten Macht und Verantwortung immer angepaßt hat. Herr von Bethmann Hollweg wird daher mit seiner Aufforderung sicher recht bekommen; vielleicht nicht morgen, wohl aber in absehbarer Zukunft. Er hat aber auch das republikanische Dogma der Sozialdemokratie zum alten Plunder gezählt. Da hat er nun freilich den Sinn dieses »Dogmas« ganz verkannt, wenn er es mit der Etatsablehnung auf eine Stufe stellt. Die Sozialdemokratie erstrebt die Demokratie, das ist die Selbstregierung und Selbstverwaltung des Volkes von unten auf. Ob da an der Spitze ein erblicher Monarch oder ein gewählter Präsident steht, hat gegenüber der Entwicklung der Demokratie unten im Volk bis hinein in die Volksvertretung und das Ministerium so unvergleichlich geringfügige Bedeutung, daß bekanntlich die Agitation der Sozialdemokratie für die Republik praktisch völlig gleich null ist. Im Gegenteil ist die Sozialdemokratie nicht müde geworden den Arbeitern begreiflich zu machen, daß die Bourgeoisrepublik für sie leicht schlimmer sein könne als eine Monarchie, wenn der Monarch eine starke Persönlichkeit ist und als solcher leicht unabhängiger als ein Präsident von Mammonsgnaden. Die Befreiung der Arbeiterklasse kann nur das Werk der Arbeiterklasse sein: das heißt, es hängt von ihrer eigenen Regsamkeit ab, was sie erreicht. Das ist die allein richtige Antwort, wenn die recht müßige Frage aufgeworfen wird, ob für sie die Republik oder die Monarchie besser sei. Die sich von unten herauf und durchs ganze Volk organisierende Arbeiterklasse: das nur ist es, was die Arbeiterklasse in Wahrheit befreit.

Wenn der Reichskanzler seine Rede wahr macht, so öffnet sich nach dem Krieg für die Sozialdemokratie ein erfolgreiches Arbeitsfeld. Genosse Dr. Gradnauer stellte das ausdrücklich fest: »Wir Sozialdemokraten bemühen uns die Träger solcher neuen Entwicklung zu sein.« Und vom Reichskanzler forderte er nicht nur Worte sondern auch Taten, durch die allein das Vertrauen der Arbeiter gewonnen werden könne. Wieder ein Ausdruck, der da beweist, daß eine Durchdringung des gegebenen Staates und der Sozialdemokratie das Ziel ist. Darauf muß aber auch das Streben der Sozialdemokratie mit unbeugsamer Energie gerichtet sein. Ihre Taktik muß in diesem Sinn völlig einheitlich werden, dann erst werden sich ent-

sprechende Erfolge einstellen. Das ist auch den schärfsten Gegnern der Sozialdemokratie klar, darum suchen sie vorzubauen und gegen den zu arbeiten, der die Sozialdemokratie zu positiver Wirklichkeitspolitik ermuntert. Allein die Besorgnis der Reaktionäre, daß die Sozialdemokratie noch mehr Einfluß gewinnen möchte, muß jedem klarmachen, welches der richtige Weg für die Sozialdemokratie ist.

Ist erst der Krieg erfolgreich für das deutsche Volk durchgeführt, dann kann auf dem neuen Fundament eine fruchtbare Arbeit im Sinn des sozialistischen Ideals und der demokratischen Selbstverwaltung und Selbstregierung begonnen werden. Es gibt ja viele Sozialdemokraten, die solchen Optimismus nicht teilen. Ihnen sei gesagt, daß Pessimismus im Sinn richtiger Erkenntnis der Wirklichkeit gewiß immer angebracht ist, daß aber andererseits ohne den Optimismus des Willens, der an die Erreichbarkeit seines Ideals glaubt und ihm eben darum auch in jeder Weise die Bahn freizumachen sucht, niemals in der Welt etwas Großes erreicht wird. »Ich kann in diesem großen Kriege ohne Optimismus nicht leben«, rief Herr von Bethmann Hollweg aus. Kein Sozialdemokrat sollte sich in solchem Glauben an die Zukunft vom deutschen Reichskanzler übertreffen lassen. Jedenfalls bringt der Sozialdemokrat die Arbeiterklasse besser vorwärts, der die ausgestreckte Hand des Vertrauens des Gegners in Bereitschaft zu gemeinsamer Arbeit ergreift, als wer seine Seele von entmutigendem Pessimismus zerfressen läßt, von ungebändigter Lust an maßloser Kritik der Zustände, unter denen er doch nun einmal sein Leben verbringen muß. Wir haben nicht das Recht enttäuscht zu werden, wenn sich unseren Wünschen gewaltige Hindernisse entgegenstellen. Wir sehen die harte Wirklichkeit, aber wir müssen den Glauben haben, daß wir sie überwinden werden. Nicht bloße Kritik, bloßes Verlangen an andere, sondern schwere Arbeit, das Geben eigener Kräfte führt zu der Welt, die wir erstreben.

XX

PAUL UMBREIT · DIE GLEICHBERECHTIGUNG IM KRIEG UND IM FRIEDEN



SCHON vor dem Weltkrieg hat der Organisationsgedanke einen großen Teil des Wirtschaftslebens beherrscht. Vor allem war er in Deutschland in einem Maß herrschend und gestaltend geworden, daß die meisten modernen Wirtschaftsstaaten dagegen weit zurückblieben. Industrie und Landwirtschaft, Handel, Verkehr, Wissenschaft und Arbeit waren stark organisiert und drückten dem Wirtschaftsleben ihr Gepräge auf. Die Formen der Organisation waren verschieden: Kartelle und Syndikate in der Industrie und im Handel, Genossenschaften in der Landwirtschaft und bei den Konsumenten, Gewerkschaften bei den Arbeitern, freie Organisationen in der Wissenschaft; aber sie alle leitete der Gedanke, daß der einzelne machtlos sei und in dem gewaltigen Ringen aller Kräfte untergehen müsse, wenn ihm nicht die Zusammenfassung vieler zu einem Gesamtwillen, in dem Stand, dem Beruf, der Klasse, die Kraft und Ausdauer verleihe in diesen Kämpfen zu bestehen. Vielleicht ist es kein Zufall, daß gerade in Deutschland der Organisationsgedanke so mächtig entwickelt ist; denn im Land der allgemeinen Schulpflicht und allgemeinen

Wehrpflicht mußte die Erkenntnis von dem Bestehen gemeinsamer Interessen und das Bewußtsein der Pflicht gemeinsamer Verteidigung am tiefsten Wurzel schlagen und das Dogma des freien Individuums und des Kampfes aller gegen alle am ehesten überwunden werden. Die deutsche Organisationsidee wuchs und erstarkte mit der wirtschaftlichen, politischen und geistigen Erstarkung des deutschen Volkes und zeitigte jene Erfolge, die Deutschland zum Musterland der modernen Wirtschaftsorganisation gemacht haben.

Diese Organisationsentwicklung ist indessen so überraschend schnell gelaufen, daß sie in der Rechtsordnung noch keinen Niederschlag finden konnte. Unsere Rechtsordnung beruht in der Hauptsache noch immer auf dem Individualismus. Dem freien Recht des einzelnen sind gewisse Schranken gezogen, aber nicht zugunsten der Organisation sondern im Interesse des Staates und des Gemeinwesens. Eine Ausnahme macht nur die Handwerksorganisationen den einzelnen Handwerker zu befähigen seine wirtschaftliche Stellung gegenüber der Industrie und der Arbeiterschaft zu behaupten. Im übrigen haben wir Gewerbefreiheit, Handelsfreiheit zwischen Unternehmern und Vertragsfreiheit im Arbeitsverhältnis. Diese Vertragsfreiheit gründet sich auf die Gleichberechtigung, faktisch aber bedeutet sie die Herrschaft des wirtschaftlich Starken gegenüber dem Schwachen. Daß dieser Stärke der Arbeitgeber sei, suchte der Gesetzgeber 2 Jahrzehnte lang zu verhüllen. Im Recht der Arbeitsordnungen fand dann aber die Herrschaft des Arbeitgebers im Arbeitsverhältnis ihren unverhüllten Ausdruck. Der Inhalt der vom Arbeitgeber erlassenen Arbeitsordnung, die die wichtigsten Arbeitsbedingungen regelt, ist rechtsverbindlich; die Mitwirkung der Arbeiter ist auf die bloße Meinungsäußerung ohne zwingende Kraft beschränkt. Das geschah im Jahr 1891, zu einer Zeit, da die Organisationen der Arbeitgeber und Arbeiter schon bestanden und ernste Kämpfe um den Arbeitsvertrag hinter sich hatten. Die Gesetzgebung duldet diese Organisationen zwar, gab ihnen aber weder eine klare Rechtsgrundlage noch einen öffentlich-rechtlichen Einfluß sondern suchte sie möglichst hintanzuhalten. Vor allem die Koalitionen der Arbeiter. Gegen diese war im wesentlichen auch die Gewerbeordnungs-Novelle von 1891 mit der einseitigen Diktatur der Fabrikarbeitsordnungen gerichtet, und es hätte nicht viel gefehlt, so hätte man ihnen damals durch einen verschärften § 153 ein Ende gemacht.

Diese Rechtsgestaltung beherrschte denn auch die Lage der Arbeiter der Großindustrie im letzten Jahrzehnt des vergangenen Jahrhunderts. Sie vermochte aber das Erstarken der Wirtschaftsverbände der Arbeiterklasse nicht zu hindern, die sich zunächst im Kleingewerbe und in der mittlern Industrie einnisteten und in großen Kämpfen eine Regelung des Arbeitsverhältnisses von Organisation zu Organisation erzwangen. Sie schufen auch in den Tarifverträgen die Form dieser neuen Regelung und zwangen diese Tarifverträge immer weiteren Wirtschaftskreisen auf. Schon im Anfang des 20. Jahrhunderts waren sie stark genug den Kampf auch mit der Großindustrie aufzunehmen und an der durch die Arbeitsordnung geheiligten Diktatur des Unternehmers zu rütteln. Die Kämpfe in der Wertindustrie, in der Textilindustrie riefen die gesamte Unternehmerklasse zur Abwehr auf den Plan. Das Herrenrecht des Unternehmers wurde zum Palladium erhoben, der Organisationsgedanke der Arbeiter und ihr Anspruch auf Gleichberechtigung

als gesellschafts- und staatsfeindlich geächtet. Die selben Arbeitgeber, die in den Kartellen und Syndikaten die Rechte des Einzelunternehmers knebelten, die die Arbeitgebersolidarität in Kämpfen gegen die Arbeiter mit allen möglichen Mitteln erzwangen, verneinten das Recht der Arbeiter auf Organisation und die Anerkennung der Gleichberechtigung dieser Organisation im Arbeitsvertrag. Obwohl der Arbeitsvertrag längst dem Willen des einzelnen Arbeitgebers entzogen und der Jurisdiktion der Arbeitgeberverbände unterstellt war, suchten sie die Fiktion aufrechtzuerhalten, daß nur der einzelne Arbeitgeber mit seinen Arbeitern verhandeln könne, um die Arbeiter darüber zu täuschen, daß die so getroffenen Vereinbarungen Gesetze der Unternehmerorganisation darstellten. Die Arbeiterklasse kehrte sich freilich nicht an diese Fiktion sondern verschaffte in gigantischen Tarifkämpfen dem paritätischen Recht auch in der Mittel- und Großindustrie Eingang. Noch leisteten einige Schwerindustriellen erfolgreichen Widerstand. In den Metallindustriellen wurde das entscheidende Ringen wiederholt vertagt, bis es in den Werftarbeiterkämpfen zum Austrag, vorläufig noch ohne Entscheidung, kam. Im Bergbau brach der christliche Streikbruch die Kraft der Arbeiterorganisationen. Aber schon hatte das Unternehmertum das Gefühl, daß es um eine verlorene Position kämpfe und daß der Kampf früher oder später zugunsten der Arbeiter enden müsse, wenn nicht eine höhere Gewalt eingriffe. Und so bereitete das Scharfmachertum die neue Entrechtungsära vor, die die Arbeiterklasse vereinsrechtlich und koalitionsrechtlich lahmlegen sollte, und deren Vorspiel die Verfolgungen der Arbeiter wegen angeblichen Terrors bildeten. Der Weltkrieg setzte diesen Treibereien ein Ende; denn gegenüber dem feindlichen Ring, der Deutschland bedrohte, wurde Einigkeit im Innern zum eisernen Zwangsgebot.

So war die Organisation vor dem Krieg tatsächlich der herrschende Faktor im Wirtschaftsleben, sowohl bei den Arbeitgebern wie bei den Arbeitern. Nur verweigerte ein Teil der Unternehmerklasse diesem Zustand, soweit es sich um die Arbeiterorganisation handelte, die tatsächliche und die Gesetzgebung die rechtliche Sanktion. Es fehlte nicht an Bestrebungen ein modernes Organisationsrecht zu schaffen, das die Rechte und Pflichten der Berufsvereine, die korporative Regelung der Arbeitsverträge, die Ausübung sozialpolitischer und öffentlichrechtlicher Funktionen und anderes mehr feststellen sollte. Aber die Organisationsentwicklung war noch zu neu und stürmisch, die Interessengegensätze waren zu scharf ausgeprägt, der Widerstreit zwischen sozialpolitischen und arbeiterfeindlichen Auffassungen war zu wenig ausgekämpft, als daß eine Kodifikation des neuen Arbeits- und Organisationsrechts ratsam erschien.

Der Krieg trat mitten in diesen Widerstreit zwischen Organisationsherrschaft und Organisationsrechtlosigkeit hinein und machte die Kämpfe und Verfolgungen aufhören. Er brachte zugleich eine Lösung des Widerstreits durch die tatsächliche Anerkennung der Arbeiterorganisationen und ihrer Gleichberechtigung. Das Wort des Kaisers »Von heute ab kenne ich keine Parteien mehr sondern nur noch Deutsche« wurde zur Parole des Burgfriedens wie auch des Rechtsfriedens. Die Gleichberechtigung aller Staatsbürger und aller auf dem Boden der Landesverteidigung stehenden Organisationen ergab sich als unweigerliches Korrelat der allgemeinen Wehrpflicht. Und die Idee der Gleichberechtigung war so allgemein, daß Unternehmer- wie

Arbeiterorganisationen sich der Regierung und der öffentlichen Volkswohlfahrt zur Verfügung stellten, und daß die Regierung sich vorbehaltlos auf Arbeitgeberverbände wie auf Gewerkschaften stützte. Sie zog beide zur Vermittlung der Ernte- und Schanzarbeiten heran, sie empfand dankbar die Arbeitslosenhilfe der Gewerkschaften wie die Wirtschaftshilfe der Unternehmerzentralen. Sie hielt auch nicht mit dem Eingeständnis zurück, daß sie bisher die Arbeit der Gewerkschaften nicht immer richtig eingeschätzt und behandelt habe, und stellte ihnen gegenüber eine Neuorientierung der innern Politik nach dem Krieg in Aussicht. Was kann das anders heißen, als daß die Gleichberechtigung der Arbeiterorganisationen auch gesetzlich anerkannt und gewährleistet werden wird? Freilich erst nach dem Krieg, denn die Regierung war sich darüber völlig im klaren, daß es sich dabei um heißumstrittene Fragen handle, die ohne ernste Kämpfe kaum zu lösen seien, und daß diese Kämpfe während des Burgfriedens nicht ausgetragen werden dürfen. Aber der Krieg dauert schon Jahre statt der Monate, und so konnte die Regierung nicht umhin wenigstens auf vereinsrechtlichem Gebiet ein schweres Unrecht gegenüber den Gewerkschaften wiedergutzumachen, indem sie deren sozialpolitische und wirtschaftspolitische Wirksamkeit gegenüber behördlichen und gerichtlichen Verfolgungen rechtlich sicherstellte. Es war sicherlich auch ein Unding die Gewerkschaften wegen Handlungen zu verfolgen, die die Regierung während des Krieges selbst wiederholt von ihnen verlangte. Diese Vereinsrechtsnovelle bedeutet selbstverständlich noch nicht die Einlösung des Versprechens der politischen Neuorientierung. Die Arbeiterklasse erwartet mehr als dies, aber sie kann das Ende des Krieges abwarten, um dann mit Ernst und Nachdruck an die großen innerpolitischen Probleme heranzutreten.

Den Organisationen hat der Krieg eine Ära des Triumphes gebracht, denn ihre Kraft war berufen Deutschland gegen Waffengewalt und wirtschaftlichen Druck unbesiegbar zu machen. Organisation war die Seele der immensen Massenbewegungen unserer Armeen, Organisation das Geheimnis unserer technischen Überlegenheit über die Feinde, Organisation die Ursache unserer Siege auf den Kriegsschauplätzen. Durch Organisation wurde die Isolierung Deutschlands vom Weltverkehr überwunden, die Volkswirtschaft in eine hochentwickelte Kriegswirtschaft umgewandelt und die soziale Fürsorge für die Opfer des Krieges ausgebaut. Auf allen Gebieten mußte der Individualismus vor der Organisation die Waffen strecken, das geheiligte Privateigentum mußte sich immer wieder erneute Eingriffe und Beschlagnahmen gefallen lassen. Weite Zweige der Kriegsindustrie und Lebensmittelversorgung wurden teils verstaatlicht teils durch öffentlich-rechtliche Korporationen monopolistisch zentralisiert, der privaten Ausbeutung entzogen oder wenigstens staatlich reguliert. Der freie Markt wurde mehr und mehr eingeschränkt, ganze Berufe wurden stillgelegt, Rohstoffe und Aufträge planmäßig verteilt, die Arbeitszeit wurde geregelt, Lohn- und Tarifverträge wurden unter behördlicher Mitwirkung eingeführt und rechtsverbindlich gemacht. Auch in der Ernährung wurde der Einzelmensch zurückgedrängt, indem jedem die auf ihn entfallenden Mengen an Mehl, Brot, Butter, Fleisch und Fett sowie anderen Lebensmitteln zugeteilt wurden. Freilich ließ hier die Organisation in der Erzeugung, Verteilung und im Verbrauch schon vor dem Krieg alles zu wünschen übrig, so daß die Kriegs-

wirtschaft hier am wenigsten sich auf Vorhandenes stützen konnte. Die Arbeiterkonsumvereine haben sicher ein großes Maß gemeinnütziger Arbeit geleistet, aber ihre Stellung zwischen Erzeugern und Gemeinden war zu wenig befestigt, die Gemeindeverwaltungen selbst waren zu sehr ein Spielball privatwirtschaftlicher Erwerbsinteressen, als daß sie sich mit Erfolg hätten durchsetzen können. Hier versagte die Organisation, die auf anderen Gebieten so Großes geleistet hat.

Das Verhältnis zwischen den Organisationsgruppen selbst hat der Krieg in mancherlei Hinsicht ganz erheblich beeinflußt. Daß der Burgfrieden die Einstellung der Kämpfe zwischen Unternehmerverbänden und Gewerkschaften erforderte, will wenig besagen. Auch die teils vereinbarten teils stillschweigenden Übereinkommen, daß die bestehenden Tarifverträge auf beiden Seiten aufrechterhalten werden sollen, erscheinen in diesem Zusammenhang als etwas Selbstverständliches. Einen neuen Einschlag bedeuten indes die Arbeitsgemeinschaften in zahlreichen Gewerben, die zur Behebung wirtschaftlicher Notlagen von Arbeitgebern und Arbeitern gegründet wurden. Sie sind das Ergebnis des Bewußtseins, daß es neben den gegensätzlichen Interessen beider Klassen auch gewisse gemeinsame Interessen gibt, die durch gemeinschaftliche Arbeit besser gefördert werden können als durch getrenntes Wirken. Diese Erkenntnis war weder neu noch früher ungenutzt geblieben. Sie hatte in einzelnen Tarifgemeinschaften bereits manche gemeinsame Einrichtungen gezeitigt. Auch die paritätischen Arbeitsnachweise sind eine Frucht dieser Erkenntnis. Die Arbeiter hatten sich ihr auch am wenigsten verschlossen sondern waren immer bereit gewesen ihre Tarifverträge zu positiver paritätischer Arbeit auszugestalten; sie waren eben nie Scharfmacher im Sinn des rücksichtslosesten Klassenkampfes. Wohl aber gedieh dieses Scharfmachertum in allen Spielarten vor dem Krieg im Unternehmerlager. Dort gab es hartnäckige Gegner jeder Arbeiterorganisation, jeder Anerkennung der Gleichberechtigung und jedes Tarifvertrags, und selbst unter den Praktikern des Tarifvertrags gab es noch grundsätzliche Gegner paritätischer Einrichtungen wie Arbeitsnachweise, Schiedsgerichte, Lehrlingsskalen usw. Es ist ein Erfolg dieses Krieges, daß die Erkenntnis der Nützlichkeit eines gemeinsamen Wirkens über manche dieser grundsätzlichen Bedenken siegte, und daß selbst Gegner paritätischer Einrichtungen den Weg zur gegenseitigen Anerkennung und Verständigung fanden. Zur Beruhigung aller derer, die in solchem gemeinsamen Wirken bereits eine Anerkennung der Harmonie der Interessen von Unternehmern und Arbeitern wittern möchten, sei gleich eingeschaltet, daß der große Interessenstreit über den Anteil am Arbeitsprodukt wie über die Gestaltung der Arbeitsbedingungen durch ein gewisses Gebiet gemeinsamer Interessen nicht aus der Welt geschafft werden kann, daß es also immer getrennte Organisationen der Unternehmer und der Arbeiter geben wird. Wenn diese Organisationen aber schon Vereinbarungen über den Inhalt der Arbeitsverträge schaffen können, so liegt sicher nichts im Weg auch für gemeinsame Interessen gemeinschaftliche Einrichtungen zu treffen und zu unterhalten.

Auch in der Fürsorge für Kriegsverletzte haben sich vielfach Unternehmerverbände und Gewerkschaften zu gemeinsamer Arbeit in Ausschüssen vereinigt, und friedlich und schiedlich regeln sie alle damit zusammen-

hängenden Fragen. Selbst die Arbeitsvermittlung, sonst ein Kampfobjekt, über das jede Verständigung ausgeschlossen erschien, bereitet hier keine Schwierigkeiten. Das große Dankgefühl gegen die Kriegsverwundeten läßt jeden Gegensatz verstummen. Gewiß bleiben noch immer manche Meinungsverschiedenheiten übrig, und es gibt sicherlich auch Unternehmer, deren Erwerbssinn durch keinerlei Dankgefühl beeinflusst ist. Sie bilden aber zweifellos die Ausnahme, denn sonst wäre ein gemeinsames Wirken auf diesem Gebiet überhaupt in Frage gestellt.

Endlich zeigen die Tariferneuerungen und die Teuerungszulagen während des Krieges dankenswerte Züge eines gewissen beruflichen Gemeingeistes. Die Teuerung trifft Unternehmer wie Arbeiter, wenn auch vielleicht nicht immer in gleich fühlbarem Maß. Solchen Unternehmern, die nicht an der Kriegskonjunktur teilnehmen können, kommt es gewiß hart an neben den Opfern, die ihnen die Aufrechterhaltung des Betriebs in so schwerer Zeit auferlegt, auch noch die Schadloshaltung der Arbeiter vor den Folgen der Lebensmittelteuerung auf sich nehmen zu müssen. Sie tun es natürlich in Rücksicht auf die künftige Besserung des Geschäfts, aber auch um sich tüchtige Arbeitskräfte zu erhalten, die sie schätzen gelernt haben. Die Gewerkschaften vergeben sich nicht das geringste, wenn sie solches Verhalten der Arbeitgeber als anerkennenswert bezeichnen. In den letzten Monaten sind viele Tarife, die während der längern Kriegsdauer abgelassen waren, erneuert oder verlängert worden, zu einer Zeit, die ernste Lohnkämpfe ausschließen mußte. Auch hierbei hat man teils Teuerungszulagen zugestanden teils den Arbeitgebern nahegelegt sie freiwillig zu gewähren. Allerdings waren die Arbeitgeberverbände nicht in allen Fällen so entgegenkommend. Im Baugewerbe kam es erst nach wiederholten Verhandlungen zur Verständigung, wobei freilich zuzugeben ist, daß die Krisis schwer auf diesem Gewerbe lastet. Im Bergbau hat das Zechenherrentum den Arbeitern völlig unzureichende Zugeständnisse gemacht, obwohl sie an Bestellungen weniger Mangel haben als an Arbeitern und ihre Gruben auch nichts an Rentabilität eingebüßt haben. Es ist also bei weitem nicht alles Burgfrieden und Harmonie; sondern es gibt auch jetzt noch größere Unternehmerkreise, die während des Krieges nicht zu- und umgelernt haben und das Scharfmachen lediglich der öffentlichen Meinung wegen bis zum Friedensschluß im wohlvertrauten Zirkel der Gesinnungsfreunde pflegen. Immerhin ist nicht zu verkennen, daß der paritätische Einschlag durch die deutsche Kriegswirtschaft verstärkt worden ist.

Mit der Wertschätzung der Organisation im allgemeinen ist auch die Achtung vor der Organisation der Wirtschaftsgegner gestiegen, und die gemeinsame Not der Zeit hat die gegenseitige Anerkennung und Fühlungnahme zu gemeinschaftlicher Arbeit erleichtert. Gemeinsame Arbeit ist ohne das Zugeständnis der Gleichberechtigung nicht möglich, und selbst wenn dieses gemeinsame Wirken lediglich eine vorübergehende Erscheinung, durch den Krieg bedingt, gewesen wäre: die Gleichberechtigung kann nicht mehr rückgängig gemacht werden sondern bleibt auch auf wirtschaftlichem wie auf politischem Gebiet als unzerstörbare Errungenschaft der Kriegszeit bestehen. Das wird natürlich keinerlei Eindruck auf diejenigen machen, denen die ganze burgfriedliche Richtung und Stimmung ohnehin schon lange ein Greuel ist, und die je eher je lieber zum alten Standpunkt zurückkehren möchten, und Kämpfe

zwischen Unternehmer- und Arbeiterverbänden wird es ja auch nach dem Krieg geben. Aber der Kampf um die Arbeiterorganisation und deren gleichberechtigten Einfluß auf die Arbeitsbedingungen wird wohl in den meisten Berufen der Geschichte angehören. Nur mit gewissen großindustriellen Scharfmacherkreisen muß er erst noch ausgetragen werden, ehe diese Herren sich zur Anerkennung einer Tatsache bequemen, die jetzt selbst der Reichsregierung längst geläufig geworden ist. Und doch sollten sie es sich ernstlich überlegen, ob ihr Verhalten ihrer Industrie, ob es der deutschen Volkswirtschaft, ob es dem Reich, das jetzt von allen Volksschichten gemeinsam verteidigt wird, nützlich ist. Einige wenige Hinweise dürften genügen, um diese Frage zu beantworten.

Der Übergang von der Kriegs- zur Friedenswirtschaft stellt an alle in der Industrie Tätigen, vom Industriellen bis zum Arbeiter, große Anforderungen. Es gilt die verlorenen Positionen von neuem zu erkämpfen, den eingedrückten Wettbewerb zu schlagen, neue Märkte zu gewinnen. Kapital, Intelligenz und zähe, fleißige Arbeit müssen sich vereinen, um das Übergangsstadium möglichst rasch und günstig zu überwinden. Das wird bei ehrlichem Willen eher mit Hilfe der Organisationen als durch ihre Ausschaltung und unter steten Kämpfen mit ihnen erreicht werden. Verträge von Organisation zu Organisation sind eine bessere Bürgschaft ungestörter Entwicklung als ein feudalistisches Herrentum gegenüber einer Arbeiterschaft, die den Namen Deutsche nur im Sinn der Gleichberechtigung als Ehrennamen schätzen wird. Eine unterdrückte Arbeiterklasse würde zur Größe der deutschen Nation wenig beitragen können. Unsere Volkswirtschaft steht nicht minder vor großen Umgestaltungen. Der Krieg hat ihr Rohstoffe und Absatzgebiete verschlossen, aber auch neue Verwertungs- und Entwicklungsmöglichkeiten erschlossen. Technische, organisatorische, handels- und wirtschaftspolitische Umwälzungen sind bereits eingeleitet oder stehen nach dem Krieg unmittelbar bevor. Hier wird der Organisation eine Riesenaufgabe gestellt, von deren baldiger glücklicher Lösung Deutschlands künftige Wirtschaftsstellung auf dem Weltmarkt abhängig ist. Es ist nicht daran zu denken, daß die Mitarbeit der Arbeiterorganisationen dabei entbehrt werden kann, ebensowenig, daß diese auf ihre Mitarbeit verzichten wollten und könnten. Wie aber verträge sich eine gemeinsame Lösung dieser großen Aufgaben mit kleinlicher Verweigerung der Gleichberechtigung, in der sich führende Kreise der Schwerindustrie üben? Solche Übung wird höchstens für diese Industrie unheilvolle Konflikte zeitigen, aber sie ist doch nicht imstande die Arbeiterorganisationen um die Errungenschaft dieses Krieges zu bringen. Denn man vergesse nicht: Im neuen Deutschland wird das Schwergewicht noch mehr als im alten in der Stärkung der Reichsgewalt und der Reichsgesetzgebung liegen, und der Reichstag des allgemeinen und gleichen Wahlrechts wird dem ganzen Volk geben, was ihm gebührt.

Und schließlich muß das Reich nicht bloß jetzt im Krieg sondern auch später im Frieden verteidigt werden, denn der Krieg ist ja nur die Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln, und ebenso wird die Politik dann den Krieg mit anderen Mitteln fortsetzen. Glaubt man hierbei die Kraft der Organisation, die den Krieg bestehen half, entbehren zu können? Und wie dann, wenn hinter diesem Krieg neue Kriege drohen, wenn man auch künftig auf die heilige Einheit des ganzen Volkes rechnen muß? Das Reich, das

diesen Krieg glücklich überstanden hat, könnte gar nicht schlimmer geschädigt werden als dadurch, daß man der stärksten Bevölkerungsklasse die Gleichberechtigung vorenthalten oder mindern wollte. Der Same der Zwietracht, der da gesät wird, könnte bittere Frucht zur Reife kommen lassen. Mag es immerhin unter den Unternehmern Kampfnaturen geben, die es verschmähen Zugeständnisse anders als vor der Spitze des Speeres zu machen. Solche Naturen vertragen sich freilich wenig mit den Geboten, die uns das Zeitalter der Organisation auferlegt. Aber auch der Arbeiterklasse fehlt es nicht an Kampfnatur, und sie wird Klassenkämpfern solcher Art gegenüber ihren Mann stehen. Die Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung beweist dies zur Genüge. Die Schuld an solchen Kämpfen würde dann einzig diejenigen treffen, die das Organisationsrecht zum Privileg einer Herrenklasse machen möchten, und denen der Individualismus gerade noch gut genug dünkt, um die Arbeiterklasse in Ohnmacht zu erhalten.

Seien wir darum nicht in Sorge. Die Gleichberechtigung der Klassen wird in Zukunft nicht mehr von der Willkür einzelner, von der Machtstellung kleiner Gruppen abhängen. Das deutsche Volk hat diese Gleichberechtigung als Gebot nationaler Selbsterhaltung erkannt. Die Einsicht, daß nur das Volk selbst den Staat, seinen Staat, verteidigen kann, ist in den Augusttagen 1914 blitzartig allen Schichten gekommen. Der Gesamtwille, der dieser Einsicht entspringt, wird den Boden bestimmen, auf dem im Frieden einzig alle Gegensätze ausgetragen werden können: den Boden gleichen Rechts und gleicher Geltung aller Glieder der Nation.

XX

JULIUS KALISKI · DIE DEUTSCHE KRIEGSERNÄHRUNG, IHRE KRITIK UND IHRE FÖRDERUNG



KRITIK an der Vergangenheit zu üben wäre von meinem Standpunkt aus überflüssig und geschmacklos, sagte Herr von Batocki in der ersten Plenarsitzung des Reichstags, in der er als Präsident des Kriegsernährungsamts erschien. Mehr noch hätten zu dieser Zurückhaltung Organe Anlaß gehabt, die Herrn von Delbrück, nachdem er aus dem Amt geschieden war, nicht genug zu tadeln wußten, die aber, solange er als Staatssekretär fungierte, die Unterlassungen und Mängel seiner Ernährungspolitik allein in dem offenen und geheimen Widerstand der Agrarier und der preußischen Verwaltung gegen das Reichsamt des Innern suchten und zu finden wußten. Gerade diese Methode hat von sachlichen Untersuchungen abgelenkt, und sie hat dazu beigetragen an die Stelle gemeinsamer Arbeit überflüssige, ja schädliche, weil hindernde und verbitternde, Auseinandersetzungen treten zu lassen. Während der Staatssekretär von Delbrück sich auf anderen Gebieten seines Wirkens als eine Persönlichkeit von hohem geistigen Rang erwies, konnte seine Art eine glückliche Lösung des großen Komplexes der Ernährungsfragen wenig fördern. Hier war Entschlußkraft, eiserne Energie am Platz, dazu eine intime Kenntnis landwirtschaftlicher Praxis. Herr von Delbrück war mehr an den Boden des Ausgleichs gewöhnt, der langsam gepflegt sein will, er verstand es Gegensätze einzelner Personen und Gruppen zu mildern; seine geistigen und Kulturneigungen schlossen wohl den Sinn für die Not-

wendigkeiten des täglichen Lebens nicht aus, aber er sah die Dinge doch mehr in der Idee, die Verordnung vertrat ihm vielfach die Tat. Man hat der Sache und ihm selber schlecht gedient, wenn man ihn als den durch agrarische Übermacht Ohnmächtigen hinstellt. Die Gefahren solcher Taktik sind von mir während der Kriegszeit wiederholt und eindringlich hier dargelegt worden.

Heute weiß alle Welt, daß die Ernte des Jahres 1915 eine schwere Mißernte war. Nach der amtlichen Statistik wurden 9 152 402 Tonnen Roggen und 3 855 841 Tonnen Weizen geerntet, gegen 12 222 394 Tonnen Roggen und 4 655 956 Tonnen Weizen im letzten Friedensjahr 1913. Selbst die nicht besonders günstige Ernte von 1914 überragte die Ernte des zweiten Kriegsjahrs um mehr als $1\frac{1}{3}$ Millionen Tonnen Brotgetreide. Der Haferertrag war 1915 5 986 034 Tonnen, gegen rund 9 Millionen Tonnen 1914 und beinahe 10 Millionen Tonnen 1913. An Sommergerste wurden 2 483 752 Tonnen geerntet, das waren 1,2 Millionen Tonnen weniger als 1913. Insgesamt beläuft sich der Minderertrag unserer Ernte an Weizen, Roggen, Gerste und Hafer im Jahr 1915 gegenüber 1913 auf rund 9 Millionen Tonnen. Dazu kamen schlechte Futtermittelerträge, die Kleeernte war mit 7 731 822 Tonnen die zweitschlechteste des letzten Jahrzehnts, der Wiesenertrag der drittschlechteste, er war mit rund 24 Millionen Tonnen um rund 5 Millionen kleiner als 1914 und 1913. In Wirklichkeit wird der Vergleich mit den Vorjahren, wie ihn die offiziellen Zahlen ermöglichen, sich noch weiter zuungunsten des Jahres 1915 verschieben. Denn es darf nicht übersehen werden, daß diesmal durch die Beschlagnahme der Getreideernte das Erntergebnis ziemlich lückenlos statistisch erfaßt worden ist, während der Ertrag in den Friedensjahren von der Statistik, die bei dem frühern Verfahren kaum mehr als eine Schätzung sein konnte, nicht annähernd in seiner ganzen Höhe ausgewiesen wurde. Wenn es dennoch gelang die Nahrungsmittelversorgung so wie sie war zu sichern, muß darin die Bürgschaft für eine wesentliche Besserung unserer Ernährungsverhältnisse bei einer auch nur einigermaßen bessern Ernte erblickt werden. Schon der Ausfall der Ernte 1915 sollte, nachdem die einwandfreien Angaben vorliegen, dazu anhalten manche Theorie und manches Urteil über Getreidezurückhaltung und unberechtigte Preisforderungen zu revidieren; leider hat man das nur in vereinzelt Fällen bedacht oder berücksichtigt. Besonders die Mißernte von Futtermitteln war längst kein Geheimnis mehr; aber das spielte in den Diskussionen keine Rolle, weil die Richtung, in der die Auseinandersetzungen sich bewegten, nach alter schlechter Gewohnheit von vornherein feststand. Als ich im ersten Kriegsjahr darauf hinwies, daß die Vorschläge der landwirtschaftlichen Organisationen für eine Regelung der Nahrungsmittelmärkte an Entschiedenheit den Wünschen der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften nicht nachständen und ein Zusammenarbeiten der Arbeiterorganisationen mit den landwirtschaftlichen Verbänden auf dem Gebiet der Lebensmittelversorgung empfahl¹⁾, wußten besonders gesinnungstüchtige Parteiblätter darauf nur mit Verlegenheitswendungen, wenn nicht gar mit Unterstellungen* zu antworten. Mehrfach, und gerade auch in den für die Gestaltung der Nahrungsmittelversorgung entscheidenden Stadien, ist in den Sozialistischen Monatsheften der Versuch unternommen worden durch un-

¹⁾ Siehe meinen Artikel Forderungen nationaler Selbsterhaltung, in den Sozialistischen Monatsheften, 1915, 1. Band, pag. 428 f.

geschminkte Darstellung der landwirtschaftlichen Verhältnisse und der allgemeinen Zusammenhänge statt des vielfach planlosen Tuns und Treibens in den Volksernährungsfragen die Sozialdemokratie auf den Weg sozialistischer Arbeit zu drängen.²⁾ Daß die Entwicklung der hier vertretenen Auffassung recht gab und die Zweckmäßigkeit der hier empfohlenen Maßnahmen bestätigte, soll wahrlich nicht aus Rechthaberei in die Erinnerung gerufen werden, sondern um die Agitation für die Folge in sachliche Bahnen zu lenken.

Für die Beurteilung der Stellung der Landwirtschaft zu mancherlei Preisfragen, über die ganz falsche Meinungen verbreitet wurden, hat der konservative Reichstagsabgeordnete Albert Arnstadt in einem kürzlich veröffentlichten Schriftchen einen Beitrag geliefert, der nicht übersehen werden sollte. »Am 11. August [1914], also 7 Tage nach Beschluß des Höchstpreisgesetzes, waren die Vertreter der Landwirtschaft zur Versorgung des Heeres zusammengerufen worden. In dieser Sitzung wiesen die Vertreter des Bundes der Landwirte darauf hin, daß die Einführung von Höchstpreisen sofort vorgenommen werden mußte, wenn man einer rapiden Preissteigerung vorbeugen wollte. Man einigte sich schließlich auf einen Höchstpreis von 195 Mark pro Tonne Roggen.«³⁾ Dieser Feststellung folgt eine Darstellung der Preisentwicklung, die von einem Durchschnittspreis von 193,56 Mark für die Tonne Roggen im August bis 227,27 Mark im Oktober 1914 führte. Ende Oktober erst kam die Höchstpreisfestsetzung nebst dem Fütterungsverbot für Getreide heraus, und da die Preise sich inzwischen so hoch entwickelt hatten, mußte man, wie Arnstadt bemerkt, wesentlich über die ursprüngliche Forderung der Landwirtschaft hinausgehen. Noch weniger kann man die Landwirtschaft für die Nichteinführung von Höchstpreisen für Mehl und Futtermittel verantwortlich machen. Die Unterlassung dieser Maßnahmen, deren Ausführung gerade den landwirtschaftlichen Interessen entsprochen hätte, trug zur allgemeinen Preisteuerung wesentlich bei. Für die wichtigsten Produkte wurde die Preisbemessung in der Anlage verfehlt. Dadurch verschob sich alles. Dazu kam die Vorstellung von der alleinseligmachenden Kraft der Reglementierung, die doch versagen mußte, wo nicht durch Arbeit der notwendige direkte Verkehr zwischen Produzenten und Konsumenten hergestellt wurde. Nicht um als *Schwurzeuge für die Agrarier* zu dienen (wie man sich so geschmackvoll ausdrückt, wenn sich die Landwirtschaft auf sachliche Urteile eines Sozialdemokraten beruft), hebe ich das hervor, sondern um irrige Vermutungen zu zerstreuen, die noch nie die Voraussetzung eines wirklichen und dauernden Erfolgs gewesen sind.

Auch wem die wirtschaftlichen Gegensätze durchaus nicht unbekannt sind, darf und muß verlangen, daß man die Lebensmittelversorgung während des Krieges nicht zum Gegenstand parteipolitischer Kämpfe macht. Parteipolitik hat gerade in dieser Materie zur Verdunkelung und damit zur Schädigung der Sache beigetragen. Bei einer bessern Kenntnis des Gegenstands wäre sicher viel Gezänk unterblieben, das doch nichts besserte, wohl

²⁾ Siehe Schulz Sind die Angriffe gegen die deutsche Landwirtschaft berechtigt? und Die Kriegskartoffelpolitik, die Schweinemassenschlachtung und unsere Partei, sowie, außer dem in Note 1 zitierten, noch meine Artikel Die Sicherung des deutschen Volkes und Produktionsicherung und Konsumentenfürsorge in der Volksernährung, in den Sozialistischen Monatsheften, 1915, 3. Band, pag. 1285 ff., und 1916, 1. Band, pag. 82 ff., sowie 1915, 2. Band, pag. 747 ff., und 3. Band, pag. 1238 ff.

³⁾ Siehe Arnstadt Der Weltkrieg und die deutsche Volkswirtschaft /Langensalza 1916/, pag. 44 f.

aber fruchtbare Arbeit verhinderte. Man könnte sich beinahe darüber wundern, daß alles noch so ging, wie es ging, daß die künstlich geschaffenen Hemmnisse nicht noch mehr Schaffungsmöglichkeiten erschwert haben. Die Regierung hat schließlich mit der Errichtung des Kriegsernährungsamts die notwendigen Konsequenzen aus der verfahrenen Situation gezogen, Wunder kann auch dieses Amt nicht wirken, wie sein Leiter selbst erklärte. Aber schon nach der kurzen Zeit seiner Tätigkeit muß man ihm das Zeugnis eines festen Willens und derben Zugreifens ausstellen.

Das Kriegsernährungsamt versucht zunächst die Buttererzeugung zu heben. Bei der Aufbringung des Fleischbedarfs ist fortan Vorsorge zu treffen, daß die Kühe, die zur Milcherzeugung geeignet sind, nicht geschlachtet werden. Besitzer von Kühen können zur Lieferung bestimmter Milchmengen gezwungen werden. Die übrigen Bestimmungen der Verfügung, die das anordnet, besagen, daß die Städte über 5000 Einwohner bis zum 1. Juli eine Regelung des Verkehrs mit Speisefetten vorzunehmen haben, und erweitern die Verpflichtung der Molkereien zur Überlassung von Butter an die Zentraleinkaufsgesellschaft, sollen also nur eine Verbesserung der Verteilung herbeiführen. Durch eine weitere Verordnung wird das Verfüttern von Kartoffeln verboten; Ausnahmen dürfen nur für Kartoffeln bewilligt werden, die sich für menschliche Ernährung nicht eignen. Bis zum 15. August 1916 dürfen Viehbesitzer an ihr Vieh insgesamt nicht mehr Erzeugnisse der Kartoffeltrocknerei verfüttern als auf ihren Viehbestand nach folgenden Sätzen entfällt: an Pferde höchstens 2½ Pfund, an Zugkühe höchstens 1¼ Pfund, an Zugochsen höchstens 1¾ Pfund, an Schweine höchstens ½ Pfund täglich. Die Kommunalverbände können das Verfüttern dieser Erzeugnisse weiter beschränken, auch ganz verbieten. Kartoffelstärke und Kartoffelstärkemehl dürfen überhaupt nicht verfüttert werden. Diese Maßnahme hat natürlich auch ihre gewichtigen Bedenken. Herr von Batocki hat das in seiner Reichstagsrede am 7. Juni schon hervorgehoben; er wies darauf hin, daß dadurch zweifellos die Schweinemast und damit wieder die Fettversorgung beeinträchtigt werden, daß aber der aus verschiedenen Gegenden gemeldete Kartoffelmangel für menschliche Ernährung ausschlaggebend gewesen sei. Hoffentlich wird das Verfütterungsverbot nur kurze Zeit zu bestehen brauchen; denn die Schäden, die es anrichten könnte, lassen es angebracht erscheinen nach einem andern Weg zum gleichen Ziel zu suchen. Um ferner mehr Zucker für Nahrungszwecke bereitzustellen, wurde eine große Menge Zuckers, die zur Viehfütterung bestimmt war, nunmehr der Versorgung der Menschen zugeführt.

Außer diesen neuen Verordnungen, die er selbst zurückhaltend bewertet, hat der Präsident des Kriegsernährungsamts Verhandlungen zur Vorbereitung und Förderung anderer Maßnahmen geführt. In erster Reihe steht da die Errichtung oder Erweiterung von Speisegemeinschaften durch die Städte. Kommt doch der Gemeinschaftsspeisung nicht nur eine erhebliche Bedeutung für eine Verbilligung der Ernährung weiter Volksschichten zu, ihr Ausbau bewirkt auch auf dem sichersten Weg eine Organisation der Lebensmittelmärkte, denn die Städte sind mit der Übernahme der Führung von Speisegemeinschaften wohl oder übel gezwungen für die Sicherstellung der notwendigen Lebensmittel Sorge zu tragen. Merkwürdig ist es, daß erst Herr von Batocki kommen mußte, um so mancher Großstadt die Bedeutung der

Speisegemeinschaften für die Volksernährung klarzumachen. Es gehört zu den Gepflogenheiten vieler Kommunalverwaltungen den Verzicht auf eine eigene Tätigkeit im Dienst der Lebensmittelversorgung, die über die Ausführung staatlicher Verordnungen hinausgeht, mit dem Mangel an Bewegungsfreiheit oder entsprechenden Reichsverordnungen zu entschuldigen. Zur Erklärung der Frage, warum sich die Massenspeisungen nicht schon früher kommunaler Beachtung zu erfreuen hatten, reicht das Sprüchlein aber nicht aus; niemand hat die Gemeinden an dem Betrieb von Speisegemeinschaften gehindert, wohl aber ist ihnen von allen möglichen Stellen die Förderung dieser Aufgabe nahegelegt worden. Ich bin berechtigt diese Tatsache festzustellen; denn da ich seit Beginn des Krieges für die Ausdehnung der Massenspeisung unter Führung der Kommunen zu wirken suchte, so weiß ich, daß die dahingehenden Bestrebungen in vielen Orten zumeist mit ganz unzureichenden Gründen abgetan wurden. Hätte man vor einem Jahr die Speisegemeinschaften in den Industriezentren und den meisten Großstädten in nennenswertem Umfang aufgenommen, dann hätten sich viele Schwierigkeiten der Versorgung ohne weiteres vermeiden lassen und die Bestände in manchen Lebensmitteln böten heute ein anderes Bild. Weshalb man jetzt bei dem Ausbau der Gemeinschaftsspeisung nicht allgemein daran denkt einen Teil der kommunalen Unterstützung an Angehörige von Kriegsteilnehmern in Anweisungen auf den Bezug von Essen zu geben, entzieht sich meiner Kenntnis. Von einem Zwang zur Beteiligung an Speisegemeinschaften kann in diesem Fall nicht die Rede sein; den Frauen und Kindern, die sie benützen, werden so wertvolle Leistungen geboten, daß die Sicherung von Familienmitgliedern unserer Krieger gegen Unterernährung durch Lieferung von Speisen unter allen Umständen durchgeführt werden müßte.

Von verschiedenen Seiten ist das Kriegsernährungsamt ersucht worden Abhilfe gegen Preistreiberien und andere Mißstände auf den Gemüsemärkten zu schaffen. Wieder muß man die Frage aufwerfen, wie es möglich ist, daß die Gemüseversorgung unserer Großstädte bisher nicht geregelt worden ist. Eigentlich hatten die Kommunen zum Studium der Gemüsefrage Zeit und Gelegenheit genug, denn schon im vorigen Jahre waren die Zustände, die sich im Gemüsehandel herausgebildet hatten, höchst unerfreulich. Längst hätte man die Beschaffung und einen geregelten Absatz von Gemüse vorbereiten müssen. Die letzten Monate boten durch die Tätigkeit der Kriegsgemüsebau- und -verwertungsgesellschaft, die unter Mitwirkung der Regierung ins Leben gerufen worden ist, dazu besonders Anlaß. Durch Abschluß möglichst großer Anbau- und Lieferverträge zwischen Gemüseproduzenten und Gemeinden, Genossenschaften usw. lange vor der Ernte wollte und will diese Gesellschaft den Gemüsevertrieb zwischen Erzeugern und Verbrauchern ohne Eindrängung der Spekulation einrichten. Was sie bisher geleistet hat, ist recht ansehnlich. Ihre Arbeit hätte indessen eine außerordentliche Bedeutung erlangen können, wenn eine größere Zahl größerer Städte genügend Aktivität bekundet hätte, um selbsttätig Einrichtungen ausgestalten zu helfen, deren Wirksamkeit seit langem entbehrt wird. Ob die Intensität der Arbeit durch die Fülle von Gründungen ersetzt werden kann, dürfte sich auf dem Gebiet der Gemüse- und Obstversorgung bald zeigen; denn in der zweiten Hälfte des Monats Mai ist eine neue Reichs-

stelle für Gemüse und Obst errichtet worden, zu deren Aufgaben es gehören soll die Erzeugung, Verwertung und Haltbarmachung von Gemüse und Obst zu fördern. Auch der Reichsstelle für Gemüse und Obst soll eine Seele wohl erst vom Kriegsernährungsamt eingehaucht werden.

Der Präsident des Kriegsernährungsamts hat sodann eine allgemeine Bestandsaufnahme der Vorräte in Haushaltungen angekündigt, deren Ausführung allerdings, wie er mit Recht sagte, außerordentliche Schwierigkeiten bietet. Die Erhebung kann man natürlich leicht vornehmen. Schwieriger ist es schon genaue Feststellungen zu erhalten, ebenso schwierig ist die Verfügung über die ermittelten Bestände. Nach einem Schema läßt sich die Aufgabe nicht lösen, dazu sind die Verhältnisse in den einzelnen Gebieten viel zu verschieden. Auf dem Lande muß man da nach ganz anderen Grundsätzen verfahren als in der Stadt. Man braucht vom ländlichen Leben nicht viel zu wissen, um doch einzusehen, wie unmöglich es ist die Verteilung von Lebensmitteln nach dem Muster der Großstädte zu handhaben. Man kann nicht gut die Ablieferung eines Fleischvorrats, der auf den Kopf der Mitglieder der Hausgemeinschaft berechnet für die Zeit bis Oktober eine wöchentliche Ration von sehr bescheidenem Umfang darstellt, deshalb verlangen, weil die Gesamtmenge von ansehnlichem Gewicht ist. Bauern und Landarbeiter können sich doch nicht zur jeweiligen Entgegennahme ihrer Ration auf stundenlangen Wegen in die nächste Stadt begeben. Ebenso stünde es um andere Nahrungsmittel, wobei noch in Betracht kommt, daß den Städtern stets Einkaufsmöglichkeiten für die verschiedensten Waren auch unter den schwierigsten Marktverhältnissen offenstehen, die die ländliche Bevölkerung gar nicht wahrzunehmen in der Lage ist. Wo sich übermäßige Vorräte vorfinden, könnte das Verfügungsrecht ihrer Besitzer getrost beschränkt werden, auch gegen die Wegnahme wäre dann nichts einzuwenden. Das versteht sich für Stadt und Land. Aber bei dem Vorhandensein mäßiger Vorräte würde es im allgemeinen genügen, wenn der Bezug weiterer Waren durch Vorenthaltung der Bezugskarten entsprechend lange gesperrt werden würde. Damit würden ungerechte Eingriffe verhütet und der Gesamtversorgung doch gedient sein; denn die guten Wirkungen der auf diese Weise eingeschränkten Ansprüche würden sich bald zugunsten der andern Bevölkerung bemerkbar machen.

Zu den wichtigsten Aufgaben des Kriegsernährungsamts gehört die Aufstellung eines Wirtschaftsplans für die neue Wirtschaftsperiode. Es sind mannigfache Wünsche in langer Reihe geäußert worden; sie seien einer gesonderten Behandlung vorbehalten. Man hat da immer wieder betont, daß es vor allem bei der Neuordnung auf die Förderung der Produktion ankomme. Nun ist die Produktionsvermehrung sicherlich die beste und wirksamste Maßnahme, um eine ausreichende Versorgung zu sichern. Aber sie läßt sich nicht durch noch so scharfe Verordnungen erreichen, sondern sie erfordert Aufwendungen. Allerdings werden die darauf verwendeten Leistungen sich reichlich lohnen; man muß sich dann aber auch hüten die Hergabe öffentlicher Mittel zum Zweck der Produktionsstärkung als offene oder versteckte *Liebesgaben* zu bekämpfen. Daß die Förderung der Produktion Grundlage und Ziel jeder Volkswirtschaft sein muß, ist ein sozialistisches Postulat. Unsere Parteigenossen im Reichstag sollten deshalb nicht zulassen, daß dieser Grundsatz in vermeintlichem Gegensatz zur

Sozialdemokratie von den Rednern anderer Parteien vertreten wird, sie sollten sich vielmehr selbst zu dessen Hauptträger machen. Nur wenn die sozialdemokratische Partei sich mit Energie, und unter Übernahme aller Konsequenzen, auf den Produktionsstandpunkt stellt, erfüllt sie ihre sozialistische Mission für die Zukunft, bereitet sie aber auch für die nächste Gegenwart den Wiederaufbau unserer Volkswirtschaft in der Friedenszeit, damit auch die Möglichkeit Arbeiterforderungen zu genügen, vor. Wir haben wahrlich keinen Anlaß die grundlegenden Forderungen des Sozialismus um irgendwelcher agitatorischen Bedürfnisse willen, die mit dem Tag vergehen, zu verleugnen.

XX

RUNDSCHAU

ÖFFENTLICHES LEBEN

Gewerkschaftsbewegung/Paul Kampffmeyer

Buchdrucker-jubiläum Am 20. Mai 1916 feierte der Deutsche Buchdrucker-
verband das Fest seines 50jährigen Bestehens. Allerdings führt die Geschichte der gewerkschaftlichen Tätigkeit der Buchdrucker schon auf das Jahr 1848 zurück. Denn schon in dem Völkerfrühling traten die Buchdrucker mit einem ausgesprochen gewerkschaftlichen Programm hervor. In Berlin drohte damals der Ausbruch eines Streiks, der selbst liberalen Kreisen der preußischen Hauptstadt noch als ein ultrarevolutionärer Einbruch in die Gesellschaftsordnung erschien. Im wesentlichen faßten die Buchdrucker Deutschlands im Jahr 1848 eine Reform des Lehrlingswesens ins Auge, das, auf schrankenloser Ausbeutung der jungen Lehrkräfte beruhend, dem Aufstieg der Gehilfen die denkbar größten Hemmnisse in den Weg legte. Die Buchdrucker steuerten bereits 1848 zielklar auf die Begründung eines nationalen Gewerkschaftsverbands los. Dieser Verband kam aber erst im Mai 1861 wirklich zustande, als Richard Härtel die Vertreter der lokalen Buchdruckervereine zu einem nationalen Buchdruckertag zusammenrief. Am 20. Mai wurde dann die erste deutsche gewerkschaftliche Zentralorganisation geschaffen. Der neue Buchdruckerverband rief nun nach und nach alle die Unterstützungseinrichtungen ins Leben, die unsere modernen Zentralverbände charakterisieren. Die erste zentrale Unterstützung war die Reiseunterstützung. Ihr gliederten sich an: im Jahr 1876 die Invalidenunterstützung, 1880 die Arbeitslosenunterstützung am Ort, 1881 die zentrale Krankenunterstützung. Der

Buchdruckerverband betrat dann zuerst die Bahn der gewerkschaftlichen Tarifvertragspolitik. Unter heißen Kämpfen errang er im Mai 1873 einen sich über ganz Deutschland erstreckenden Normaltarifvertrag. Dieser wichtige Schritt zur Anbahnung eines neuen Arbeitsvertragsrechts entfremdete die Buchdrucker aber durchaus nicht den Bedingungen und Forderungen einer streng gewerkschaftlichen Kampfpolitik. Es sei hier nur an das heftige Ringen von Macht zu Macht für die Einführung des Neunstundentags im Jahr 1891-1892 und an den erbitterten Tarifikampf des Jahres 1896 erinnert. Trotzdem mußte der Buchdruckerverband manche harte Fehde wegen seiner *den Klassenkampf verwässernden* Gewerkschaftspolitik mit den Vertretern eines unbelehrbaren sozialdemokratischen Radikalismus bestehen. Doch erlebte er schon 1899 auf dem Frankfurter Gewerkschaftskongreß die ehrenvolle Anerkennung seiner Gewerkschaftspolitik; denn hier wurde die Idee der Tarifgemeinschaft als nützlich für die gewerkschaftlich organisierte Arbeiterschaft bezeichnet. Die Unterstützungseinrichtungen des Deutschen Buchdruckerverbands, die vorbildlich für die deutschen Gewerkschaften überhaupt geworden sind, bewährten sich vor allem im Weltkrieg. In den Kriegsmonaten sind bisher vom Buchdruckerverband 10 223 565 Mark an Unterstützungen verausgabt worden.

× **Kriegsfürsorge** Die von den deutschen Gewerkschaftskartellen geschaffenen Arbeitersekretariate haben in den Kriegsmonaten eine besonders fruchtbare Tätigkeit auf dem Gebiet der Kriegsfürsorge entfaltet. Zahlreiche Kriegerfrauen und andere Angehörige der im Feld stehenden Ar-

beiter wandten sich an die Arbeitersekretariate, um sich Auskunft und Rat über die Art und Höhe der Familienunterstützung zu holen.

Nach dem 18. Jahresbericht des Arbeitersekretariats und dem Geschäftsbericht des Gewerkschaftsvereins München 1915 steigerte sich die Arbeit in diesem neuen sozialen Schaffenszweig dieses Instituts sehr erheblich. Es wurden Beschwerden und Klagen über die verschiedenen Bezirkswohlfahrtsausschüsse und auswärtige Lieferungsverbände von dem Münchener Arbeitersekretariat geführt. In 481 Fällen übernahm dieses Institut die Vertretung der Kriegerfrauen gegen die Wohlfahrtsausschüsse des Lieferungsverbands München. Von diesen 481 Fällen waren allein 305 von Erfolg. Dadurch erhielten die Familien, soweit sich ermitteln ließ, allein 15 405 Mark an Nachzahlungen und Leistungen bis zum Jahresschluß. In 114 Fällen blieb der Ausgang der Sache dem Arbeitersekretariat unbekannt; ohne Erfolg waren nur 62 Beschwerden. In 133 Fällen richtete das Arbeitersekretariat Gesuche und Beschwerden gegen Lieferungsverbände innerhalb des Regierungsbezirks Oberbayern. Bis zum Jahresschluß 1915 wurden allein 3580 Mark an Kriegerfrauen usw. nachgezahlt. Aber die Tätigkeit des Arbeiterinstituts griff noch weit über Oberbayern hinaus. Es befaßte sich intensiv mit Beschwerden gegen die Lieferungsverbände der übrigen Regierungsbezirke, vor allem der Bezirke Niederbayerns. Hier erstritt das Arbeitersekretariat 4120 Mark für die Kriegerfrauen. Dann trat es mit dem österreichisch-ungarischen Generalkonsulat München in Verbindung und zwar in 144 Fällen. Die Zahlungen und Nachzahlungen des Generalkonsulats an die Klienten des Arbeitersekretariats beliefen sich auf 11 300 Mark. Das Institut bemühte sich nach Kräften den Begriff der Bedürftigkeit in Unterstützungssachen sozial zu vertiefen. Sehr angespannt war das Arbeitersekretariat auf dem Gebiet der Militärinvaliden- und Hinterbliebenenversorgung tätig. Die Kriegsinvaliden und Kriegerwitwen sind meist nicht in der Lage ihre Beschwerden schriftlich abzufassen. Hier hatte vor allem das Arbeitersekretariat einzuspringen, um seinen Klienten zum Recht zu verhelfen. Sehr bedeutend war die Zahl der von ihm abgefaßten Gesuche um Zusatzrente. Viel zur Linderung der Not trug dann das

Sekretariat durch Anträge auf Anweisung der Gefangenenlöhnung an die Angehörigen der Kriegsgefangenen bei.

×
Bergarbeiter ×
In der Osterwoche tagte in Hannover der Aktionsausschuß des Bergarbeiterverbands. Der Aktionsausschuß erklärte sich mit der prinzipiellen und taktischen Haltung der Verbandsleitung und Verbandszeitung zu den durch die Kriegereignisse in der Arbeiterbewegung aufgeworfenen Streitfragen einverstanden. Das Zusammengehen des Bergarbeiterverbands mit den übrigen Bergarbeiterorganisationen war nach Lage der Verhältnisse geboten. Der Vorstand erhielt den Auftrag die Arbeitsgemeinschaft auch in Zukunft im Interesse der Bergarbeiter fortzusetzen. Die Verbandsleitung wurde beauftragt ihre Bemühungen zur Verbesserung der Lohnverhältnisse energisch fortzusetzen. »Die Bergarbeiters«, so heißt es wörtlich in dem Beschluß des Aktionsausschusses, »fordern mehr Lohn oder billigere Lebensmittel.« Der Aktionsausschuß verlangte ferner die Aufhebung der seit Kriegsbeginn verfügten behördlichen Ausnahmegewilligungen betreffend den Arbeiterschutz im Bergbau sofort nach Friedensschluß. Weiter wurden gefordert: das ausnahmslose gesetzliche Verbot der unterirdischen Beschäftigung jugendlicher Arbeiter sowie der weiblichen Arbeiter überhaupt in den bergbaulichen Betrieben, die gesetzliche Einführung der Acht- respektive der Sechsstundenschicht, die Bestellung unabhängiger, staatlich besoldeter, von den Belegschaften gewählter Arbeiterkontrolleure, die Reorganisation des Knappschaftskassenwesens auf Grundlage eines Reichsknappschaftsgesetzes.

×
Dänemark ×
Vom 26. bis zum 28. April tagte in Kopenhagen der Kongreß der dänischen Gewerkschaften. Die Mitgliederzahl der Landeszentrale angeschlossenen Verbände und Lokalorganisationen stieg seit dem letzten Kongreß im April 1913 von 107 067 auf 131 889. Besonders Interesse erweckte auf diesem Kongreß das Referat des Kassierers des Maschinenbauerverbands A. Johansen über die Arbeitslosenversicherung. Diese gewerkschaftliche Versicherung Dänemarks wird nämlich schon tatkräftig durch Staat und Gemeinde unterstützt. Die gewerkschaftlichen Kassen nahmen im Geschäftsjahr 1914-1915 insgesamt

3 250 000 Kronen ein. Darunter befanden sich die Zuschüsse vom Staat und von den Gemeinden in Höhe von 1 430 000 Kronen.

Bemerkenswert ist, daß sich Staat und Gemeinden der gewerkschaftlichen Arbeitslosenstellen als ausführende Organe für die Kriegsnotstandshilfe bedienten. Überdies berief der Staat einen hervorragenden Gewerkschaftsführer an die Stelle der staatlich organisierten öffentlichen Arbeitsvermittlung.

× Kurze Chronik Die Einberufung eines gewerkschaftlichen Weltfriedenskongresses empfahl in einem Rundschreiben

der Vorstand der American Federation of Labor. × Am 3. Mai kam unter dem Vorsitz des Direktors des Reichsamts des Innern Caspar eine neue Tarifvereinbarung im Baugewerbe zustande. Diese Vereinbarung wurde zwischen dem Arbeitgeberbund für das Baugewerbe und dem Deutschen Bauarbeiterverband, dem Zimmererverband und dem christlichen Bauarbeiterverband getroffen. Die Reichskonferenz des Bauarbeiterverbands nahm am 15. Mai das tarifliche Abkommen einstimmig an. × Am 8. Mai wurde der Tarifvertrag der Buchbinder um 1 Jahr, vom 1. Juli ab, verlängert.

Frauenbewegung / Wally Zepler

Berufsarbeit In der Sozialistischen Frauenbibliothek /Berlin, Buchhandlung Vorwärts/ wie in den Kriegsproblemen der Arbeiterklasse/Berlin, Internationale Korrespondenz/ behandeln zwei Parteigenossinnen die Frage der Frauenerwerbsarbeit im Krieg und ihre Zukunftsaussichten: Luise Zietz (Zur Frage der Frauenerwerbsarbeit während des Krieges und nachher) und Gertrud Hanna (Die Arbeiterinnen und der Krieg). Beide Arbeiten stellen die tatsächlichen Verhältnisse dar: das ungeheure Anwachsen der Frauenarbeit während des Krieges, ihr Eindringen in zahlreiche Berufe und Arbeitsverrichtungen, die bisher der Mann ausschließlich für sich in Anspruch nahm, Arbeitszeiten und Lohnhöhen in den neuen Frauenberufen gegenüber den Arbeitsverdiensten der Männer in den gleichen Gewerben. Genossin Zietz gibt dazu einige recht interessante Daten, die sie mit Hilfe der Gewerkschaftsvorstände gesammelt hat. Post- und Eisenbahnverwaltungen zah-

len den Frauen höchstens drei Viertel des Männerlohns; damit wurde quasi die geringere Entlohnung der weiblichen Arbeiter behördlich sanktioniert. Im Bergbau und Hüttenwesen verdienten die Frauen im Jahr 1915 zwischen 1,44 und 2,70 Mark täglich, in der Berliner Metallindustrie etwa zwei Drittel des Männerlohns; sie erreichten hier 40 bis 55 Pfennig Stundenlohn. Weniger, 20 bis 30 Pfennig die Stunde, verdienen die Metallarbeiterinnen in Essen (Krupp) und Magdeburg, wo zusammen allein beinahe 20 000 Frauen eingestellt sind. Wöchentlich kommen die Frauen hier auf 20 bis 36 Mark. Über weit geringere Löhne, auch in der jetzt hochzahlenden Metallindustrie, wird aus anderen Orten berichtet. Elende Verdienste finden sich noch in bestimmten Gewerben, vor allem in der Holzindustrie, wo Wochenlöhne von 7 bis 8 Mark angegeben werden, während die Männer in der gleichen Beschäftigung auf das Dreifache kommen. »Für Akkordarbeiterinnen hat der Holzarbeiterverband zwar stets den gleichen Lohnsatz wie für Akkordarbeiter verlangt . . . , aber meistens ohne Erfolg, da selbst bei niedrigeren Akkordsätzen die Frauen infolge ihrer Flinkheit und Geschicklichkeit einen immerhin annehmbaren Verdienst erzielen. Sie weigerten sich daher häufig selber ihren gutbezahlten Arbeitsplatz wegen der gewerkschaftlichen Forderung: für gleiche Leistung gleichen Lohn, zu verlassen, und ohne das Mittel des Streiks ist es gewöhnlich nicht möglich solche Forderungen durchzuführen.« Eine für die Schwierigkeit der Frauenorganisation sehr charakteristische Erfahrung. Bedeutende Ausdehnung hat die Einstellung der Frauen im Straßenbahndienst gewonnen. »Anfang November 1915 waren an 70 Orten 12 546 Schaffnerinnen, 9 Wagenführerinnen und 1199 Frauen bei anderen Arbeiten beschäftigt, davon 2799 Ehefrauen eingezogener Schaffner.« Die Löhne schwankten von unter 2 bis 3,50 Mark täglich bei recht schwerem Dienst. In der Bekleidungsindustrie für den Heeresbedarf griff bekanntlich das Oberkommando in den Marken ein, um der niedrigen Entlohnung der Arbeiterinnen zu steuern. Trotz den Vorschriften hörten die Versuche der Zwischenmeister nicht auf die Arbeiterinnen in ihrem Lohn zu kürzen. »Bei den seitherigen Kämpfen um diese Löhne sind vor einer in Berlin eigens eingerichteten Schlichtungskommission 50 000 Mark zu

wenig gezahlte Arbeitslöhne für die Arbeiterschaft durch Nachzahlung gerettet.«

Gertrud Hanna weist richtig darauf hin, daß die Unkenntnis der Arbeiterinnen über das, was sie zu fordern haben, das stärkste Hemmnis jedes Aufstiegs im weiblichen Proletariat ist. Auch die Gewerkschaften könnten aber nicht ohne die aktive Mithilfe der Arbeiterinnen selbst deren Interessen mit Erfolg vertreten. Beide Autorinnen heben als die wichtigste Zukunftsfrage hervor, wie sich die Lage der jetzt beruflich tätigen Frauen nach dem Krieg gestalten werde. Ein Teil der gegenwärtig beruflich Arbeitenden, vor allem die Kriegerfrauen, die augenblicklich nur die zu knappe Unterstützung durch eigenen Verdienst ergänzen wollten, dürften im Frieden den Erwerb des Lebensunterhalts wieder dem Mann überlassen. Was jedoch wird mit den anderen geschehen, den zahlreichen Kriegerwitwen und den Frauen der Kriegsinvaliden, die notwendig ihre Rentenbezüge durch Arbeitseinkünfte erhöhen müssen, mit allen durch den Krieg Proletarisierten? Wird der aus dem Feld heimkehrende Mann von neuem die Arbeitsposten einnehmen, in die jetzt die Frauen hineingeschoben wurden und die ihnen einen relativ hohen Verdienst sicherten? Wie wird sich das Unternehmertum dazu stellen? Da in so vielen Berufen die Frauen für ungleich geringern Lohn die gleiche Arbeit leisteten: werden die Löhne der Männer nicht ebenfalls herabgedrückt werden, so daß die Frauenarbeit tatsächlich zur Ursache eines Lohndrucks wird?

Auch den Gewerkschaften erwachsen hier Schwierigkeiten. Sie müssen entweder den Standpunkt vertreten, daß die zurückkehrenden Männer Anwartschaft auf die jetzt von Frauen eingenommenen Arbeitsstellen haben, also selbst zur Verdrängung der Frauenarbeit beitragen, oder nur strikt an der Zahlung bestimmter Löhne festhalten, gleichviel ob es sich um männliche oder weibliche Arbeiter handelt, und dann steht ihnen in ihren Kämpfen in den unorganisierten Frauen ein Heer von Streikbrecherinnen gegenüber, auf das sich das Unternehmertum stützen kann. Mit der so stark vermehrten Frauenberufsarbeit verschärft sich schließlich auch das alte Problem: Wie soll die verheiratete Frau berufliche und hauswirtschaftlich mütterliche Pflichten ver-

einen? Beide Autorinnen treten hier mit gleichem Nachdruck für die Forderungen der Arbeiterschaft ein: Ablösung der rein privaten Wirtschaftsführung durch kommunale Institutionen, Bau von Arbeiterwohnungen, die alle modernen Wirtschaftserleichterungen bieten und vor allem Schaffung von kommunalen Kinderkrippen, -horten, -gärten usw., in denen die arbeitenden Mütter während ihrer beruflichen Tätigkeit ihre Kinder unbesorgt unterbringen können.

Beide Broschüren sind recht geeignet die beruflich tätigen Proletarierinnen über die einschlägigen Fragen aufzuklären und sie zur Organisation und zu vernünftiger Wahrnehmung ihrer eigenen Interessen anzuregen.

Als 1. und 2. Heft der Schriften des Arbeitsausschusses der Kriegerwitwen- und -waisenfürsorge /Berlin, Heymann/ erschienen Frauenerwerb und Kriegshinterbliebenenfürsorge. Das 1. Heft bringt die auf der 2. Tagung des Hauptausschusses gehaltenen Referate, das 2. Heft ergänzt sie durch Berichte über die Hinterbliebenenfürsorgeeinrichtungen verschiedener Städte und der Berliner Zentrale für private Fürsorge. In manchen größeren Städten bestehen danach bereits gutausgebaute Fürsorgeorganisationen, die vor allem auch über genügende Mittel zu verfügen haben, um in Notfällen in zweckmäßiger Weise einzugreifen. Am besten scheinen gegenwärtig Hamburg, Worms, Nürnberg und Kiel für ihre Hinterbliebenen zu sorgen. In Berlin ist eine Zentralstelle für praktische Fürsorgearbeit noch nicht vorhanden; hoffentlich wird sie auch hier bald eingerichtet werden.

In der Kriegswitwenfürsorge spielt die Frage, durch welche Erwerbsarbeit sich die sonst nur auf die kärgliche Rente angewiesenen Frauen einen Zuschußverdienst verschaffen können, die größte Rolle. Da, wie Gewerbeinspektor Dr. Syrup und Dr. Käthe Gaebel in ihren Referaten hervorheben, nur wenige Kriegerwitwen Zeit und Energie genug besitzen werden, um sich noch zu einem gelernten Beruf vorzubereiten, bleibt für die meisten immer nur die Heimarbeit. Um so dringender erscheine deren gesetzliche Regelung, zunächst die Einrichtung der immer noch fehlenden, im Hausarbeitsgesetz vom 20. Dezember 1911 vorgesehenen Fachausschüsse, dann aber als wesentlichstes Mittel einer Hebung der Heimarbeit der Erlaß eines

Minimallohngesetzes, wie es nun schon eine Reihe anderer Staaten besitzt. Auch Norwegen beabsichtigt, wie dies Frankreich während des Krieges getan hat (siehe die Rundschau Rechtswissenschaft, 1915, 3. Band, pag. 1264), die Heimarbeit auf gesetzlichem Weg zu regeln. Ein von der dortigen Regierung eingesetzter Heimarbeitsausschuß arbeitete einen Gesetzentwurf aus, der Lohnämter für die Heimindustrien zur Festsetzung von Mindestlöhnen vorsieht. Die Durchführung des Gesetzes liegt einem Hausindustrierat ob, der aus einem vom König gewählten Vorsitzenden, 2 Mitgliedern und 2 Stellvertretern bestehen soll; je 1 Mitglied und 1 Stellvertreter müssen weiblich sein. Die Mindestlöhne sollen so bestimmt werden, daß die Heimarbeit nicht verdrängt wird, das heißt wohl: sie sollen niedriger sein als die entsprechenden Fabrik- und Werkstättenlöhne. Die vom Lohnamt festgesetzten Lohnsätze treten nach dem Entwurf außer Kraft, sobald in einem Gewerbebezirk eine Regelung durch Tarifverträge eingetreten ist.

×
Kleidermode Kurz nach Kriegsbeginn begann in Deutschland eine Agitation, die auf eine Verdrängung der in der Welt allgemein angenommenen französischen Frauenmode durch eine zu schaffende deutsche Mode abzielt. Über diese Bewegung und ihre voraussichtlichen Ergebnisse ist hier bereits in der Rundschau Kunstgewerbe (1915, 1. Band, pag. 216, und 3. Band, pag. 1148 f.) das Nötige gesagt worden. Da es sich hier aber um eine Angelegenheit handelt, die die deutschen Frauen als solche angeht, so ist ihre Erörterung auch in dieser Rundschau angebracht. Es sei daher über einige der richtunggebenden Veröffentlichungen in dieser Sache berichtet. Im 12. der Kriegshefte aus dem Industriebezirk Essen /Essen, G. D. Baedeker/ (Die Mode im Spiegel des Krieges) legt Klara Sander den deutschen Frauen eindringlich ans Herz sich endlich von Paris zu emanzipieren. Sie sagt zwar, daß der Ruf der Französin oder besser der Pariserin als Schöpferin der Weltmode in ihrem überlegenen Geschmack und ihrer ebenso überlegenen Schneiderkunst wohl begründet ist. Aber sie meint, dieser Geschmack passe eben nur für die Französin, für die Frau, für die die Mutterschaft nur eine nebensächliche Rolle spiele, deren Lebensaufgabe es sei immer neue erotische Reize zu

entfalten. Und die Schneiderkunst könnte, wenn man ihr und allen ihren Hilfsindustrien hier die gleiche Aufmerksamkeit widmete, auch bei uns zu hoher Blüte gelangen. Eine kleine Oberschicht eleganter Damen werde zwar nach wie vor auf Paris schwören, dagegen sollte die kleinbürgerliche Frau, ebenso die Proletarierin sich bewußt einer einfacheren, hygienischer und gesunder Mutterschaft angepaßten deutschen Mode zuwenden. Der im Juni 1915 in Frankfurt am Main gegründete Modebund, dem auch der Deutsche Werkbund beigetreten sei, müsse deshalb eine solche spezifische Modiform schaffen, statt wie bisher ausdrücklich zu betonen, die deutsche Mode solle in keiner Weise von der französischen abweichen.

Das gerade Gegenteil behauptet Gertrud Bäumer in einem Artikel Deutsche Mode (Weit hinter den Schützengräben /Jena, Diederichs/). Sie schreibt: »Die Los von Paris-Bewegung darf sich nicht verirren auf den Weg zu einer deutschen Eigentracht. . . Die Lebensformen der Kulturmenschen sind nun einmal europäisch geworden. . . So überflüssig es ist, daß dieses Gemeinsame der europäischen Form gerade von Paris bestimmt und dem Wesen der germanischen Völker dabei durch Uneuropäisch-Romanisches Gewalt angetan wird. . . Erreichbar ist der deutsche Ausdruck für ein Gemeinsam-Europäisches.« Hier hören wir also, daß die romanischen Völker uneuropäisch sind und gerade die Deutschen Europa repräsentieren. Um so verwunderlicher ist dann freilich die Tatsache, die Gertrud Bäumer eine halbe Seite vorher konstatiert: »Die deutschen Frauen hatten sich die Kleidung der kleinen Pariser Straßenmädchen aufreden lassen — ja, sie aus Mangel an genauem Unterscheidungsvermögen wahlloser angenommen als die feine Französin selbst.« Die »deutsche Wahrhaftigkeit«, »germanische Zurückhaltung« usw., der nach Gertrud Bäumer diese Art Kleidung widersprechen soll, scheint die deutschen Frauen also in deren Gebrauch nicht behindert zu haben. Übrigens sagt diese Autorin selber, die Mode, auch eventuell die deutsche, werde stets auf die Luxurfrau zugeschnitten und deshalb »kokett« sein müssen; der »Wechsel« sei ihre Natur. Andere weisen ebenso richtig darauf hin, daß die elegante Dame nicht etwa nur die geschmackvolle Pariser

Modearbeit sondern auch das Pariser Etikett wünsche, da Paris tonangebend sei. In einem kleinen Artikel über diese hartnäckige Modeanhängerschaft der deutschen Frauen auch im Krieg schrieb der Temps am 18. März dieses Jahres: »Ist es möglich, daß eine Katastrophe, wie die, in der wir leben, die menschliche Seele so wenig ändert, daß die unendlich kleinen Dinge, in denen sich in gewöhnlichen Zeiten unsere Laune und Muße gefällt, trotz allem auch in unserer jetzigen Existenz weiterbestehen?« Und er meint, die Frauen besäßen eben den Sinn für den eigentlichen moralischen Wert der Vergänglichkeiten. Ist dem aber so, wie, auf welchem Weg sollen da die deutschen Frauen oder gar die Welt von Paris zu Berlin bekehrt werden?

Eine so feste und allgemeine Geltung, wie sie Paris in der Mode nun schon seit langem festhält, hat natürlich ihre Ursachen.

In einem 2bändigen, kulturgeschichtlich sehr interessanten und gut ausgestatteten Werk *Mode und Kultur* / Dresden, Klemm & Weiß/ deutet Dr. Norbert Stern, obwohl auch er sich für die Schaffung einer deutschen Mode einsetzt, auf diese inneren Ursachen hin. »Paris, die Atmosphäre der schmackhaften Würze in allem, die Stadt des gepfefferten Witzes, des prickelnden Geistes, des beißenden Sarkasmus, ist auch die natürliche Heimat jener nervenkitzelnden Mode. . . Die selbe Natur, die die feinsten Gewürze und die schmackhaftesten Weine zeitigt, die selbe Natur bringt auf dem gleichen Boden auch die feinreagierenden Menschen und Sinne hervor. . . Jahrhunderte haben verfeinert, was die Natur schon vorbereitet hatte. Ein gewisser Sinn für das Abgerundet-Feine ist nun einmal dem französischen Volke und ganz besonders den Pariseren Natursache.« Der Verfasser erzählt dann, daß zwar die großen Modehäuser in Paris teilweise in deutschen Händen seien (vor dem Krieg), die wirkliche Pariserin aber durch ihren angeborenen Geschmack davor geschützt sei deren oft sehr bizarre Erzeugnisse zu tragen. »Deutsch Paris schuf in der französischen Hauptstadt seine Exportmode, und die deutschen Frauen waren es, die sie für bare Münze, für pariserisch nehmen und zahlen sollten. Diese Mode trug keine Pariserin der Gesellschaft.« Also hat Paris jedenfalls den verfeinerten Geschmack vor den anderen voraus,

und damit ist ein sehr wesentliches Erklärungsmoment für seine Modeherrschaft gegeben. Und dann der zweite Punkt, den Dr. Stern ebenfalls anführt: Mode ist durchaus nicht reine Willkür, so sehr es zuweilen so erscheint. Sie ist sehr stark historischen Einflüssen unterworfen; sie verarbeitet bewußt und unbewußt die Anregungen, die ihr aus den Berührungen der Zeit mit den verschiedensten Kulturelementen zufließen. Charakteristisch ist zum Beispiel die dauernde Übertragung des Kimonoschnitts auf die Modekleidung nach dem Eintritt Japans in den Kreis der Großmächte. Deshalb hängt freilich die souveräne Oberherrschaft der Pariser Mode eng mit Frankreichs Geschichte, seiner jahrhundertlangen Vormachtstellung in Europa zusammen, ohne doch notwendigerweise mit ihr aufhören zu müssen. Abgesehen davon, daß es mit der Streichung Frankreichs aus dem Kreis der Großmächte trotz allem furchtbaren Blutverlust vermutlich noch gute Wege hat (diese Nation hat eine sehr starke, des öftern bewiesene Regenerationsfähigkeit), fällt die Kulturgeltung nicht ohne weiteres mit der politischen zusammen. Das alte Hellas hat als Kleinstaat, nachdem seine politische Bedeutung lange dahin war und Rom die Völker regierte, geistig im römischen Weltreich Jahrhunderte hindurch den Ton angegeben. Man muß also mit Prophezeiungen oder gar mit *naturnotwendigen* Schlußfolgerungen auf diesem Gebiet sehr vorsichtig sein und den Gang der Geschichte aufmerksam beobachten, anstatt ein allgemeines Schema aufzustellen.

Eine Frage, und zwar eine sehr wichtige, ist indes noch zu besprechen: Wie steht es mit der Reformtracht? An sie will die Mehrzahl der Modereformatoren anknüpfen. »Hätte statt dessen [der Nachahmung des Französischen] die deutsche Modeindustrie sich damals der gesunden Gedanken bemächtigt, die in dem Reformkleid steckten, sie hätte etwas Großes daraus machen können. Wir hätten heute eine deutsche Mode, eine Verbindung von deutschem Wesen und geschickter Bekleidungskunst.« So Klara Sander in der erwähnten Broschüre. Es mag dahingestellt sein, ob im Reformkleid gerade deutsches Wesen steckt. Aber deutsch oder nicht, liegt überhaupt in der Reformkleidung der Ansatz zu etwas Neuem? Welche Bedeutung kommt ihr innerhalb der Mode zu? Auch sie ist nicht etwa das Pro-

dukt einer zufälligen Laune. Ganz im Gegenteil. In ihr dokumentiert sich die Wesensbestimmtheit der Mode durch oft sehr tiefgehende soziologische Beziehungen noch weit schärfer.

Die Reformtracht hat sich schon eine ganz hübsche Literatur geschaffen. Sehr eingehend und im Zusammenhang mit dem Gesamtproblem der Kultur des weiblichen Körpers hat zum Beispiel bereits vor einigen Jahren Else Wirminghaus die Frage behandelt (Die Frau und die Kultur des Körpers /Leipzig, Amelang/). Sie gibt da einen geschichtlichen Abriß der seit dem alten Griechenland immer von neuem eingeleiteten Bestrebungen gegen die künstliche Verbildung des Frauenkörpers durch allerlei Modemarterwerkzeuge, vor allem das Korsett. Die Reformtracht sei nur die Krönung dieser Strömungen, die meist hygienischen Gesichtspunkten entstammen (die Frauen als Trägerinnen der Mutterschaft sollen gesund und kräftig sein), oft aber auch ästhetisch-künstlerischen. Die Verfasserin bringt die modernen Reformtendenzen in der Frauenkleidung mit der Umwertung im Kunstgewerbe, in der Wohnungs-, Baukunst usw. in Verbindung. Das moderne Stilgefühl, für das Schönheit in vollendeter Einfachheit und Zweckmäßigkeit besteht, das die Linien des Van de Velde-Möbels aus dem gleichen Prinzip wie einen Messelschen Warenhausbau schuf, prägt sich auch in dem Wohlgefallen an der freien Bewegung eines Frauenkörpers in dem schlicht fallenden Reformgewand aus. Hier wie dort soll sinnloser Schmuck vermieden werden, damit sich um so schärfer die Reinheit der konstruktiven Form, bei der Kleidung eben der in ungehemmter Kraft bewegten Gestalt entfalte. Es ist also nicht Zufall, sondern innere Notwendigkeit, daß auch unter den Frauen die Verkünderinnen dieses neuen Schönheitsbegriffs sich zugleich von der gekünstelten Mode zu befreien und eine neue Tracht zu schaffen suchen. Das ist der eine Ausgangspunkt der Bewegung.

Ein anderer liegt in der innern Abwendung der nach neuen Lebenszielen suchenden Frauengeneration von der in ihren Formen ewig wechselnden, graziös-koketten Mode. Eine Frau, die in erster Linie ein ernster, schaffender Mensch mit sachlichen Aufgaben sein wollte, konnte nicht wie die Gesellschaftsdame einhergehen, die Berufsarbeiterin, die sich ungehindert bewe-

gen und tätig sein mußte, brauchte das einfach praktische Arbeitskleid. Und so fiel schließlich für diesen neuen Typus Zweckmäßigkeit mit Schönheit zusammen; die veränderte Erscheinung wurde zugleich zum Ausdruck des neuen Wesens. Hier besteht ein gewisser Zusammenhang mit der Entwicklung der Männertracht. Auch sie war noch bis ins 19. Jahrhundert hinein kompliziert, bunt und verschiedenartig wie die weibliche Kleidung. Mit der rasch wachsenden Arbeits- und Bewegungsintensivierung nahm sie die nüchtern erscheinende Gestalt der heutigen Männerkleidung an. Der Mensch versachtete sich; er wurde mehr und mehr nur ein Glied im Ganzen. Wenn man in letzter Zeit anfängt auch im weiblichen Proletariat zugleich mit den Bestrebungen für Geschmacksbildung (künstlerische, Wohnungskultur) den Ersatz der (freilich meist unerträglichen) Erzeugnisse billiger Schneiderkunst durch eine hygienisch und ästhetisch einwandfreie Reformtracht zu propagieren, so liegt das gewiß in der Linie der Entwicklung. Denn gerade der berufstätigen Frau, die in ihrer Arbeit freieste Bewegung braucht, ist diese Kleidung sicherlich in höherm Grad angepaßt als die auf das Korsett zugeschnittene Mode. Ist also das Reformkleid die zukünftige Tracht der Frau?

Man wird nicht verkennen, daß die beiden Quellen, aus denen es hergeleitet wird, sehr verschiedenartig sind. Das von Kunstgewerblern entworfene Reformkleid dient dekorativen Zwecken, nimmt die Frau durchaus nicht als selbständigen Menschen, vielmehr als schmückenden und geschmückten Gegenstand. Diese kunstgewerbliche Kleidung wirkt daher in den meisten Fällen überaus gekünstelt und, bei ihrem Streben nach Herausstreichung der Individualität, obendrein präntiös. Sie ermangelt der feinen Reize, die der wirklichen Modekleidung anhaften, setzt der Diskretion der Allgemeinmode, mit ihrer nur leisen Andeutung der einzelnen Persönlichkeit, die laute und etwas plumpe Betonung des Ich entgegen. Eine so komplizierte Kulturerscheinung, wie die Mode es ist, so logisch in ihrer Irrationalität und durch Entgegengesetztes die Sinne wie den Geist gefangennehmend, kann durch bloße Dekoration, durch abstrakte Prinzipien des Kunstgewerbes nicht verdrängt werden. Die moderne Frauenbewegung hätte auch keinen Anlaß diesen vor jener den Vor-

zug zu geben. Anders steht es mit der Reformkleidung, die aus dem Bedürfnis des Arbeits- und Berufsmenschen herauswächst. Diese hat nach menschlichem Ermessen allerdings eine Zukunft, denn sie kommt aus dem Leben und wirkt für das Leben. Sie wird, wie jeder andere Formausdruck des Lebens, immer wieder Umbildungen erfahren. Ihre Tendenz aber geht, entsprechend der Entwicklung beim männlichen Geschlecht, auf immer größere Uniformierung hin. Das mag beklagen, wer es liebt seine Individualität nach außen zu tragen. Menschen mit feinerem Nervensystem, die ihren Wert nicht in ihrer Geltung sondern in ihrer Leistung suchen, wird diese Entwicklung zur Unauffälligkeit sympathisch sein.

×
Kurze Chronik Am 14. März starb, 81 Jahre alt, eine der ersten Vertreterinnen der Frauenbewegung in Deutschland: Frau Anna Simon. Sie war Mitschöpferin des Bundes deutscher Frauenvereine. × Die langjährige Führerin der norwegischen Frauenbewegung und Vorsitzende des Bundes norwegischer Frauenvereine Gina Krog ist im Alter von 69 Jahren gestorben. × Am 15. und 16. April fand in Frankfurt am Main die erste Konferenz des Deutschen Frauenstimmrechtsbundes statt, der Gegenorganisation gegen den neugegründeten Reichsverband für Frauenstimmrecht (siehe diese Rundschau, 1916, 1. Band, pag. 398 f.). Der Stimmrechtsbund schließt die radikalen Stimmrechtsorganisationen zusammen, die nach wie vor das allgemeine, gleiche, direkte Wahlrecht für alle Frauen als Programmpunkt ihrer Vereinigung beibehalten. × Der Bund zur Bekämpfung der Frauenemanzipation scheint zu fürchten, daß die Frauen nach dem Krieg unbedingt das Kommunalwahlrecht erhalten werden. Er hat der Vorsicht wegen schon jetzt eine Petition an das Herrenhaus ergehen lassen es den Frauen nicht zu verleihen. Bei der Besprechung der Petition sprachen sich mehrere Mitglieder warm für das Kommunalwahlrecht der Frauen aus. × Im April 1917 soll in Hamburg eine Soziale Frauenschule nebst einem Sozialpädagogischen Institut errichtet werden, dessen Leitung Dr. Gertrud Bäumer und Dr. Marie Baum übertragen wurde. Die Soziale Frauenschule will in 2jährigem Kursus eine theoretische und praktische Vorbildung

für eine sozialberufliche Spezialbildung gewähren, das Sozialpädagogische Institut darauf aufbauend in 3 bis 4 Semestern die fachliche Ausbildung für besondere Zweige der Wohlfahrts- und öffentlichen Fürsorgearbeit, wie Jugendfürsorge, Wohnungspflege, Arbeitsnachweis usw. Außerdem sollen hier Lehrkräfte für die sozialen und staatsbürgerlichen Fächer der sozialen Frauenschulen ausgebildet werden. × Auf eine Eingabe an das preussische Landwirtschaftsministerium unterschied der Minister, daß grundsätzlich keine Bedenken beständen Frauen, die im Besitz des Lehrbefähigungszeugnisses zur Lehrerin der landwirtschaftlichen Haushaltungskunde sind, als ordentliche Hörerinnen an den landwirtschaftlichen Hochschulen von Berlin und Bonn-Poppelsdorf zuzulassen. Über ihre Zulassung zur Landwirtschaftslehrerprüfung soll von Fall zu Fall entschieden werden. × In Baden meldete sich zum erstenmal eine Studentin auch für das theologische Staatsexamen. Als Geistliche können Frauen nach der Verfassung der evangelischen Kirche vorläufig keine Anstellung finden. × Der diesjährige Frauentag in Holland gewann, wie in dieser Rundschau (1916, 1. Band, pag. 399) bereits berichtet wurde, besondere Bedeutung durch die Agitation der Sozialdemokratie für die Aufnahme des Frauenwahlrechts in den Verfassungsentwurf. Der Frauentag soll einen glänzenden Verlauf genommen haben; in Amsterdam fand ein Umzug von Tausenden von Frauen statt.

×
Literatur Neu Deutschlands Frauen nennt sich eine neue Zeitschrift »für die gebildeten Stände«, die Luise von Brandt in dem Verlag Augustin in Berlin herausgibt. Das Programm läßt uns nur wenig Klarheit über die Ziele des Unternehmens gewinnen. Es spricht von Kameradschaftlichkeit in der Ehe und gemeinsamer Arbeit beider Geschlechter, aber auch von allerhand recht verschwommenen Idealen. Die Zeitschrift wendet sich, wie es scheint, vorwiegend an sogenannte gebildete Hausfrauen, denen sie wohl die notwendigsten öffentlichen Fragen nahebringen und die sie zu sozialer Pflichterfüllung erziehen will: ein Bestreben, gegen das man an sich kaum etwas einzuwenden haben kann. Im übrigen bleibt abzuwarten, was sie bringen, und nach welcher Richtung sie wirken wird.

WISSENSCHAFT

Biologie / Adolf Koelsch

Pflanzenwanderungen

Die Pflanzengeographie ist mit der Zeit eine der kompliziertesten Wissenschaften geworden. Ihre Grundprobleme hatte allerdings Alexander von Humboldt schon aufgestellt, indem er vom Botaniker forderte, daß er es sich nicht mit gewissenhaftem Einsammeln des Materials und einer möglichst glänzenden Schilderung des Vegetationsbildes bereister Länder genügen lasse sondern auch die Bedingungen des Klimas und des Bodens zu erforschen trachte, durch die die Verbreitung einer Art oder eines ganzen Formenkreises über die Erde geregelt wird. Denn erst die Kenntnis der Beziehungen eines Gewächses zu den atmosphärischen und tellurischen Faktoren seines Lebenskreises vervollständige das Bild, das man sich von seinem Charakter zu machen habe. Ja im Hintergrund seiner Forderungen stand unklar schon die lamarckistisch-darwinistische Idee, daß Grundgestalt und Lebensrhythmus einer Pflanze in ausschlaggebender Weise abhängig seien von den allgemeinen Bedingungen der Lebenslage, unter denen sie ihr Dasein vollbringt.

Je bewußter man nun aber in der Folgezeit die mit großem Beifall aufgenommenen Anregungen Humboldts in die Praxis zu übertragen versuchte, um so überraschendere und vielteiligere Fragestellungen wuchsen aus den summarischen Formulierungen des großen Naturforschers herauf, und es entwickelten sich verschiedene selbständige Wissenschaftszweige, deren jeder Pflanzengeographie in einem ganz besonderen Sinn trieb und je nach der Anziehungskraft der Gesichtspunkte, die ihm als Wegleitung dienten, früher oder später auch Anschluß an das naturwissenschaftliche Interesse der wissenschaftlichen Laienwelt fand. Gegenwärtig hat sich die Pflanzengeographie in 3 scharfgesonderte Hauptrichtungen aufgespalten, die ausnahmslos von Spezialisten bedient werden und sich dem gewaltigen Stoffkreis mit bestimmten, klarumschriebenen Fragestellungen nähern.

Die eine Richtung ist die floristische. Sie ermittelt die Standorte einer Art innerhalb eines bestimmten geographischen Gebiets, kümmert sich um ihre Häufigkeit oder Seltenheit in der betreffenden Zone, stellt die geologische, klimatologische und topogra-

phische Beschaffenheit der Gegend fest, an die die Pflanze gebunden ist (Ebene, Hochgebirge, Entfernung vom Meer usw.), bestimmt den Charakter der Pflanzengemeinschaft, der sie sich als Bestandteil eingliedert, und sucht auf Grund der solchermaßen für die verschiedenen Vegetationsgebiete der verschiedenen Erdteile erkundeten Tatsachen Florenkarten herzustellen, die eine genaue Übersicht über die gegenwärtige Verbreitung der betreffenden Art und ihren Einfluß auf die Physiognomie der zugehörigen Landschaft erlauben. Im ganzen ist es dieser hauptsächlich mit statistisch-systematischen Methoden arbeitenden Richtung demnach um eine möglichst genaue pflanzengeographische Einteilung der Erdoberfläche zu tun, wobei gleich viel Wert auf eine erschöpfende Umgrenzung der gegenwärtigen Wohngebiete einer Art wie auf die strenge Charakterisierung des ihr zugehörigen Formenkreises an floristischen, klimatologischen und geologischen Wohnbedingungen gelegt wird. Man kann nicht behaupten, daß ein derartiges Programm außerhalb der Fachwissenschaft besondere Aufmerksamkeit erregen und fordern könnte. Dagegen besteht kein Zweifel, daß dieser Sorte von Spezialisten der Stoff in den nächsten Jahrhunderten nicht ausgehen wird. Hat doch bisher nicht einmal Mitteleuropa in diesem Sinn ganz erforscht werden können.

Die zweite pflanzengeographische Hauptrichtung ist die physiologische. Sie steht den Interessen, die der naturwissenschaftlich gebildete Laie der Pflanzenwelt entgegenzubringen vermag, schon viel weniger fremd gegenüber. Nach einer Definition, die der Berliner Botaniker A. Engler unlängst gegeben hat, sucht sie zu ergründen, inwiefern der Bau einer Pflanze oder die Ausgestaltung einer ganzen Pflanzengemeinschaft »mit den gegebenen Bedingungen ihres Gebiets in harmonischem Einklang steht, sodann aber auch, wie die Formationen allmählich entstehen oder sich umgestalten«. Man bemüht sich dementsprechend um eine Feststellung der Abhängigkeit sämtlicher Lebensverrichtungen einer Pflanze von Wärme, Feuchtigkeit, Jahreszeitenwechsel, Bodenbeschaffenheit, Lichtverteilung und dergleichen mehr, untersucht, inwieweit ihre Verbreitung beherrscht wird vom Vorhandensein anderer als Konkurrenten oder Krankheitserreger, Nahrungsnehmer oder Samenverbreiter in Betracht

kommenden pflanzlichen und tierischen Lebewesen, sucht endlich über die Entstehungsweise der Pflanzenvereine, die Bedingungen ihrer Erhaltung und ihre Veränderungen, sei es unter natürlichen Einflüssen, sei es unter den Eingriffen des Menschen, ins klare zu kommen und auf diese Weise Einblick in die Umstände zu gewinnen, die in geographisch oft weit auseinanderliegenden Wohngebieten die Entwicklung von Pflanzentypen und Vegetationsbildern ähnlicher Erscheinungsform verursachen oder doch mit bedingen.

Eine dritte, entwicklungs-geschichtliche Richtung der Pflanzengeographie ist hauptsächlich historisch orientiert. Sie sieht das gegenwärtige Verbreitungsbild, das die Pflanzenwelt bietet, bei aller Anerkennung der lebendigen Einflußnahme unmittelbarer Umweltbedingungen auf die Gestaltungen der Vegetation, doch zugleich als das Resultat einer Entwicklung an, deren Anfänge weit in die Vorwelt zurückreichen. Sie sucht daher den Ergebnissen, die die Pflanzengeographie mit den Methoden der Floristik, Statistik und Physiologie erzielt, dadurch eine breitere Grundlage zu geben, daß sie auch die fossilen Funde in den Kreis ihrer Betrachtungen zieht und insbesondere die Florenschicksale während der jüngeren Epochen der Erdgeschichte studiert. Sie kommt dabei selbstverständlich dazu nach der geographischen Herkunft der Formen zu fragen, von denen ein bestimmtes Gebiet heute besiedelt wird, und löst sich vielfach in ein sehr mühevolleres Spezialstudium der vorzeitlichen Wanderbewegungen einer Art oder einer Gruppe von Arten auf.

Auf derartige vorzeitliche Pflanzenwanderungen spielt der Titel dieses Rundschauabschnitts nicht an. Er will nur andeuten, daß wir in der Lage sind auf eine im 53. Band der Botanischen Jahrbücher veröffentlichte ausgezeichnete Arbeit des Zürcher Privatdozenten Dr. A. Thellung zu verweisen, in der unter dem Titel Pflanzenwanderungen unter dem Einfluß des Menschen in vorbildlicher Form eine pflanzengeographische Teilfrage behandelt wird, die auch außerhalb der Fachkreise starkem Interesse begegnen dürfte. Stofflich reizvoll hebt sie sich auch dadurch vom übrigen zünftigen Schrifttum sehr vorteilhaft ab, daß sie ihr Thema auf Grund einer sorgfältigen Disposition und mit einem wohlthuenden literarischen Ehrgeiz in gepflegter Sprache behandelt und

vollständig jene Stillosigkeit vermissen läßt, die das Lesen wissenschaftlicher Arbeiten so oft zur Qual macht.

Thellung weist einleitend darauf hin, daß in der Pflanzenwelt der umgestaltende Einfluß des Menschen, der sich ja längst auf alle Gebilde der Erdoberfläche erstreckt, in doppelter Weise geltend mache: Einmal werden einzelne Arten durch die Einwirkung künstlicher Faktoren, deren Herrschaft sie der Mensch unterstellt, in ihren morphologischen, biologischen und physiologischen Merkmalen modifiziert, außerdem werden ganze pflanzliche Gesellschaften durch den Menschen »nach seinem Belieben in tiefgreifender Weise umgestaltet, indem er manche Pflanzenarten geflissentlich ausrötet, anderen durch Veränderung der Lebensbedingungen das Fortkommen unmöglich macht, wieder andere endlich in ihrem Bestehen und in ihrer Verbreitung absichtlich oder unbewußt fördert«. In der vorliegenden Arbeit beschränkt sich der Verfasser ganz auf jene Gruppe von Wanderpflanzen, die durch unbewußte Vermittlung des Menschen in unsere Gegenden eingeschleppt worden sind. Es sind das die Unkräuter. Ein Teil von ihnen ist, wie entsprechende Funde in Pfahlbauten beweisen, schon in der jüngern Steinzeit bei uns angekommen und hat sich nicht nur bis auf den heutigen Tag gehalten sondern auch weit über seine ursprünglichen Standorte hinaus ausgebreitet; hierher gehören verschiedene Ackerunkräuter (Kornblume), die zugleich mit den Getreidearten den Weg aus dem orientalischen Florengebiet nach Europa gefunden haben. Weit größere Störungen des heimischen Florenbildes hat jedoch der beständig wachsende internationale Verkehr seit rund 2 Jahrhunderten hervorgebracht und verursacht sie noch jetzt. Eine eigene zum Teil gut studierte und in ihren Veränderungen genau verfolgte exotische Pflanzenwelt zeigt zum Beispiel die Umgebung von Getreidelagern und Mühlen, Ölmühlen, Brauereien, Malzfabriken, Wollwäschereien, Baumwollspinnereien, Hafenausladestätten, Güterbahnhöfen und Zigeunerlagern, wo aus den weggeworfenen Verunreinigungen der importierten Rohstoffe und des Verpackungsmaterials sehr häufig eine bunte Pflanzenwelt aus aller Herren Länder aufgeht. Auch Kriege haben zu allen Zeiten eine nicht unbedeutende Rolle bei der Einschleppung fremder Arten geführt. Thellung

widmet ihnen einen besondern, mit ausführlichen Literaturnachweisen versehenen Abschnitt. Doch ist das Schicksal dieser teils einmaligen, teils ewigen Neankömmlinge durchaus nicht an allen Orten und unter allen Umständen das selbe. Vielmehr zeigt der Verfasser, daß man 3 Stufen oder Grade der Einbürgerung unterscheiden kann. Im 1. Grad stehen die *Passanten*, »Pflanzen, die sich in einer Gegend nur vorübergehend zeigen, da sie wegen der Ungunst der klimatischen oder ökologischen Verhältnisse keine genügende Menge keimfähiger Samen zu erzeugen vermögen, die ihre Ausbreitung und definitive Ansiedelung gestatten«. Im 2. Grad sind die *Ansiedler* unterzubringen, Fremderscheinungen, die infolge normaler Vermehrung mehr oder weniger regelmäßig und beständig in einer Gegend zu finden sind, »aber nur an künstlichen, vom Menschen unabhnglich für sie vorbereiteten Standorten (Kulturland oder Schuttstellen)« sich durchsetzen; denn die Fähigkeit mit der heimischen Vegetation in erfolgreichem Konkurrenzkampf zu treten besitzen sie nicht. Im 3. Grad stehen endlich die richtigen *Neubürger*, Ausländer, die sich inmitten der heimischen Flora an natürlichen Standorten anzusiedeln vermögen und in ihrem Fortbestand von der Tätigkeit des Menschen nicht abhängig sind. Die Frage, woran man diese naturalisierten Pflanzen auch dann noch erkennt, wenn ihre Einbürgerung schon in weit zurückliegender Zeit erfolgt ist, wird zum Schluß eingehend behandelt und für das am besten erforschte Gebiet von Montpellier eine Statistik der Wanderpflanzen aller drei Grade aufgestellt, die bis ins 16. Jahrhundert zurückreicht.

× Kurze Chronik Auf dem Schlachtfeld ist Dr. Karl Meyer (Leipzig); Sekretär der Deutschen Gesellschaft für Erdkunde, gefallen. × In Straßburg starb im Alter von 72 Jahren Professor Dr. Gustav Schwabe, bis vor kurzem Inhaber des Lehrstuhls für Anatomie und Anthropologie an der dortigen Universität. Er hat seinen Namen durch grundlegende Studien über den *Pithecanthropus*, das vermeintliche javanische Zwischenglied zwischen Affen und Mensch, auch in weiteren Kreisen bekannt gemacht, hat außerdem vorzügliche Arbeiten zur Urgeschichte des Menschengeschlechts, besonders über den Neandertalmenschen,

geliefert und diesen letztern gegenüber Virchow, der ihn als Schädel eines Kretins abgetan hatte, wieder rehabilitiert. × In den Naturwissenschaften vom 24. März 1916 ist eine Arbeit erschienen, die einen ausgezeichneten Überblick über alle Gesetze und ihre Handhabung gibt, die bisher in den Vereinigten Staaten von Amerika zur gewaltsamen Unfruchtbarmachung von Entarteten erlassen worden sind. Dem Artikel ist zu entnehmen, daß im Staat Indiana bis Ende 1913 300 Männer sterilisiert worden sind, in Californien bis ungefähr in die selbe Zeit außer 150 Männern auch 118 Frauen dem Messer des Chirurgen verfielen. Eine Wirkung auf die *Rassengesundheit* haben alle in Amerika vorgenommenen Sterilisationen bei ihrer verhältnismäßig geringen Zahl bisher nicht gehabt und begreiflicherweise auch nicht haben können. × Der Königsberger Psychologe Professor Franz Hofmann geht als Nachfolger des Geheimrats Schenk nach Marburg. × Professor Dr. E. Gaup, Direktor des Anatomischen Instituts in Königsberg, hat den Ruf als Nachfolger des verstorbenen Hasse nach Breslau angenommen. × Privatdozent Dr. Heinz Henseler in Halle wurde als Lehrer für Tierzuchtlehre an die Universität Göttingen berufen.

× Literatur Das von Paul Hinneberg herausgegebene enzyklopädische Sammelwerk Die Kultur der Gegenwart /Leipzig, Teubner/, von dem in dieser Rundschau schon mehrfach die Rede war (1914, 1. Band, pag. 134f., und 1915, 2. Band, pag. 779f.), ist um einen neuen naturwissenschaftlichen Band von sehr stattlichem Umfang bereichert worden. Er umfaßt die Abstammungslehre, Systematik, Paläontologie und Biogeographie. Als Herausgeber zeichnen Richard Hertwig und R. von Wettstein, denen wir schon als Hauptredakteuren und Mitbearbeitern früherer Bände begegnet sind. Wie der einleitende Band der biologischen Abteilung, so behandelt auch dieser Fragen allgemeineren Inhalts. Die zusammenhängende Darstellung der Entwicklungslehre, die aus der Feder Richard Hertwigs stammt, ist mit Recht vorangestellt worden; denn sie ist eben doch »die bedeutsamste Theorie, die jemals auf dem Gebiet der Biologie Geltung gewonnen hat«. Hertwig hat sein Thema geschickt disponiert, freilich mehr in der Art, wie ein Vererbungsforscher vorgehen

würde, denn als ein Biologe mehr spekulativer, systematischer oder phylogenetischer Richtung. Das ist unter Führung der Mendelschen Schule heute schon fast üblich geworden, erschwert dem Laien die Gefolgschaft, hat aber den Vorzug, daß diese Art der Betrachtung sofort ins Zentrum der Probleme führt, nämlich zur Behandlung des wissenschaftlichen Werts des Artbegriffs, den verschiedenen Formen des Variierens und zur Untersuchung des Verhaltens der verschiedenen Formen von Variabilität gegenüber der Erbllichkeit. Wenn Hertwig hierbei seine eigene Auffassung gegenüber anderen heute teilweise noch führenden Richtungen durchzusetzen versucht, so kann man das nur begrüßen, da seine persönliche Stellungnahme durchweg sehr sympathisch berührt. Besonders die Vorstellung, daß » alle Variationen zunächst durch Veränderungen des Kerns herbeigeführt werden, und daß von ihm aus sekundär das Protoplasma in Mitleidenschaft gezogen wird«, dürfte für die Zukunft sehr fruchtbar werden. Da der Systematik, der Paläontologie und der Biogeographie, die lange Zeit vorwiegend als Hilfswissenschaften betrieben wurden, von der Abstammungslehre ganz neue und eigene, bedeutende Ziele gesetzt worden sind, rechtfertigt es sich, daß sie in diesem Band im nächsten Gefolge der Abstammungslehre aufmarschieren. Sie sind, wie das in diesem Sammelwerk üblich ist, abteilungsweise an eine ganze Reihe von Bearbeitern vergeben worden, von denen jeder für ein kleineres Gebiet besondere Eignung besitzt. So schreibt Plate mit viel Gelehrsamkeit über die Prinzipien der Systematik (mit besonderer Berücksichtigung des Systems der Tiere), während R. von Wettstein von gleichen Gesichtspunkten aus über das System der Pflanzen sich äußert. Mit der räumlichen und zeitlichen Verbreitung der Tiere und Pflanzen befassen sich die Bearbeiter der Biogeographie, der Paläozoologie und Paläobotanik. Es sind ihrer vier. A. Brauer macht mit den Aufgaben und wissenschaftlichen Methoden der Biogeographie und Tiergeographie bekannt, A. Engler führt in die Probleme, Geschichte und Hauptrichtungen der Pflanzengeographie ein, W. T. Jongmaus läßt einen sehr gut geschriebenen Abriß der Paläobotanik vor uns erstehen, und O. Abel entwickelt ein erfreulich lebendiges Bild der Paläozoologie. Er hat es sich allerdings ziemlich leicht gemacht, denn diese neueste

Arbeit ist nur eine erweiterte Form seines im gleichen Verlag schon vor längerer Zeit veröffentlichten Büchleins *Die Tiere der Vorwelt*, das in dieser Rundschau (1914, 2. Band, pag. 1002f.) bereits besprochen worden ist. Abel kann es sich auch diesmal nicht versagen eine weitläufige Warnungstafel vor unseren besten Popularisatoren der Paläontologie aufzurichten und sie teilweise mit wörtlich dem gleichen aufgeregten Text wie in seinem kleinern Büchlein zu bekritzeln. Herausgeber sollten fühlen, daß derartige Polemiken in einem derartigen Werk sehr unangebracht sind. Zwei umfangreiche Abschnitte über die Phylogenie der Wirbellosen und die Phylogenie der Wirbeltiere, die den gründlichen K. Heider und den vorsichtigen J. E. V. Boas zu Verfassern haben, bilden den Beschluß des gut illustrierten Bandes, der dem Verlag abermals alle Ehre macht.

Sozialwissenschaften / Conrad Schmidt

Entwicklung der Sozialwissenschaften So widersinnig die prinzipielle Voraussetzung der sogenannten Grenznutztheorie erscheint, jene Voraussetzung, es könnten sich aus der Betrachtung der Gesichtspunkte, die für ein isoliertes und dabei (weiß Gott, woher) im Besitz eines Bedarfsvorrats von Gütern befindliches Individuum hinsichtlich seiner subjektiven Wertung dieses Gütervorrats maßgebend wären, irgendwelche prinzipiell bedeutsame Einsichten für das Verständnis der modernen, auf Warenproduktion gegründeten Volkswirtschaft gewinnen lassen (siehe die Auseinandersetzungen darüber in meinem Artikel *Vom Begriff des Warenwerts*, in diesem Band der *Sozialistischen Monatshefte*, pag. 563 ff.), so sehr ist auf der andern Seite als verdienstlich anzuerkennen, daß von den österreichischen Vertretern jener Lehre die prinzipielle Bedeutung theoretischen Denkens auf dem Gebiet der Nationalökonomie und der Sozialwissenschaften überhaupt gegenüber der um Schmoller gruppierten historischen Schule seit je mit vollem Nachdruck hervorgehoben wurde. Um diesen Angelpunkt drehte es sich bereits in dem gegen Mitte der achtziger Jahre, als die Präntionen des rein deskriptiven ökonomischen Historismus in ihrer Maienblüte standen, zwischen Karl Menger und Schmoller ausgefochtenen Methodenstreit. Die historische Schule, die in ihrer Tatsachen-

begeisterung vollständig vergessen zu haben schien, daß Tatsachen begriffen, wenn möglich systematisch einheitlich, in ihrem innern Gesamtzusammenhang begriffen werden wollen, und daß der Weg zu solchen Zielen auf ökonomischem Gebiet notwendig eben über Theorien führt, gefiel sich damals und noch lange später in einer schulmeisternden Herabsetzung der Klassiker der bürgerlichen Nationalökonomie und der von ihnen im Ringen nach solcher Erkenntnis angewandten Untersuchungsmethoden. Allmählich ist nun ja mit solcher Überhebung gründlich aufgeräumt worden, und wenn auch von Ansätzen zur Wiederaufnahme wirklicher theoretischer Arbeit kaum irgendwo in der ökonomischen Fachliteratur etwas zu spüren ist, pflegen wenigstens Bedürfnis und Notwendigkeit solcher Arbeit eingeräumt und den früheren Meistern der schuldige Respekt bezeugt zu werden.

Der Grazer Professor Joseph Schumpeter, unter den jüngeren der rühmteste Vertreter der Grenznutztheorie (über sein Hauptbuch *Das Wesen und der Hauptinhalt der theoretischen Nationalökonomie* siehe diese Rundschau, 1909, 1. Band, pag. 453 ff.) bringt in seiner letzten Schrift *Vergangenheit und Zukunft der Sozialwissenschaften* (München, Duncker & Humblot/ eine nachträgliche, aber in der Art ihrer Fassung noch immer aktuelle Abrechnung mit jenem engherzig selbstzufriedenen Historismus, der, ehe er noch die ganze Ökonomie für sich reklamierte, seine Heilsbotschaft von der prinzipiellen Überwindung analytisch-begrifflichen Denkens durch die Historie längst auf anderen Gebieten, so in der Savigny'schen Rechtsschule, verkündet hatte. Seine Ausführungen sind ein warm entschiedenes Bekenntnis zu dem, wenn auch vielfach noch mit unzulänglichen Mitteln arbeitenden, so doch auf weitgesteckte soziale Erkenntnisziele gerichteten Geist, der in der sozialen Literatur des 18. Jahrhunderts dominierte. Es wäre zu wünschen, daß der Autor zu diesem ebenso umfassenden wie interessanten Thema, das hier in dem aus einem Vortrag im Czernowitzer Sozialwissenschaftlichen Akademischen Verein erwachsenen Büchlein nur im Flug, aus der Vogelperspektive betrachtet wird, später in detaillierender, die hier summarisch formulierten Urteile ausführlicher motivierender Behandlung zurückkehre,

wenn möglich unter Ausschaltung des Lobgesangs auf die geliebte Grenznutztheorie als der angebelichtesten Form, zu der von jenen Anfängen her das ökonomisch theoretische Denken sich glücklich durchgerungen habe.

Das so oft als Ausbund unkritischer unhistorischer Denkart verschriene Naturrecht des 18. Jahrhunderts, dessen Beziehungen zur Entwicklung der theoretischen Nationalökonomie von Hasbach und anderen zum Gegenstand näherer Nachforschung gemacht wurden, scheint ihm, wenn man nur die sich überschlagenden Gedanken einer für alle Zeiten gültigen, spekulativ konstruierbaren Rechtsordnung in Abzug bringt, voll fruchtbarer Keime. Philippovich habe erwiesen, daß der Begriff der Gesellschaft von der damaligen Ökonomie letzten Endes aus der Literatur des Naturrechts übernommen ist. Auch die Vergleichung verschiedener Entwicklungsstufen der Gesellschaft sei bereits vom Naturrecht ausgebildet, und zwar größtenteils ohne jene weltfremde ideologische Verherrlichung primitiver Zustände, die man bei Rousseau findet. In ihm, in dem Naturrecht, manifestiere sich im Umriss schon das Streben das Wesen der Gesellschaft und der in ihr vorhandenen grundlegenden Zusammenhänge ohne religiöse und metaphysische Glaubensvoraussetzungen in allgeringsten Zügen zu erfassen. Das »war nichts anderes als Soziologie in ganz dem selben Sinne, wie wir sie heute treiben, und von uns nur getrennt durch Fortschritte der Technik der Wissenschaft. Darin denn liegt die höchste rein wissenschaftliche Bedeutung des Naturrechts, daß es die große neue Wissenschaft vom sozialen Menschen schuf. Dort lagen die Quellen für einen der drei Flüsse [die beiden anderen Quellen sind nach Schumpeter die psychologisch-ethischen und die geschichtsphilosophischen Forschungen der Zeit], aus denen dann der Strom der Soziologie entstand.«

Eine eingehendere Untersuchung, ob und inwieweit die hier dem Naturrecht vindizierte Rolle tatsächlich nachgewiesen werden kann, hätte im Anschluß an die höchst aufschlußreiche Darstellung, die Troeltsch in seinem bekannten Werk *Die Soziallehren der christlichen Kirchen und Gruppen* (siehe diese Rundschau, 1915, 3. Band, pag. 1313 ff.) von den Wandlungen gibt, die die aus der antiken Philosophie von der Kirche übernommenen naturrechtsphilosophischen

Gedanken, christlich religiös umkostümiert, im Lauf der Jahrhunderte erlebten, ein noch erhöhtes Interesse; durch die Perspektiven nämlich, die sich so vom Knotenpunkt jenes in der Aufklärung wieder weltlich und selbständig gewordenen Naturrechts gleichzeitig nach rückwärts und nach vorwärts für die Entwicklung der sozialen Betrachtungsweise, sozialen Denkens und Erkennens ergeben würden. Eine solche eindringendere Zergliederung müßte unter anderm dann auch zu der Einsicht führen, daß die teleologische Betrachtungsweise, in der Schumpeter nur eine Schwäche des damaligen naturrechtlichen Denkens und der durch dieses beeinflussten geschichtsphilosophischen Literatur sieht, genauer formuliert und eingeschränkt, in gewisser Hinsicht ein notwendiges und von jeder Soziologie, die in dem Wirrwarr der Geschichte den Spuren einer aufwärtsführenden Entwicklung nachgeht, unabtrennbares Moment bildet. Wie das der von ihm zitierte Kant, auch hier ein kritisch überlegener Fortsetzer der Aufklärungsphilosophie, in den genialen Reflexionen seiner Idee zu einer Philosophie der Geschichte, und zwar in durchaus realistisch wissenschaftlichem Sinn, aufgezeigt hat.

Mit gebührendem Nachdruck wird ferner darauf hingewiesen, wie in der sozialwissenschaftlichen Literatur dieser Epoche mit der Lebendigkeit des theoretischen Triebes der Eifer geschichtlicher Erforschung Hand in Hand geht. Eines der glänzendsten Beispiele ist der von Anhängern der historisch-ökonomischen Schule gern als abstrakter Konsequenzmacher abgekanzelte Adam Smith. Wer dessen Wohlstand der Nationen aufschlägt, den wird die Masse des hier verarbeiteten ökonomisch-politischen Tatsachenmaterials, dessen kluge Ausdeutung, die Energie, mit der er in allen Zweigen staatlichen Lebens ökonomischen Erklärungsgründen nachspürt, immer noch frappieren.

Eindrucksvoll ist die im 19. Jahrhundert einsetzende Reaktion skizziert, die die Parole vom Überwundensein der Aufklärungsphilosophie, ihrer Standpunkte und Methoden ausgab. Wirkliche Kritik hatte an diesem Umschwung keinen oder nur geringen Anteil. Die neuen Schlagworte bezugeten im Grunde nur das stärkere Aufsteigen von Strömungen, denen jene vielfach mit liberalen und demokratischen Tendenzen verflochtene, im Kraftbewußtsein ihres

analysierenden Rationalismus oft radikale Geistesrichtung verhaßt und antipathisch war; von Strömungen, die selbstverständlich auch schon früher niemals gefehlt hatten, aber in der politischen Reaktion der Restaurationszeit neues Aufwasser erhielten. Natürlich wirkten dabei sehr verschiedene Motive zusammen. »Der eine zürnte der Epoche des Naturrechts, weil sie zu wenig positiv und empirisch, ein anderer stimmte ihm zu, weil sie zu positiv und antimetaphysisch gewesen sei. Der eine, weil er ihre schwachen Punkte erkannte, und mit ihm vereinigte sich der, der die starken nicht sah. Die einen (und zunächst waren es die meisten) bekämpften den pietätlosen politischen Fortschritts- ja Revolutionsgeist darin... Es begegneten sich von allen möglichen Seiten zusammenströmend Leute aller Tendenzen und aller Typen.« Auch ganz im allgemeinen werfen diese Erörterungen auf die Psychologie des Schlagworts im literarischen Meinungskampf manch helles Streiflicht. Der Autor hofft auf eine beginnende Ära fruchtbar konstruktiven Denkens, dem durch den gewaltig angehäuften empirischen Tatsachenstoff vermehrte und erhöhte Möglichkeiten erschlossen seien.

× Kurze Chronik Die Mitgliederzahl der Gesellschaft zur Förderung des Instituts für Seeverkehr und Weltwirtschaft an der Universität Kiel ist trotz dem Krieg im letzten Jahr von 180 auf mehr als 700 gestiegen; die Gesellschaft hat daher die Arbeiten des Instituts sehr wirksam unterstützen können. Dem Institut selbst ist durch den Krieg eine Reihe neuer Aufgaben gestellt worden. Es hat Untersuchungen über die Wirkungen des Krieges auf die einzelnen Länder angestellt, ferner aber auch erhebliche Vorarbeiten für die Wiederanknüpfung der weltwirtschaftlichen Beziehungen Deutschlands eingeleitet. Die Ergebnisse der Untersuchungen werden teils in den Kriegswirtschaftlichen Nachrichten, die seit dem 1. Januar 2mal wöchentlich erscheinen, veröffentlicht, teils in den Kriegswirtschaftlichen Untersuchungen und in dem Weltwirtschaftlichen Archiv. Die Leitung des Instituts liegt in den Händen des Professors Dr. Bernhard Harms. × Am 18. Mai wurde in Königsberg das Institut für ostdeutsche Wirtschaft eröffnet. Der Oberpräsident von Ostpreußen (jetzt Präsident

des Kriegsernährungsamts) von Batocki betonte in einer bemerkenswerten Ansprache, eine rechtzeitige Zusammenarbeit von Wissenschaft und Praxis in der Volkswirtschaft hätte Deutschland im Krieg große Schwierigkeiten und erhebliche Verluste ersparen können. Zum Direktor des Instituts ist Professor Hesse von der Königsberger Universität ernannt worden. × Das Wirtschaftsleben der Türkei ist jetzt in Deutschland naturgemäß Gegenstand näheren Studiums. So werden an der Kölner Handelshochschule in diesem Sommersemester mehrere Vorlesungen darüber abgehalten: Professor von Wiese liest über die Grundlagen der türkischen Volkswirtschaft, Professor Thieß über deutsche Betätigung im türkischen Wirtschaftsleben, Professor Walb über die türkischen Finanzen, Professor Hassert über die europäische und asiatische Türkei, geographisch, wirtschaftlich und politisch. × Die Rechts- und Staatswissenschaftliche Fakultät der Universität Breslau richtet Fachhochschulkurse für Wirtschaft und Verwaltung ein. Zunächst werden 5 Kurse eröffnet: für Wirtschaft und Verwaltung der Kommunen, für soziale Versicherung und soziale Fürsorge, für Industriewirtschaft unter Berücksichtigung der Bergwirtschaft, für Bankwirtschaft und für ländliche Verwaltung. × Von der Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät der Universität Münster ist für das Jahr 1916 folgende Preisaufgabe gestellt worden: »Das Handwerk in der Stadt Münster während des Krieges.« × Der Professor der Staatswissenschaften an der Technischen Hochschule zu Hannover Dr. Friedrich Hoffmann ist an die Universität Konstantinopel berufen worden. × Als Nachfolger des Professors Dr. Freiherrn Myrbach von Rheinfeld ist Professor Dr. Ritter von Schullern zum Ordinarius der politischen Ökonomie und Statistik an der Universität Innsbruck ernannt worden. Er war bisher unter anderm Referent im Ackerbauministerium und außerordentliches Mitglied der Statistischen Zentralkommission.

× Literatur ×
Zwei Arbeiten Das Werturteil als Grundlage der Lehre vom Wert und Der Sachwert, beide von Gerd Freiherrn von Ketelhodt /München, Duncker & Humblot/, bewegen sich in ihren Argumentationen ganz in

den Bahnen der Grenznutztheorie und subjektiven Gebrauchswertlehre. Eine nochmalige Polemik, die diese Publikationen zum Ausgangspunkt der Betrachtung nähme, dürfte sich erübrigen. Ich habe die Gründe, die mir mit absoluter Evidenz die Ohnmacht jener Denkart auf theoretisch ökonomischem Gebiet zu beweisen scheinen, bereits des öftern und in verschiedener Form entwickelt, aber ohne jemals Antwort zu erhalten, durch was für Gegengründe man jene klar formulierten Einwürfe entkräften zu können meint. Die zweite Broschüre, Der Sachwert, ist eine vom Grenznutzstandpunkt gegen das Marxsche Kapital gerichtete Kritik, die unter anderm dem Marxschen Satz, daß die vom Kapitalisten im Betrieb angewandte Arbeitskraft der Lohnarbeiter als variables Kapital den Mehrwert schaffe, die Antithese gegenüberstellt, daß »der Mehrwert aufseiten des konstanten Kapitals entsteht [!].« × Auch Paul Fleischls Versuch einer Theorie der Produktion /München, Duncker & Humblot/, Erörterungen, die an den wirklich theoretischer Forschung bedürftigen Verhältnissen der Produktion, nämlich an ihrem speziellen Artcharakter als Waren- und kapitalistische Produktion in der modernen Volkswirtschaft, so gut wie achtlos vorübergehen, bewegt sich auf dem Boden der Grenznutzlehre. × Das Buch C. M. von Unruh's Zur Biologie der Sozialwirtschaft /Leipzig, Meiner/ segelt vollständig ziellos aufs hohe Meer gesellschaftswissenschaftlicher Spekulationen. Besondere Feindschaft hegt der Autor gegen das anstößige, obendrein durch die Marxsche Theorie im Kapital kompromittierte Fremdwort Produktionsmittel. Kühn entschlossen will er es endgültig depossedieren. Schiff und Geschirr schlägt er statt dessen vor. Das Kapitel, das diesen neuen schönen Namen im Titel führt, füllt annähernd den vierten Teil der Schrift.

KUNST

Bühnenkunst / Felix Stössinger

Schlenther † Das Leben Paul Schlenthers, der am 30. April unerwartet und schnell so wie Brahm und Kainz am Darmkrebs gestorben ist, umfaßte eine komplizierte, seelische Tragödie, die erst in letzter Zeit allgemeiner verstanden wurde, nachdem Schlenther die Vorurteile, mit denen man ihn in Berlin wieder emp-

ding, durch sein Wesen und sein Talent besiegt hatte. Stellt man sein Leben kurz dar, so erfährt man scheinbar die gewöhnliche Entwicklung eines Frondeurs zu einem Staatsbeamten, dem nach seinem Sturz die Unbefangenheit fehlte die Rolle des Literaturrebellen weiter zu spielen. Ohne Zweifel läßt sich Schlenthers Biographie auch so erzählen. Aber die Psychologie der Tatsachen ist doch so überzeugend, daß bisher niemand diese Fälschung versucht hat, obwohl Schlenther lange unter den Vorwürfen leiden mußte, die sein scheinbar unwiderleglicher Umfall hervorgerufen hatte.

In Wahrheit handelt es sich um einen ganz andern Konflikt, den schon viele Schriftsteller schlecht bestanden haben. Es ist der Konflikt zwischen dem Künstler und der Tat. Die Tat des Schriftstellers ist sein Werk, und sein Wort ist sein Mittel. Es ist ganz verkehrt zu glauben, daß ein Schriftsteller, der noch so realistisch im Schreiben denkt, tatkräftig handeln kann. Schlenther war ein geborener Schriftsteller und hatte außerdem sehr praktische Fähigkeiten. Diese waren aber doch so gering, daß er als Nichtschriftsteller nicht imstande war das, was er dachte und wollte, auszuführen. Der Versuch seinen Denk- und Wirkungskomplex aus der literarischen in die wirkliche Sphäre zu übertragen mußte mißlingen und mußte außerdem gewisse Eigenschaften, die dem Schriftsteller Schlenther nützten, überführend bloßstellen. Jedenfalls war Schlenther auch in dieser Beziehung eine interessante Ergänzung zu Brahm. Brahm war als Theaterdirektor eine Steigerung seiner literarischen Potenz, während Schlenther als Theaterdirektor seine Potenz verlor.

Die Fähigkeit weltläufig zu sein gab Schlenther die besondere Kraft das Gute zu propagieren, ja populär zu machen. Er konnte der kompakten Majorität die ideale Forderung an den Naturalismus zu glauben angenehm machen, weil er immer das Gesellige, menschlich Persönliche in seine Kritiken übertrug. Er zeigte den Lesern einen großen Menschen fast wie aus dem Nebenzimmer, ohne indiskret zu werden. Dann konnte er sich etwas vergeben, um anderen zu geben und wichtigen Zwecken, die er selbst nicht ernst nahm, seine Klinge leihen, ohne das Heft aus der Hand zu lassen. Er schrieb Geburtstagsartikel, in denen das

Lob schlimmer war als ein Fußtritt und doch nicht ohne weiteres beleidigen konnte. Kurz, er war ein vollendeter Journalistendiplomat und durch nichts, was er schrieb, in seiner Autorität zu erschüttern. Er hatte die Kraft in wenigen Zeilen einen Eindruck wiederzugeben und durch einen wegwerfenden Ton eine Leistung zu vernichten oder durch einen begeisterten von ihr zu überzeugen. Als man aber durch diesen imponierenden Köhner das Burgtheater wieder herstellen wollte, versagte er ganz. Schlenther mußte nämlich (und das ist das Geheimnis seines Mißerfolgs) kraft seiner Natur Diplomat bleiben, wobei er nicht die Fähigkeit hatte seine Persönlichkeit außerhalb der schriftstellerischen Tätigkeit im Nachgeben zu bewahren. Sonderbarerweise verletzte er durch kritische Konzessionen sein Ich weniger als durch praktische. Die allein zermürbten ihn. Aber Schlenther hatte in Wien seine Forderungen, nicht sein Herz verraten. Das war es ja, was ihm Wien nicht verzieh. Man wollte jemand haben, der den gemüthlichen Schlendrian des Theaterlebens con amore mitmachte, und man traute ihm nie, weil er dem Publikum die schlechten Stücke erst mit Ekel und dann mit Gleichgültigkeit hinwarf. Schlenther verlor, da dies eben nicht sein Metier war, das Maß für das erlaubt und für das gewünscht Schlechte und stürzte (welche Komödie!) nicht über die Strenge seiner Forderungen, nicht über Hauptmann, wie man es erwartet hatte, sondern über Hargudel am Bach. Schlenthers literarische Stellung ist bekannt. Er kam mit den Naturalisten hoch und blieb ihnen bis zum Tode treu, wie persönlichen Freunden, die sie ihm auch waren. Er war nicht so elastisch mit der Zeit mitzugehen. Schon zur nächsten Fortsetzung seiner Literaturperiode hatte er kein Verhältnis mehr. Nur vor George scheint er immer einen fremden, aber richtigen Respekt gehabt zu haben. Besonders schön war bei ihm der Ausgleich zwischen dem literarischen und dem theaterkritischen Können. Ich erinnere mich kaum eines durch die Zeit widerlegten Fehltrails über einen Schauspieler. Gewiß waren die literarischen Entdeckungen Schlenthers in den letzten Jahren mehr als übel; aber schließlich dachte er zu sehr aus dem Theater heraus, als daß er nicht einen Schönherr einem dichterischen Nichtsköhner

vorgezogen hätte. Schlenthers erste Broschüre über Botho von Hülsen und seine Leute ist ungewöhnlich geschrieben, und in der Beurteilung, Charakterisierung und Wertung schauspielerischer Persönlichkeiten blieb er bis zum Ende Meister. So ist es hauptsächlich die Theaterkritik, die seinen Verlust beklagt. Bevor er zum Burgtheater kam, hatte er in ihr so viel Autorität, daß man ihm diese Stelle anvertraute. Nachdem er sie verlor, schrieb er fort, als ob er sie nie gehabt hätte. Es war sein Blut und seine Natur, durch die er wurde. Deswegen wird es schwer sein jemanden zu finden, der besonders in theaterkritischer Beziehung seine Stelle so bis an die Grenze ausfüllen wird wie er es konnte.

× Friedmann † 3 Tage vor seinem 74. Geburtstag ist Siegwart Friedmann nach längerer

Krankheit in seiner Villa in Blasewitz gestorben. Für die jüngere Generation bedeutet diese Nachricht nur theoretisch viel; denn sie kann Friedmann nur bei einem kurzen Gastspiel im Berliner Königlichen Schauspielhaus, das er als Greis gab, gesehen haben. Wer aber zwischen 1880 und 1891 das Deutsche Theater besuchte, kennt die Bedeutung der schauspielerischen Persönlichkeit, die in Friedmann hingegangen ist. Im Foyer des Deutschen Theaters hängt sein Bild: Richard III. in der ganzen Pracht des erschlichenen Königtums, die Augen den Glanz seines starken Temperaments widerspiegelnd, der Ausdruck lauernd theatralisch, das Furchtbare glättend, wie überhaupt alles an ihm bestimmt, vornehm, burgtheatergemäß ist. Ohne Zweifel, ein Künstler, der seine Rollen aufs äußerste abgerundet hatte und eine Individualität bis an die letzte Grenze ihres Lebens einheitlich zu bannen suchte. Der Umkreis seiner Rollen war groß, doch genau bestimmt. Er gab Intriganten, satirische Typen, souveräne Beherrscher der Umwelt, die entweder durch ihr Geschick oder durch ihre rücksichtslose Gemeinheit zu siegen wußten: Franz Moor, Richard III., Philipp von Spanien, Jago, Shylock, Riccaut, Marinelli, Wurm, Hamlet, den Königsleutnant. Durch die Schärfe der Charakteristik waren diese Rollen berühmt. Den Marinelli gab er, wie Fontane schreibt, hofmännisch, heiter, humoristisch. Er nahm eine lachende Position zu allem ein, die etwas Diaboli-

sches hatte. Nach der Seite der Konsequenz tat er des Guten zu viel. Noch immer ironisch lächelnd, achselzuckend verließ er, verbannt, die Bühne.

Friedmann stammte, wie viele andere große Schauspieler, aus Ungarn. Er befreite sich bald vom Zwang einer Kaufmannsexistenz und ging, unterstützt vom Rat Sonnenthals, zu Dawson, dessen erster und einziger Schüler er wurde. Die bedeutendsten Jahre seines Lebens verbrachte er bei Laube in Wien, am Stadttheater, und in Berlin, wo er das Deutsche Theater nach dem Muster des Théâtre français mit Possart, L'Arronge, Barnay, Haase und August Förster auf soziotärer Basis errichtete. Obwohl sich die Organisation, deren Statuten er ausgearbeitet hatte, bald auflöste, ist die Gründung dieses für die deutsche Bühnenkunst epochemachenden Theaters von seiner Wirksamkeit nicht zu trennen. Nachdem er Berlin verlassen hatte, gastierte er eine Zeitlang, bis ihn die Krankheit zwang sich ganz zurückzuziehen. Reinhardt versuchte vor 5 Jahren Friedmann an seine Schauspielschule zu fesseln. Leider war auch dazu der Künstler zu schwach, so daß er der neuen Schauspielkunst, die seitdem entstanden ist, die kostbaren Eigenschaften einer großen Tradition nicht persönlich vermachen konnte.

× Schramm † Den zahlreichen Toten dieser letzten Wochen ist Anna Schramm am 1. Juni gefolgt. Was sie einmal war, kann unsere Generation nur nach dem bemessen, was von ihr als Greisin übrigblieb, die noch immer in ihren Hauptrollen von einer nicht auszurottenden gutmütigen und behäbigen Schalkhaftigkeit erfüllt war. Aber diese 20 Jahre ihrer Wirksamkeit im klassischen Fach am Königlichen Schauspielhaus waren es nicht, durch die sie in Berlin eine seltene Popularität und noch seltenere Liebe begründet und erhalten hatte. Die große Zeit der Schramm war zwischen 1861 und 1890, als sie am Wallnertheater dank einer Berliner Posse, die es damals gab, zusammen mit Helmerding, Reusche und Neumann eine historisch gewordene Possenkunst schuf. In ganz einfachen, teils albernen teils gutherzigen Gestalten: Köchinnen, Kleinbürgermädchen, Ammen und allen anderen guten Hausgeistern, hatte sie eine unbändige Lustigkeit, eine Komik, die voll Charakter war, und eine uner-

müdlische Laune, wodurch sie der Lieb-
ling des damals noch kleinstädtischen,
aber künstlerisch zur Genüge verwöhnten
Berlins wurde. Als Friseurstochter
hatte sie einmal in einem Berliner
ihren Geliebten mit echt berlinischer
Übertreibung »furchtbar nett« zu finden,
und sie tat es so, daß dies ihr
Spitzname wurde. Aber die *furchtbar
Nette* wurde durch die Gunst nicht ver-
wöhnt sondern erzogen, so daß sie spä-
ter, als Nachfolgerin der Frieß (deren
100. Geburtstag jetzt am 11. Mai ge-
feiert wurde), durch die Kultur, mit
der sie klassische Rollen anfaßte, ihre
Soubrettenvergangenheit vollkommen
vergessen machte. Ihre Amme in Romeo
und Julia, ihre Daja im Nathan, ihre
Marthe Schwerdtlein waren von einer
prachtvollen Saftigkeit, durch einen
Zug im Gesicht von Komik durch-
tränkt, durch ihren Takt nie größer ge-
macht als es in der Rolle lag. Eine
regere Regie hätte die Schramm wohl
noch zu weiteren Aufgaben geführt,
denn vor 15 Jahren wird sie die Ent-
wickelungsmöglichkeiten gehabt haben,
von denen wir in den letzten Jahren
ihres Spiels noch etwas ahnen konnten.
Eine der letzten großen Künstlerinnen
des königlichen Schauspielhauses ist
nun dahin, und obwohl sie seit einigen
Jahren nicht mehr spielte, mahnt ihr
Tod die verantwortliche Leitung an ihre
Aufgabe in einem halben Dutzend Fä-
cher neue Begabungen zu finden.

× **Tanzpantomime** Reinhardt hat sich schon

oft in der Pantomime ver-
sucht. Aber erst in der

letzten Aufführung des Deutschen Thea-
ters strebte er danach das stumme Spiel
zum Ballett zu steigern. Ein ungenannter
Bearbeiter hat zu einer Musik, die aus
Mozartschen Sätzen ausgezeichnet zu-
sammengestellt, aber wie von einem
Kurorchester gespielt wurde, eine Hand-
lung geschrieben, die verschiedene Mo-
tive des klassischen Balletts zu einer
anmutigen Erzählung abrundet. Es
heißt *Die grüne Flöte*: denn mit
Hilfe einer grünen Zauberflöte befreit
der Prinz Sing-Ling die Prinzessin
Fay-Yen und 12 Leidensgenossen und
-genossinnen gleichen Standes aus der
Gewalt eines Zauberers im Lande U.
Man sitzt in der Aufführung wie in
einem chinesischen Tausend und eine
Nacht-Wunder. Der Ort der Handlung
sind Räume in Schwarz, Silber und
Gold, deren ornamentale Formen eine
zum Teil großartige Wildheit haben.

Reinhardts Phantasie wächst hier einmal
wieder bis zum letzten Ton und letzten
Schritt und ist beispiellos durch die
Anmut, mit der zahllose Bewegungen
erdacht, erfunden und ausgeführt wer-
den. Das Ganze hat eine fabelhafte
Leichtigkeit und Selbstverständlichkeit
und ist farbiger und überraschender als
je Bild geworden. Technisch gesehen
ist das Spiel allerdings noch eine Panto-
mime und kein Ballett. Damit will ich
die Freude an dieser Aufführung nicht
herabsetzen sondern nur ihre Bedeu-
tung für die Bühnenkunst feststellen,
die, wenn sie sich so weiter entwickelt,
einmal Ballett werden kann. Den naiven
Zuschauer geht das nichts an; doch
der Kritiker hat es zu sagen, denn
er ist nicht im bürgerlichen Sinn naiv.
Die Pantomime ist eine stumme Schau-
spielkunst, und ihr Mittel ist der ganze
Körper. Das Ballett ist vor allem Tanz,
und die Beine sind die Stimme des
Tänzers. Von ihnen macht Reinhardt
noch viel zu wenig Gebrauch, weil er
an dieses Mittel noch nicht gewöhnt ist.
Es ist natürlich sehr schwer und nur
von ihm zu verlangen, daß er seine
schauspielerisch oder pantomimisch
schaffende Phantasie ohne Übung im
Tanzelement denken lassen soll. Aber
Reinhardt hat das Ziel durch das En-
gagement seines technisch geschulten
dänisch-norwegischen Balletts angedeu-
tet, und daher wird er es erreichen.
Das Ballett wird von Lillebil Christen-
sen geführt, die die alte, heute noch
unenbtbehrliche Rokokokultur des
Spitzentanzes hat. Reinhardt ist auf
der richtigen Spur, wenn er die Seele
des neuen Tanzes auf diese Weise
tanzen lehren will. Die Christensen ist
aber doch als Persönlichkeit zu unmo-
dern, als daß sie das je erreichen
könnte. Ein reizend gemeißeltes Püpp-
chen, aber mit mäßigem Temperament
und keiner einzigen Eigenschaft, die für
den Mangel an Dramatik entschädigt.
Viel mehr wird sich Reinhardt von Ka-
tharina Sterna versprechen können,
einem modernen Geschöpf, das Tanz und
Pantomime zu vereinigen versucht. Mit
reizender Empfindsamkeit blies sie,
eine chinesische Eibenschütz, hinge-
geben ihre Flöte, bemüht (und das ist
das Entscheidende) auch das Nichttanz-
bare in Tanz zu verwandeln, durch
Schwellungen, durch Wiegen, Spiralen
und zartes Sichemporwinden. Selbst
wenn sie still stand, schickte sie ein
leises Vibrieren von Tanz durch ihre
Gestalt. Reinhardt wird nicht diese

Tänzerin nach ihrer Umgebung abzuschleifen haben sondern die Keime, die hier vorhanden sind, entwickeln müssen. Dann wird er vom Tanz aus, und nicht von der pantomimischen Schauspielkunst, die Form des Balletts finden. Wenn ein Künstler seines Raffinements etwas will, dann kann er es auch. Die vielen Wunder dieses Abends werden also nicht die letzten sein.

× Berliner Aufführungen ×

In den Berliner Theatern wurden am Ende des Theaterjahrs mehrere zyklische Aufführungen geboten. Im Lessingtheater Ibsen, im Deutschen Theater Skakespeare, im Königlichen Opernhaus Wagner. Alle diese Zyklen arbeiteten mit den Resultaten des Jahresrepertoires. Den künstlerischen Eindrücken fehlten daher auch im Verhältnis zu dem, was man in den verschiedenen Häusern gewohnt ist, die Farbe und die Fülle. Die Bedeutung dieser Zyklen liegt aber im kulturellen Bedürfnis Berlins, das der finanzielle Erfolg doppelt bewährt hat.

Das Metropoltheater wird durch die Zensurschwierigkeiten gezwungen statt seiner Jahresrevuen die besten Operetten zu finden, um das Publikum nicht dem Haus zu entwöhnen. Nach der musikalisch reinlichen, aber dramatisch und melodisch gleich unbedeutenden Kaiserin von Leo Fall entdeckte man wahrhaft die Großherzogin von Gerolstein, da diese geistreiche Operette Offenbachs seit mehr als 10 Jahren in Berlin nicht mehr gespielt wurde. Es ist wahr, daß Offenbach nicht mit dem modernsten Tempo mitkann. Aber sein Blut ist Champagner, seine Laune unerschöpflich, und sein Witz von nicht zu überbietender Popularität. Es ist ganz erstaunlich, wie dauerhaft selbst das Seichte bei ihm ist, und wie die Reize einer morbiden Schalheit ihre Farbe nicht verlieren, obgleich diese Farbe immer im Begriff ist abzublättern. Die Schwierigkeit der Aufführung ist die Besetzung der Titelrolle. Hier gab es keine Schwierigkeit, denn die Masary, die das Dezente anzüglich und das Indezente lebenswürdig zu machen weiß, hat eine unerschöpfliche Lust am Spiel und entwickelt sich immer mehr zu einer Operettensängerin großen Stils.

× Kurze Chronik ×
Das berühmte Ehrenmitglied der Dresdener Hoftheater Pauline Ulrich ist in Loschwitz, über 80 Jahre

alt, gestorben. Sie war eine sehr vielseitige Künstlerin, deren Repertoire von Scribe bis zu Shakespeare, von Benedix bis zu Schiller, von Blumenthal bis zu Ibsen und Hauptmann reichte. Ihre Verehrer waren sich im Maß ihrer Größe einig, aber nicht darin, ob sie in tragischen oder in komischen Rollen höher zu schätzen war.

× Am 8. Juni starb Donat Herrnfeld in seinem 49. Lebensjahr. Über die Wirksamkeit des von ihm im Verein mit seinem Bruder Anton geschaffenen Gebrüder Herrnfeld-Theaters wird derjenige, der in das innere Wesen des Judentums auch nur im geringsten Eindringen ist und dessen künstlerische Gestaltung auf der Bühne sucht, nur ein sehr abfälliges Urteil sprechen können. Das schließt natürlich nicht die Anerkennung aus, daß der Verstorbene innerhalb der nun einmal von ihm gewählten (angeblich jüdischen, in Wahrheit widerjüdischen) Sphäre eine nicht ganz gewöhnliche Darstellungskraft gezeigt hat. × Die Bühnengenossenschaft hat in der Charwoche zum erstenmal während des Krieges getagt. Das wichtigste Ergebnis war, daß man sich auf Grund des von Barnay vermittelten Briefwechsels zwischen den beiden Präsidenten Rickelt und Hülsen in einer einstimmig angenommenen Resolution für eine Arbeitsgemeinschaft mit dem Bühnenverein aussprach. Da der Bühnenverein in seiner Heidelberger Versammlung am 17. Mai dieser Resolution zustimmte, werden unbeschadet der feindlichen Grundgegensätze die seit Jahren unterbrochenen Beziehungen wieder aufgenommen werden. Die wichtigsten Arbeiten der gemeinsamen Kommission werden dem Stellennachweis und der Vorbereitung des Reichstheatergesetzes gelten. × Die Vereinigung künstlerischer Bühnenvorstände hielt unter dem Vorsitz Dr. Carl Heines ihre 5. Hauptversammlung ab. Über den finanziellen Stand und die getane Arbeit wurde befriedigend berichtet. In Verbindung mit Bühnenverein und Genossenschaft will man versuchen kriegsinvaliden Schauspieler zu künstlerischen Bühnenvorständen zu erziehen. × Im Hamburger Thaliatheater wurde zum erstenmal in deutscher Sprache Die Folkungersage, Strindbergs erstes historisches Drama, aufgeführt. In Halle wurden dagegen die für die nächste Spielzeit geplanten Aufführungen von Vater, Totentanz und den Gläu-

bigern, die fast in ganz Deutschland gespielt worden sind, ohne die Sittlichkeit des Publikums in Frage zu stellen, von der Zensurbehörde verboten. × Geheimrat Zeiß geht nach Frankfurt am Main, als Intendant der beiden städtischen Theater. × Dr. Karl Wolff, der bisher Regisseur am Münchener Hoftheater war, wurde zu seinem Nachfolger als leitender Dramaturg am Dresdener Königlichen Schauspielhaus ernannt.

×
Literatur ×
Das Jahr der Bühne, die
Kritikensammlung einer
Berliner Theatersaison, von

Siegfried Jacobsohn, erscheint auch im Krieg in den gewohnten Abständen und liegt nun im 4. Band vor /Berlin, Oesterheld/. Das Buch steht so hoch über der gesamten Theaterliteratur, daß jede Fortsetzung eine Anzeige wert ist, obwohl sich der Verfasser wenig verändert hat und über die 3 früheren Bände in dieser Rundschau (1912, 3. Band, pag. 1584, 1914, 2. Band, pag. 1009, und 1915, 1. Band, pag. 112) berichtet worden ist. Wenn man mit 15 Jahren nicht weiß, was man will, so hat man entweder noch kein Talent oder sehr viele. Aber wenn man in diesem Alter mit aller Bestimmtheit »Schlenthern den Kranz von der Stirne reißen« will, dann hat man alle Aussicht dies und die Gewißheit nicht viel mehr zu erreichen. Dieser Wunsch beweist nämlich ein sehr präzises Talent, aber auch den Mangel an jedem Überschuß brennender Kräfte, durch die erst jede Leistung voll wird. Dieser von Jacobsohn so exakt und ehrlich geäußerte Wille zeigt aber auch schon die Besonderheit seiner Anlage. Das Ziel ist nämlich nur von oben gesehen niedrig. Von unten ist es um so ferner, je mehr man die Kunst zu schreiben zu schätzen und dementsprechend ausüben versteht. Jacobsohn hat das erste schon damals gekonnt und sein Ziel daher gerade an dem Punkt erreicht, an dem es ihm unerreicherbar schien. Aber das, was er selbstverständlich fand, hat er heute noch nicht, nämlich die Kulturbildung, die er Schlenther bequem nachzulernen hoffte. Jacobsohns besonderes Talent ist die Polemik. Er hat kaum eine Theaterkritik geschrieben, die an Wurf, Geist und Unwiderleglichkeit mit seinen Angriffen auf einzelne Personen wetteifern kann. Das Polemische ist sein Wesen, die Form, durch die er reagiert, seine Methode sich mitzutei-

len. Wegen seiner vielen Angriffe gilt er als Verneiner. In Wahrheit hat er einen fast fanatischen Drang zur Bejahung. Verneinend und daher verwirrend ist die Form seiner Bejahung, denn er sagt nicht unbekümmert Ja, sondern er ruft dem Gegner ein Nein zu. Er kann kaum einen Künstler loben, ohne die anzugreifen, die diesen Künstler nicht loben. Er verneint die Negation, er widerspricht dem Widerspruch, oft einem fiktiven, donquixotehaft konstruierten. Eine harmlose Figurokritik beginnt mit den Worten: Jetzt? Gerade jetzt!« Warum diese Wut? Niemand hat doch »Nicht jetzt« gesagt. Aber ohne diese Polemik geht es bei Jacobsohn nicht ab, und aus dieser Gereiztheit entsteht sein aus Antithesen zusammengesetzter Stil. Antithetisch ist nicht nur der Witz, sondern der Aufbau der Sätze, die dramatische Bewegung, durch die er in einem Satz gleichzeitig sagt, was man hätte erwarten können, um heftig zu zeigen, was man erwarten sollte. Aber diese doppelte Negation kann uns nicht täuschen. Haben wir doch schon in der Schule gelernt, daß sie stärker ist als eine einfache Bejahung. Die polemische Unruhe gibt Jacobsohns Kritiken das Tempo und den Stachel, den sie für jung fühlende Menschen haben. Durch die geistige Unruhe verlieren sie aber an literarischer Bedeutung. Jacobsohn fehlt nämlich ein festes literarisches Urteil, die Kultur eines literarischen Besitzes. Was er weiß, ist in Bewegung, er urteilt von Moment zu Moment. Nur wenige Werke sind ihm in Fleisch und Blut übergegangen, und es sind sonderbarerweise musikalische, über die er, wie über Traviata, so vollkommen schreibt wie sonst nur über einzelne schauspielerische Persönlichkeiten. Aber da beim Kritiker das künstlerische Werk vor allem das Konstante ist, wird durch dieses Mißverhältnis seine Gesamtleistung entschieden gedrückt. Er sitzt vor den größten Dramen, die er vielleicht halb auswendig kennt, als Impressionist, und er beurteilt sie von Fall zu Fall nicht verschieden sondern geradezu umgekehrt. Sein Urteil ist sprunghaft und selbst im Fehlgriff unzuverlässig, weil seine Fehlerurteile nicht in einer besondern Beurteilung wurzeln sondern im Zufall. Alten Einsichten werden neue geopfert, und umgekehrt. Gewiß ist es sein Vorzug, dessen er sich oft rühmt, daß er Eindrücke empfängt, wertet und wiedergibt. Aber die Impression der Außen-

welt muß ihre Begrenzung in der Bewertung der Innenwelt haben. Über nichts von Goethe, Shakespeare, Schiller steht Jacobsohns Urteil so fest wie über den Figaro, über den er Wundervolles geschrieben hat. Man muß Jacobsohns Musikkritiken gelesen haben, um zu wissen, was für ein Literaturkritiker an ihm verloren gegangen ist. Fest, kräftig, glänzend instinktiv beurteilt Jacobsohn, wenn es nicht über seinen Naturalismus und Impressionismus hinausgeht, die Schauspielkunst. Die Unmittelbarkeit, durch die er ein launenhafter Kritiker der Dichtung wird, hält ihn jung für die Neuheit einer Inszenierung, einer schauspielerischen Leistung. Hier hat er wirklich Herz für Eindrücke, Sicherheit im Urteil und die Fähigkeit in irgendeiner Satzkurve den Eindruck eines Abends unübertrefflich wiederzugeben. Für diese Kritiken hat er sich eine Form und eine Zeitschrift geschaffen: schlank, energisch und invektiv, die im Theaterleben der Zeit nicht zu entbehren ist. Daß sie es auch weiter nicht sein wird, dafür liegt alle Gewißheit vor. Jacobsohns Ziel, das er schon mit 15 Jahren hatte, Schlenthern den Kranz von der Stirne zu reißen hat er auch mit 35 nicht erreicht. Aber wenn es einen Ifflandring für Theaterkritiker gäbe, hätte er ihn vielleicht von Schlenther geerbt.

KULTUR

Verkehr / Felix Linke

Belgien

Einen beachtenswerten Beitrag zu der Frage der Einwirkung der Verkehrsverhältnisse auf die Entwicklung der Industrie lieferte Dr. R. Kind (Düsseldorf) auf der letzten Hauptversammlung des Vereins deutscher Eisenhüttenleute in einem Vortrag über die Entwicklung und Bedeutung der Eisenindustrie Belgiens. Er betonte unter anderem, daß die belgische Eisenindustrie in dem glänzenden Eisenbahn- und Wasserstraßennetz eine sehr günstige Grundlage besitze. Sämtliche Eisenreviere sind durch Wasserstraßen mit dem offenen Meer verbunden, können auf diesem Weg die nötigen Rohstoffe beziehen und die Erzeugnisse versenden. Belgien besaß im Jahr 1912 4348 Kilometer Eisenbahnen, von denen rund die Hälfte 2gleisig waren. Sie sind zum Teil im eigenen Besitz des Staates, zum Teil sind es vom Staat betriebene Privatbahnen. Dazu kommt ein fast ebenso

großes Lokalbahnnetz. Die Schifffahrtswege waren rund 2300 Kilometer lang; während in Deutschland auf 100 Quadratmeter Bodenfläche 3,3 Kilometer schiffbare Straßen kommen, entfallen in Belgien auf 100 Quadratmeter Bodenfläche deren 7,8 Kilometer. In Verbindung mit einem intensiven Ausbau der Seehäfen haben die belgischen Verkehrswege die Tätigkeit der belgischen Industrie wesentlich unterstützt.

In diesem Zusammenhang sei auch auf die vor dem Krieg von den verdienstvollen Instituts Solvay herausgegebene Studie Georges de Leeners La Politique des Transports en Belgique /Brüssel, Misch & Thron/ hingewiesen: eine sehr gute Arbeit, die vorwiegend die wirtschaftlich-soziale Seite des belgischen Verkehrswesens behandelt. Derartige Untersuchungen sind sehr begrüßenswert; es ist nur zu wünschen, daß sie trotz dem Krieg fortgesetzt werden.

✕ Petersburg-Alexandrowsk Auch mit den aus Canada bezogenen starken Eisbrechern war es nicht möglich in diesem Winter den Hafen von Archangelsk in ausreichendem Maß offen zu halten. Archangelsk wurde aber nach der Sperrung der Ostsee und der Dardanellen trotz der mangelhaften Bahnverbindung nach dem Innern über Wologda und Jaroslaw für Rußland von größter Bedeutung. Schon seit längerer Zeit bestand der Plan die Nordküste der Halbinsel Kola durch eine Bahn mit Petersburg zu verbinden, da dieser Küstenstrich durch die Einwirkung des Golfstroms ein wesentlich milderer Klima hat. Einzelne Buchten dieser Murmanküste bleiben im Winter eisfrei oder bedecken sich nur mit einer dünnen Eisschicht. Am tiefsten schneidet die Kolabucht an der Mündung des Tulom in die Küste ein. Hier liegt das Fischerstädtchen Kola, nördlich davon der eistreie Naturhafen Alexandrowsk mit etwa 2000 Einwohnern. Zur Sicherung dieser Ortschaften erbaute die russische Regierung im Frühjahr 1912 auf der Insel Kildin in der Kolabucht einen kleinen Hafen, der später eine Besatzung mit einem Wachtboot und einigen Kanonenbooten erhielt. Es bestand die Absicht den Hafen Alexandrowsk mit dem russisch-finnischen Eisenbahnnetz zu verbinden, das bei Rovaniemi über den nördlichen Polarkreis hinaus geht. Der finnische Landtag hatte beschlossen die Eisenbahn bis

zu dem noch 135 Kilometer nördlicher liegenden Sodankylä fortzuführen. Von hier hätte die Bahn durch sehr dünn bevölkertes Gebiet mit bewaldeten, sanft ansteigenden Höhen, tiefen Sümpfen, reißenden Flüssen und zahlreichen Seen geführt; Vor der Ausführung dieses Planes kam es zum Krieg. Die Verbindung mit Alexandrowsk wurde dringend erforderlich, und aus politischen Gründen nahm man eine neue Bahnlinie östlich des Ladogasees im Anschluß an die russische Nordbahn Petersburg-Wologda in Angriff. Seit Anfang 1915 wird an dieser Linie mit Hilfe zahlreicher Kriegsgefangener gearbeitet. Die Gesamtstrecke von Petersburg bis Alexandrowsk beträgt mehr als 1100 Kilometer; davon ist nach Zeitungsmitteln bisher erst der Abschnitt Nordbahn - Olonez - Petrosawodsk betriebsfähig. Die Schwierigkeiten des Baus wachsen natürlich, je weiter die Bahn nach Norden vordringt, und die Beförderung von Kriegsgerät auf der neuen Linie von Alexandrowsk nach dem Kriegsschauplatz dürfte deshalb in absehbarer Zeit nicht möglich sein.

× Altaibahn ×
Am 2. November 1915 wurde in Zentralasien die rund 9000 Kilometer lange

Altaibahn dem Verkehr übergeben, 14 Monate vor dem ursprünglich festgesetzten Zeitpunkt. Dadurch wird ein äußerst wertvolles Gebiet Mittelasiens mit der Sibirischen Bahn verbunden und so der weitem Entwicklung erschlossen. Dieses Land, das sich von Tomsk bis zur nordchinesischen Grenze erstreckt, ist nicht nur fruchtbar und reich an Wald- und Wildbeständen, seine Berge enthalten auch bedeutende Erzlagerstätten. Schon im Jahr 1723 wurden die Kupfergruben am Kolywansee entdeckt; später fand man auch Gold- und Silbererze. Die Bergwerke sind jetzt meist im Privatbesitz des russischen Kaiserhauses. Die Industrie, die namentlich nach der Auffindung von Steinkohle und Eisenerzen beginnen konnte, ist noch jung und hauptsächlich in den Orten Barnaul, Kusnezsk und Biisk angesiedelt, die sich infolge ihrer Lage an schiffbaren Strömen auch ohne Eisenbahnverbindung entwickeln konnten. Neben der Metallindustrie ist hier auch die Steinverarbeitung verbreitet. Zweifellos wird das ganze Land durch die neue Bahn einen starken Aufschwung nehmen.

× ×

Kaschmir:
Drahtseilbahn Nach einem Bericht des amerikanischen Konsuls Baker will man das Land

Kaschmir durch eine Drahtseilbahn zugänglich machen, die in einer Länge von 120 Kilometer die Schluchten des Himalaya überspannen soll. Die Kosten dieser Drahtseilbahn werden auf 5 Millionen veranschlagt. Die Vermessungsarbeiten sind bereits ausgeführt. Ein elektrisches Wasserkraftwerk in Rampire soll die zum Betrieb der Wagen notwendige Energie liefern. Die Stahltrossen, in denen die Wagen ruhen, sollen in eisernen Türmen verankert werden, die bis zu 1 Kilometer von einander entfernt sein werden. Vorläufig will man die Bahn nur zum Güterverkehr verwenden. Wie notwendig eine solche Bahn ist, geht schon aus der Tatsache hervor, daß der Weg, auf dem sich jetzt der Verkehr bewegt, noch aus dem Jahr 1847 stammt. Die Beförderung von Waren in das weltentlegene Land dauert jetzt 14 Tage, die Kosten für die Beförderung einer Tonne Guts stellen sich auf 85 Mark. Die Drahtseilbahn, die dem Flußlauf des Ithelam folgen wird, soll 16 Stunden zu der Verbindung brauchen. Es werden also bedeutende Ersparnisse möglich sein, und dem Weltverkehr kann ein neues Land erschlossen werden.

× Dieselmotorschiffe ×
Von der Verwendung des Dieselmotors für die Schifffahrt ist hier bereits mehrfach in der Rundschau Technik (1912, 1. Band, pag. 198 f., und 1913, 3. Band, pag. 1310 f.), auch kurz in dieser Rundschau (1915, 3. Band, pag. 1326 f.) gesprochen worden. Nunmehr hat auch der Oberingenieur Dr. W. Scholz (Hamburg) in einem Aufsatz Die Großdieselmotorschiffe, ihre Wirtschaftlichkeit und ihre Zukunft, der in der Zeitschrift des Vereins deutscher Ingenieure erschienen ist, zusammenfassend über den Stand der Dinge berichtet. Er kommt da zu folgendem Urteil: »Wenn man den augenblicklichen Stand des Großdieselmotors als Antriebsmittel für die Hochseeschifffahrt . . . betrachtet, so darf man heute wohl ohne weiteres zugeben, daß Schiffsmotoranlagen von 2000 Pferdestärken für eine Schraubewelle sowohl nach dem Viertakt- wie nach dem Zweitaktverfahren als allen Anforderungen des Bordbetriebes entsprechend durchgebildet angesehen werden können. Sieht man von Sonderbauarten, wie sie der doppeltwirkende Mo-

tor mit gegenläufigen Kolben in Tandemanordnung und der doppelwirkende Zweitaktmotor darstellen, ab, die ihre Brauchbarkeit im Dauerbetriebe noch erweisen müssen, so darf man wohl sagen, daß das in rastloser Arbeit während der letzten Jahre von dem Motorbau im allgemeinen und von den deutschen Werken und Werften im besondern Erreichte ein schöner Erfolg ist, der, sofern nur die Ölfrage für den deutschen Markt und deutsche Verbraucher in einem einigermaßen günstigen Sinne gelöst wird, für die weitere Entwicklung des Schiffsmaschinenbaus von weittragender Bedeutung sein wird.«

Die dänische Ostasiatische Kompanie hat bei der Schiffswerft von Burmeister & Wain 20 Dieselschiffe von zusammen rund 230 000 Tonnen Tragfähigkeit bestellt. 8 Schiffe sollen je 10 400 Tonnen, 6 je 11 800 Tonnen und 6 je 12 800 Tonnen haben. Sämtliche Schiffe werden mit Doppelschrauben von Dieselmotoren von 5300, 4000 und 3500 Pferdestärken angetrieben.

× Kurze Chronik Der Sektionschef im österreichischen Eisenbahnministerium Karl Goels-

dorf, Ehrendoktor der Technischen Hochschule Hannover, ist im März gestorben. Er hatte sich auf dem Gebiet des Lokomotivbaus große Verdienste erworben, die ihn auch außerhalb seines Heimatlandes bekannt gemacht haben. × Mit dem Bau der schon im Jahr 1903 von der Regierung genehmigten schwedischen Ostküstenbahn wird nun begonnen. Diese Privatbahn soll die Küstenstädte in dem etwa 200 Kilometer langen Gebiet zwischen Gefle und Hernösand am Bottnischen Meerbusen unter einander verbinden und sie dadurch auch mit Stockholm in bessere Verbindung bringen. Die Staatsbahnlinie Stockholm-Boden, die den Norden mit dem Süden verbindet, geht in solcher Entfernung an bedeutenden Küstenstädten vorbei, daß durch die neue Bahn Abkürzungen von über 300 Kilometer erzielt werden. × Von der 1600 Kilometer langen australischen Querbahn zwischen Port Augusta (Südaustralien) und Kalgoorlie (Westaustralien) waren Ende 1915 von Port Augusta ausgehend etwa 1050 Kilo-

meter fertiggestellt. Trotz umfangreichen Erdarbeiten im letzten Teil der südaustralischen Strecke konnte der ursprünglich angemessene Zeitpunkt für die Fertigstellung des Oberbaues innegehalten werden. In Kalgoorlie schließt die seit längerer Zeit bestehende Bahn nach Perth an der Westküste an. × Am 30. Dezember wurde nach 1½jähriger Unterbrechung die Savebrücke bei Belgrad wieder dem Betrieb übergeben. Wenige Tage nach dem siegreichen Vorstoß gegen Serbien begann man mit der Wegräumung der gesprengten Brückendecke. 3 deutsche und 3 österreichisch-ungarische Eisenbahnkompanien wetteiferten in der Arbeit, so daß die 460 Meter lange Brücke in kaum 2 Monaten wiederhergestellt werden konnte. × Auf Hawaii wird eine Station für drahtlose Telegraphie nach dem System Poulsen errichtet, die die größte der Welt sein wird. Die Masten werden eine Höhe von rund 300 Meter, also Eiffelturmhöhe, haben, der Wirkungsbereich soll 9000 Kilometer sein, was der Entfernung Paris-San Francisco entspricht. Die Station wird mit Panama und Japan in unmittelbarer Verbindung stehen.

× Literatur

Während wir aus katholischen Verlagen eine ganze Reihe guter Fachbücher haben, die eine Bereicherung unserer Literatur darstellen, kann man das kleine, allerdings sehr hübsch ausgestattete Bändchen Deutsche Eisenbahnkunde von Dr. Paul Hausmeister /München-Gladbach, Volksvereinsverlag/ keineswegs nur loben. Die 4 Kapitel des Büchleins behandeln die wirtschaftliche Funktion des Eisenbahnwesens, die technischen Anlagen, die rechtliche Stellung der Eisenbahn und Ausblicke auf Ausland und Zukunft. Die technischen Dinge sind aber in der Behandlung nicht sehr gut weggekommen. Das Büchlein charakterisiert sich zudem als Tendenzschrift: durch Bemerkungen gegen die Sozialdemokratie, gegen die freien Gewerkschaften, durch überflüssige Herabsetzung des Auslands und seiner Einrichtungen und dergleichen mehr. Diese Schrift steht jedenfalls nicht auf der Höhe anderer Publikationen des Volksvereinsverlags.